

**Für eine neue Balance
zwischen
Gegenwart und Zukunft**

Grundsatzprogramm der
CDU Baden-Württemberg

CDU Landesgeschäftsstelle

Hasenbergstraße 49 b
70176 Stuttgart

Telefon 0711 66904-0
Telefax 0711 66904-28

info@cdu-bw.de
www.cdu-bw.de

Inhaltsverzeichnis:

I. Neue Herausforderungen und die Grundlagen unserer Politik.....	1
Baden-Württemberg muss stark bleiben	1
Unser Grundsatzprogramm	2
Für eine neue Balance zwischen Gegenwart und Zukunft	3
Neue Herausforderungen.....	4
Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes	9
Unsere Grundwerte	10
II. Für eine neue Balance zwischen Bürger und Staat.....	12
Vorfahrt für Kinder und Familien	13
Soziale Sicherung, die wirkt	16
Den Staat vom Kopf auf die Füße stellen: Klare Verantwortlichkeiten schaffen – Bürokratie abbauen – bundesstaatliche Ordnung modernisieren.....	23
Für ein wettbewerbsfähiges und vereinfachtes Steuerrecht	27
Solide Staatsfinanzen – weniger Schulden schaffen mehr Zukunft.....	30
III. Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger.....	32
Arbeit und Wohlstand für alle.....	32
Wettbewerbschancen verbessern, Wachstumsbremsen lösen.....	33
Gute Bildung für alle – Wir bauen auf Vorsprung mit Verstand	41
Mehr Wettbewerb für bessere Hochschulen	47
Kulturellen Reichtum bewahren und Neues ermöglichen	50
IV. Nachhaltige Entwicklung in allen Landesteilen	55
Ausgewogene Lebensverhältnisse im ganzen Land.....	56
Vorsorge und Verantwortung – Zukunft durch vorausschauende Umweltpolitik.....	59
Für eine nachhaltige und umweltfreundliche Energiepolitik.....	63
Verkehrspolitik, die uns voranbringt.....	64
V. Für eine neue Balance zwischen Freiheit und Verantwortung	67
Verantwortung für das menschliche Leben und die Menschenwürde	68
Für eine aktive Bürgergesellschaft.....	71
Verantwortung für die Innere Sicherheit.....	75
VI. Für eine neue Balance in der internationalen Ordnung	79
Grundlagen einer neuen Weltordnung	79
Wir bauen weiter am gemeinsamen europäischen Haus.....	82
Politik für Frieden, Freiheit und Sicherheit	86
Entwicklung fördern, Fluchtursachen bekämpfen	88
VII. Baden-Württemberg – weltoffen und international	90
VIII. Für Baden-Württemberg, Deutschland und Europa	95

I. Neue Herausforderungen und die Grundlagen unserer Politik

Baden-Württemberg muss stark bleiben

Erfolgsgeschichte Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist die Geschichte eines großen Erfolges. Die hier lebenden Menschen haben den einst armen Landstrich mit Einsatz und Leistungswillen zum wirtschaftlich und sozial erfolgreichsten Land in Deutschland gemacht. Baden-Württemberg hat große wirtschaftliche Kraft. Es hat ein gutes Bildungssystem. Es ist ein sicheres Land. Es verfügt über ein reichhaltiges Angebot an Kultur und attraktive Landschaften. Es ist ein Land, in dem die Menschen Zusammenhalt leben und vorleben. Es ist ein Land mit hoher Lebensqualität in allen seinen Regionen. Viele Umfragen und Rankings beweisen immer wieder, dass die Menschen nirgendwo in Deutschland so zufrieden mit den Verhältnissen am Wohnort und in ihrem Umfeld insgesamt sind wie bei uns in Baden-Württemberg.

Die CDU Baden-Württemberg hat mit ihrer Politik dazu beigetragen. Wir wollen dies auch in Zukunft tun und unsere Partnerschaft mit den Menschen im Land weiter pflegen und immer wieder erneuern. Wir verstehen uns ganz bewusst als Baden-Württemberg-Partei.

Grundlagen für zukünftigen Erfolg schaffen

Es ist eine große Leistung, dass unser Land im Vergleich der deutschen Länder seinen Spitzenplatz nicht nur behaupten, sondern teilweise sogar ausbauen konnte. Mit unserer Politik für die Zukunft Baden-Württembergs können wir an das anknüpfen, was wir als langjährige Regierungspartei gemeinsam mit den Menschen für unser Land geleistet und erreicht haben. Baden-Württemberg nimmt den Spitzenplatz unter den deutschen Ländern ein und ist eine europäische Modellregion. Das soll so bleiben. Wenn wir diesen Spitzenplatz im harten Wettbewerb mit anderen Regionen halten und festigen wollen, wenn wir auf dieses gute Fundament weiter aufbauen wollen, müssen wir uns anstrengen, müssen wir mutig nach vorn schauen und unseren eigenen Weg gehen. Baden-Württemberg kann sich aber nicht abkoppeln von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Deutschland und Europa. So gut die Bilanz Baden-Württembergs im Vergleich zu anderen Ländern auch ausfällt, sind wir doch Teil eines Landes, das in eine Krise geraten ist: Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist nicht im Ansatz überwunden. Die sozialen Sicherungssysteme sind

überstrapaziert. Die öffentlichen Haushalte sind am Rande des Zusammenbruchs. Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft, der verschärfte weltweite Wettbewerb, die Ausläufer der Wanderungsbewegungen auf der Welt und der weltweite Terrorismus sorgen für zusätzlichen Veränderungsdruck, dem sich weder Bund noch Länder entziehen können. Immer mehr Menschen stellen die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens in Frage und glauben nicht mehr an unseren künftigen Erfolg. Verantwortliche Politik muss gemeinsam mit den Menschen – im Bund wie im Land – die Grundlagen dafür schaffen, dass unser Gemeinwesen auch in Zukunft Erfolg haben kann. Es kann und wird gelingen, wenn sich möglichst viele daran beteiligen und miteinander dafür arbeiten. Auf diesem Weg können uns die Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft, aber auch mit ihrer Zuversicht und ihrer Liebe zum Land begleiten. Mit diesem Grundsatzprogramm legen wir unsere Leitlinien und Konzepte für diesen gemeinsamen Weg vor.

Unser Grundsatzprogramm

Gemeinsam mit den Menschen

Unser Grundsatzprogramm dient als Richtschnur für unser politisches Handeln und zur Orientierung der Menschen hier in Baden-Württemberg.

- Wir benennen die Herausforderungen, vor denen wir stehen.
- Wir sagen, welche grundlegenden Werte uns leiten.
- Wir zeichnen ein Bild von der Zukunft Baden-Württembergs und Deutschlands.
- Wir geben die Richtung an, in die wir gehen wollen.
- Wir beschreiben für unser Land einen Weg, für den wir die Menschen gewinnen und auf dem wir sie mitnehmen wollen. Wir verstehen unser Programm als Angebot an alle, die unser Land mitgestalten wollen. Wir wollen Ansprechpartner der Menschen in Baden-Württemberg und für sie da sein.
- Wir haben mit unserem Grundsatzprogramm einen verlässlichen Kompass, der sich am christlichen Menschenbild orientiert. Wir sind und wir bleiben offen für neue Gedanken, Ideen und Ziele, um mit den Menschen in Baden-Württemberg Heimat und Zukunft zu gestalten.

Berechenbar und vertrauenswürdig

Wir versprechen den Menschen nicht die Lösung aller Probleme. Das kann keine politische Partei, wenn sie ehrlich sein und bleiben will. Denn Politik kann nicht alles. Ihre Handlungsspielräume sind begrenzt. Alle Kräfte der Gesellschaft müssen mobilisiert werden, jeder Einzelne ist aufgerufen, Mitverantwortung im Gemeinwesen und für das Gemeinwesen zu übernehmen.

So wie politische Ziele für sich genommen jeweils richtig sein können, können sie – gerade in Zeiten knapper Mittel – auch im Konflikt zueinander stehen. Verschiedene Ziele können gleichzeitig angestrebt und vorangebracht werden, aber meistens nicht gleichzeitig oder sogar sofort erreicht werden. Je nach den Umständen können sich Prioritäten wandeln – in der Gesellschaft wie in der Politik. Unsere Grundsätze und unsere Grundwerte aber bleiben bestehen; sie machen es möglich, dass Politik berechenbar und vertrauenswürdig bleibt. Das Vertrauen der Menschen ist das wichtigste Kapital, das man haben kann, auch und gerade in der Politik. Dieses Vertrauen wollen wir uns als Christliche Demokraten in Baden-Württemberg erhalten und immer wieder neu erwerben.

Für eine neue Balance zwischen Gegenwart und Zukunft

Solidarität nicht nur im Hier und Jetzt

Politische Verantwortung beschränkt sich nicht auf die Gestaltung der Gegenwart. Wer in seinem politischen Handeln in der Gegenwart verhaftet bleibt, läuft Gefahr, die Interessen künftiger Generationen den Annehmlichkeiten der Gegenwart zu opfern. Wir brauchen nicht nur die Solidarität im Hier und Jetzt, sondern auch die Solidarität zwischen Heute und Morgen, sonst werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht. Wir brauchen eine neue Balance zwischen Gegenwart und Zukunft, die sicherstellt, dass wir heute nicht auf Kosten von morgen leben. Vorsorge ist wichtiger als Nachsorge, Innovationen sind wichtiger als Reparatur des Bestehenden, Investitionen in die Zukunft sind wichtiger als Konsum in der Gegenwart. Daran muss sich politisches Handeln für eine nachhaltige Entwicklung orientieren.

Neue Herausforderungen

Demographischen Wandel bewältigen

In Deutschland geht die Bevölkerungszahl zurück. Wir gehören zu den Ländern mit den weltweit niedrigsten Geburtenraten. Wir wollen uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden, weil wir an die Zukunft unseres Landes glauben.

Eine weitere einschneidende Veränderung für die Bevölkerungsstruktur ergibt sich aus der Tatsache, dass die Menschen in Deutschland erfreulicherweise immer älter werden. In Verbindung mit der sinkenden Geburtenrate führt diese Zunahme der Lebenserwartung zu essentiellen Verschiebungen zwischen den Altersgruppen. Die CDU wird künftig demographische Aspekte im Sinne einer politischen Querschnittsaufgabe behandeln und auf allen Handlungsfeldern als eine zentrale Herausforderung unserer wertorientierten Politik betrachten. Wir müssen lernen, demographisch zu denken – und zwar in allen Bereichen unserer Gesellschaft.

Der demographische Wandel ist mehr als eine Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme. Die soziale und politische Gestaltung des Alterungsprozesses ist eine einmalige Chance, unter Beweis stellen zu können, dass auch eine Gesellschaft mit vergleichsweise vielen älteren Menschen kreativ, leistungsfähig und zukunftsfähig sein kann. Wir haben die Chance, Maßstäbe zu setzen, an denen sich andere Gesellschaften orientieren können. Junge Menschen brauchen beste Bildungschancen, Menschen mittleren und höheren Alters werden mehr denn je als Leistungsträger in unserer Gesellschaft gefordert und gefragt sein.

Für ein kinderfreundliches Land

Wir brauchen wieder mehr Kinder in Deutschland und Baden-Württemberg. Dafür müssen bessere Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu bedarf es einer familienfreundlichen Politik, aber auch einer familienfreundlichen Gesellschaft. Wir als Christliche Demokraten werden überall dort, wo wir politische Verantwortung tragen, dafür sorgen, dass die Zukunft von Familien und Kindern gesichert ist; sie müssen in unserer Gesellschaft massiv gefördert werden. Familien mit Kindern müssen in unserer Gesellschaft massiv gefördert werden. Es gibt viel zu viel Egoismus, der sich gegen Familien richtet – auch bei uns in Deutschland und Baden-Württemberg. Das wollen wir überwinden. Wer Baden-Württemberg zukunftsfähig halten will, muss auf die kommende Generation setzen, muss Bedingungen schaffen, die familienfreundlich und kinderfreundlich sind. Wir müssen zum „Kinderland“ Deutschlands werden. Zu einem Land, in dem sich Familien und Kinder wohl fühlen, in dem sie ein Klima vorfinden, das

Eltern Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern ermöglicht oder erleichtert. Ein Land, in dem Familie zu den Selbstverständlichkeiten der Gesellschaft gehört und das den Ehrgeiz hat, das kinderfreundlichste zu sein. Deshalb müssen der Wunsch nach einer beruflichen Tätigkeit und der Kinderwunsch vereinbar sein.

Die Potenziale des Alters nutzen

Den demographischen Wandel zu bewältigen heißt jedoch gleichzeitig, sich der Älteren in neuer Weise anzunehmen. Unternehmen in Deutschland müssen sich auf ältere Belegschaften einstellen. Wir brauchen Menschen, die insgesamt länger produktiv tätig sind. Deswegen müssen wir die Ausbildungszeiten verkürzen und die Lebensarbeitszeit verlängern. Auf die Veränderungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung müssen wir auch mit Konsequenzen im Bildungssystem reagieren. Wir brauchen daher auch nachhaltige Investitionen in die betriebliche Weiterbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weiterbildung muss auch für über 50jährige Arbeitnehmer offen stehen. Die verbreiteten Vorstellungen, dass ältere Mitarbeiter unproduktiver arbeiten, sind falsch, weil diese über langjährige Erfahrungen, über wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Angesichts des demographischen Wandels und einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre, spricht sich die CDU für eine besondere Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer aus. Eine Möglichkeit könnten beispielsweise Berufsbilder sein, die den Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen entsprechen.

Ein generationenübergreifendes Netzwerk knüpfen

Die CDU setzt sich für eine leistungsfähige Bürgergesellschaft ein, die über Mittel und Möglichkeiten verfügt, weitere Teile des gesellschaftlichen Lebens eigenständiger zu gestalten als gegenwärtig. Hierbei stellt die ältere Generation nach der Phase der aktiven Erwerbstätigkeit und vor dem eigentlichen Alter ein großes, ungenutztes und kreatives Potential dar. Die Bürgergesellschaft kann Menschen mit Ideen, mit Finanzkraft und mit Zeit zum Umsetzen guter Ideen zusammenführen und gleichzeitig diesen Menschen einen sinnerfüllten und fließenden Übergang ins Alter zu ermöglichen. Da die Familie in Zukunft als sozialer Nahraum alleine nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht und da es bereits in naher Zukunft immer mehr ältere Menschen ohne Familien geben wird, muss ein Netzwerk aus generationen- und familienübergreifenden Beziehungen geschaffen werden, um das soziale Nahfeld menschengerecht zu gestalten.

Grundlegende Veränderungen wagen

Investitionen steigern, Bedingungen für stabiles Wachstum schaffen, mehr Arbeitsplätze ermöglichen, die Sanierung der sozialen Sicherungssysteme vorantreiben, für solide Staatsfinanzen sorgen - dies sind die zentralen Herausforderungen vor denen Deutschland steht. Deutschland muss sich in eine Aufwärtsspirale hineinarbeiten. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern klar machen, dass Besitzstandswahrung kein Mittel ist, um Politik für die Zukunft zu betreiben. Wir werden grundlegende Veränderungen insbesondere im Steuerrecht und in den sozialen Sicherungssystemen betreiben. Die Bürger benötigen mehr Sicherheit für ihre Lebensplanung. Die Wirtschaft muss verlässliche Bedingungen für Investitionen haben. Dann stellt sich dauerhaftes Wachstum und mehr Beschäftigung wieder ein. Die Staatsfinanzen und die sozialen Sicherungssysteme erhalten so wieder eine stabile Grundlage. Das erfordert mutige und weitsichtige Entscheidungen. Von Baden-Württemberg und der baden-württembergischen CDU sollen dabei entscheidende Impulse ausgehen.

Chancen für die Zukunft erhalten – Für eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. So wie unsere Eltern und Großeltern durch ihre Aufbauleistung die Grundlage für den heutigen Erfolg von Baden-Württemberg gelegt haben, tragen wir heute die Verantwortung für unsere Kinder und zukünftigen Generationen. Sie sollen in einem attraktiven und lebenswerten Land, in stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen und in einer intakten Umwelt leben können. Nachhaltigkeit ist darüber hinaus die richtige Antwort auf die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, den demographischen Wandel, die nachweisbare Veränderung des Klimas auf der Erde und auf die Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern. Die Politik für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen darf nicht gegen die Wirtschaft in unserem Land durchgesetzt werden. Sie muss vielmehr in Einklang mit ihr - im Sinne einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft - gestaltet werden.

Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Um die politischen und ökonomischen Handlungsmöglichkeiten zu sichern, ist eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Haushaltspolitik unverzichtbar. Deshalb muss die Neuverschuldung des Landes auf Null zurückgeführt werden. Politisches Handeln mit dem Ziel viel Geld über Steuern und Abgaben einzunehmen, durch bürokratisches Systeme umzuverteilen und unter Hinzugabe von Schulden wieder auszugeben, muss ein Ende haben. Schuldenpolitik steigert die Anspruchshaltung an den Staat immer weiter und belastet künftige Generationen mit Zins und Tilgung. Die Politik muss den

Mut entwickeln, der Droge Verschuldung zu entsagen und sich auf den Weg des haushaltspolitischen Entzugs, des Sparens, zu machen.

Leistungsfähigkeit des Staates durch Aufgabenabbau erhöhen

Die Leistungsfähigkeit des Staates ist zurückgegangen, weil den Menschen zu lange zu viel versprochen wurde, was nicht auf Dauer einzuhalten war und ist. Das wirtschaftliche Wachstum hat mit den Ansprüchen, die die Menschen an den Staat gerichtet haben und immer noch richten, nicht Schritt gehalten. So haben wir in vielen Bereichen über unsere Verhältnisse gelebt. Das wollen wir ändern. Der Staat ist nicht dann stark, wenn er möglichst viele Aufgaben hat. Er ist dann stark, wenn er die Aufgaben, die von Einzelnen, Familien, freien Trägern, freiwilligen Vereinigungen nicht erledigt werden können, gut, wirksam und zum Vorteil aller erfüllt.

Klare Entscheidungsabläufe, weniger Regeln

Im Zeitalter der Globalisierung und der allgegenwärtigen Massenmedien hat Politik zunehmend mehr damit zu tun, sich Handlungsspielräume zu sichern und neu zu erarbeiten. Sie darf aber auch nicht überfrachtet und überfordert werden. Viele politische Verfahrensabläufe halten der Größe ihrer Aufgaben und Herausforderungen nicht mehr Stand. Demokratie braucht Zeit, aber sie muss auch effizient sein. Klare Entscheidungsabläufe, klare Zuweisung von Entscheidungsrechten und damit Entscheidungsverantwortung, Vereinfachung der Regelungen, Abbau von überflüssiger Bürokratie, weniger Regelungen und viel weniger Ausnahmeregelungen – der Staat muss für seine Bürger wieder durchschaubar und verständlich werden. Daran arbeitet die CDU Baden-Württemberg.

Integration fordern und fördern

Niemand kann die Augen davor verschließen, dass unser Land als solches internationaler geworden ist, und zwar mit allen Vorteilen und Problemen. Viele der bei uns lebenden Menschen ausländischer Herkunft sind in hervorragender Weise in unsere Gesellschaft integriert und tragen zu deren Zukunftsfähigkeit bei. Zu viele haben aber bisher keinen Anschluss an unsere Gesellschaft gefunden und manche von ihnen haben ihn auch bewusst nicht gesucht. Deshalb ist die Forderung und Förderung der Integration von Mitbürgern ausländischer Herkunft für Bund, Länder und Kommunen eine wichtige politische Aufgaben der kommenden Jahre.

Gerechte Politik für eine Welt im Wandel

Die Welt hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zu Beginn der 1990er-Jahre mit einem nie da gewesenen Tempo gewandelt. Viele damit verbundene Hoffnungen haben sich erfüllt: Die Deutschen haben wieder ein gemeinsames Vaterland. Die ost- und mitteleuropäischen Staaten sind in das gemeinsame europäische Haus zurückgekehrt. Einige Mitgliedsstaaten haben eine gemeinsame Währung. Aus langjährigen Gegnern in Europa sind wieder Partner für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand geworden. Die Europäische Union vereint fast den gesamten europäischen Kontinent – friedlich, demokratisch und auf Dauer zur Zusammenarbeit bereit.

Die Hoffnungen auf eine friedlichere, bessere, gerechtere Welt haben sich nur teilweise erfüllen können. Frei zu leben ist für viel mehr Menschen auf der Welt zur Selbstverständlichkeit geworden – aber längst nicht für alle. Grenzen haben ihre trennende Wirkung verloren – aber bei weitem nicht überall. Viel mehr Menschen als früher haben die Chance, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen – aber zu viele noch immer nicht.

Veränderte Konfliktlinien wahrnehmen

An den geistig-kulturellen und geographischen Grenzen christlich und islamisch geprägter Regionen sind Konflikte neu ausgebrochen oder alte Konflikte neu belebt worden, die sich teilweise mit extremer Gewalt entladen. Die Verführbarkeit von Menschen durch politische Ideologien und religiösen Wahn ist trotz eines weltumspannenden Informations- und Nachrichtennetzes nicht geringer geworden. Wir sind in immer stärkerem Maße asymmetrischen Bedrohungssituationen ausgesetzt. Die weltweiten Gefahren für den Frieden gehen nicht mehr nur von einzelnen Staaten aus, sondern von terroristischen Gruppen, dezentral, selbständig und weltweit operierenden Terroristen sowie unberechenbaren Einzeltätern. Das Gewaltmonopol der Staaten ist weitgehend verloren gegangen. Die Gewährleistung der Sicherheit auf der Welt sowie in den Staaten und Regionen steht heute unter völlig anderen Vorzeichen als zur Zeit des Ost-West-Konflikts. Sie ist schwieriger geworden. Die demokratischen Länder und die westliche Welt, zu der auch wir gehören, haben gerade in dieser Hinsicht eine hohe Verantwortung. Sie können dieser Verantwortung auf Dauer nur gerecht werden, wenn sie ihren eigenen moralischen und ethischen Ansprüchen selbst gerecht werden – dies gilt umso mehr, je stärker ihr Einfluss und ihre Macht in der Welt sind.

Die Herausforderungen der Globalisierung aufnehmen

Die Weltwirtschaft verändert sich mit einem atemberaubenden Tempo. Wirtschaftlich einstmals weniger entwickelte Staaten und Regionen sind zu neuen Zentren einer globalisierten Ökonomie aufgestiegen oder dazu auf dem Weg. Deutschland und Baden-Württemberg sehen sich zunehmendem Wettbewerb ausgesetzt und müssen auf die neuen Herausforderungen reagieren, wenn sie ihren Wohlstand und ihre soziale Sicherheit wahren wollen. Wer stehen bleibt, wird überholt und fällt zurück. Die Globalisierung findet statt.

Gemeinsam am Haus Europa weiterbauen

Das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern der Europäischen Union nach der Osterweiterung ist immens und muss Schritt für Schritt durch einen Aufholprozess der schwächeren Länder verringert werden, ohne dass die stärkeren Länder auf der Stelle treten. Dies wird erhebliche Kräfte der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten binden und in Anspruch nehmen. Baden-Württemberg muss eine starke europäische Region bleiben. Dann kann es am meisten zum Zusammenwachsen Europas beitragen.

Politik auf der Grundlage des christlichen

Menschenbildes

Die CDU – moderne Volkspartei der Mitte

Die CDU Baden-Württemberg ist die große moderne Volkspartei der Mitte. Mit unserer Politik wenden wir uns an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen in unserem Land. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

Christliches Menschenbild

Das christliche Menschenbild ist und bleibt Grundlage unserer Politik. Jeder Mensch ist uns gleich viel wert - unabhängig davon, ob er Mann ist oder Frau, alt oder jung, krank oder gesund, körperlich oder geistig behindert oder unbeeinträchtigt, arm oder reich, Deutscher oder Ausländer, Christ oder Angehöriger einer anderen Religion, gleich welcher Hautfarbe. Jeder Mensch hat zugleich die Aufgabe, aus seinem Leben das Beste zu machen - für sich selbst und die Gesellschaft. Rechte und Pflichten sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Unser Bekenntnis zum „C“ im Namen der CDU und als verbindliche Richtschnur unseres politischen Handelns hängt nicht davon ab, ob es uns dabei behilflich ist oder nicht, Mehrheiten zu erringen. Es hängt nicht davon ab, was in unserer Gesellschaft gerade mehrheitsfähig ist oder der Stimmung des Augenblicks entspricht. Christliche Demokraten kleben nicht an dem, was gestern war. Christliche Demokraten leben aus dem, was immer gilt. Dafür steht das „C“.

Unsere Grundwerte

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit

Wir treten ein für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist unser christliches Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit geben unserer Politik die Orientierung und sind wiederum Maßstäbe unseres politischen Handelns.

Die Freiheit steht im Mittelpunkt unserer Werteordnung. Die Menschen können ihre Lebensziele innerhalb der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung nur in Freiheit verwirklichen. Der demokratische Rechtsstaat setzt die Freiheit des einzelnen Menschen voraus. Es ist Aufgabe der Politik, allen Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und zu schützen. Zur Freiheit gehört für uns die Verantwortung sich selbst und anderen gegenüber. Damit jeder Mensch in Freiheit und Verantwortung handeln kann, streben wir Chancengerechtigkeit an.

Die Gerechtigkeit zielt auf möglichst gerecht verteilte Lebenschancen, auf einen offenen Zugang zu den Bildungseinrichtungen, Gütern, Leistungen und Eigentum, sowie auf Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitverantwortung. Gerechtigkeit erfordert die Anerkennung persönlicher Leistung und sozialen Ausgleich für diejenigen, die sich am Leistungswettbewerb unverschuldet nicht beteiligen können.

Die Solidarität gewinnt ihren vollen Sinn erst in der persönlichen Zuwendung von Mensch zu Mensch. Die Solidarität beruht auf der Leistung des Menschen und gibt ihr den sozialen Sinn. Zur Solidarität gehört die gemeinsame Absicherung der Lebensrisiken durch gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen.

Grundwerte bedingen einander

Jeder Grundwert ist für sich allein wichtig. Die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. Ihre Gewichtung zueinander zu gestalten ist Kern der politischen Auseinandersetzung. Freiheit ohne Solidarität, das wäre nichts anderes als der Weg in eine Gesellschaft, in der die

Durchsetzungsfähigkeit des Einzelnen alles, das Miteinander aber nichts mehr zählt. Gerechtigkeit ohne Freiheit, das wäre der Weg in eine Gesellschaft der Gleichmacherei und Armut, weil eigene Leistung nichts mehr zählt. Solidarität ohne Gerechtigkeit, das wäre der Weg in eine Gesellschaft, in der sich nur noch die gut organisierten Interessen Gehör verschaffen und sich durchsetzen können, die Schwachen aber auf der Strecke bleiben.

Entsprechend den sich wandelnden Herausforderungen stehen wir immer von neuem vor der Aufgabe, das Verhältnis der Grundwerte zueinander so zu gestalten, dass sie zusammen ihre Wirkung entfalten.

Leistung und gerechter Ausgleich

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Leistung etwas gilt und die Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit lebt. Wir Christlichen Demokraten erheben den Anspruch, für einen gerechten Ausgleich in unserer Gesellschaft sorgen zu können, der Leistung belohnt und gleichzeitig Benachteiligungen einzelner Menschen und Gruppen fair ausgleicht. Dies gilt insbesondere auch für die Generationengerechtigkeit. Politik im Zeichen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit heißt für uns, dass wir unseren Kindern und Kindeskindern weder Schulden noch ökologische Lasten, weder soziale noch technologische Risiken hinterlassen, die wir nicht verantworten können. Das Ergebnis der Leistung muss auch denen zugute kommen, die sie erbringen; und sie muss denjenigen zugute kommen, die sie nicht oder nicht in hohem Maße erbringen können. Deshalb muss Leistung gefördert und darf nicht behindert werden. Die Schwachen werden nicht stark, indem man die Starken schwächt. Und die Starken sind nicht allein für sich, sondern auch für die anderen da. Unsere Gesellschaft hat Zukunft, wenn sie leistungsfähig und solidarisch bleibt.

II. Für eine neue Balance zwischen Bürger und Staat

Gegenseitige Überforderung von Bürger und Staat stoppen

Das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern ist inzwischen viel zu stark von gegenseitiger Überforderung geprägt. Es muss wieder auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden, die der Leistungsfähigkeit und den Möglichkeiten beider Seiten Rechnung trägt. Wir stehen heute in einer Situation, in der sich der Staat Haushaltsdefiziten enormen Ausmaßes gegenüber sieht, die sich über Jahrzehnte aufgebaut haben und die ihm kaum noch Spielräume zur Senkung der Belastung durch Steuern und Abgaben lassen. Diese Defizite sind auch der Befriedigung der stetig steigenden Wünsche und Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an den Staat geschuldet. Das Ergebnis ist eine verhängnisvolle Spirale von Überbeanspruchung auf Gegenseitigkeit. Die Belastungsfähigkeit der Bürger ist an eine Grenze gestoßen. Die Belastungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte ist an eine Grenze gestoßen. Die Verschuldung ist an eine Grenze gestoßen. Die Bürokratisierung aller Lebensvorgänge hat die Grenze überschritten. Wir müssen umdenken.

Beschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben

Wir brauchen eine neue Balance zwischen Bürger und Staat, die in Zukunft sicherstellt, dass weder der Staat seine Bürger noch die Bürger ihren Staat überfordern. Die Anspruchsgesellschaft ist passé, der Anspruchsstaat aber auch. „Was bringt mir das?“ ist die falsche Frage. Wir müssen stattdessen fragen: „Bringt das uns allen etwas?“ Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen. Unsere Politik denkt nicht vom Staat aus, sondern vom einzelnen Menschen und vom freien und verantwortungsbewussten Bürger.

Zu den Kernaufgaben des Staates zählen wir:

- Die Rechtsordnung und damit die Innere Sicherheit gewährleisten.
- Die äußere Sicherheit des Staatswesens garantieren.
- Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung sicherstellen.
- Verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen.
- Für sozialen Ausgleich durch Leistungen für die Familien und Solidarität mit den Schwachen sorgen.

- Bildung und Allgemeinbildung durch geeignete Gestaltung eines leistungsfähigen Bildungssystems vermitteln und die Teilhabe an Kultur ermöglichen.
- Chancengerechtigkeit für alle ermöglichen, indem die Voraussetzungen und die Qualifikation für den Zugang zu Bildung und zur Arbeitswelt vermittelt werden.

Neue und klare Prioritäten setzen

Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder und Familien in Politik und Gesellschaft einen viel höheren Stellenwert bekommen. Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme so umbauen, dass sie wieder bezahlbar sind, den wirklich Bedürftigen helfen und heutigen wie künftigen Generationen gleichermaßen zugute kommen können. Wir setzen auf Eigenverantwortung und Solidarität mit den Schwachen. Sozial ist, was Arbeit schafft: Wir wollen eine Sozialpolitik, die Wachstum ermöglicht und nicht bremst; wir wollen eine Sozialpolitik, die Beschäftigungsanreize schafft und nicht Beschäftigungshemmnisse aufbaut. Wir wollen den Staatsaufbau vereinfachen und Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten viel klarer zuordnen als bisher. Wir wollen staatliche Bürokratie auf das notwendige Maß zurückführen; die Regeln müssen weniger und einfacher werden. Wir wollen ein Steuersystem schaffen, das die Menschen verstehen und endlich wieder Gerechtigkeit bringt. Wir wollen die Neuverschuldung zunächst weiter begrenzen, dann auf Null zurückfahren und anschließend mit der allmählichen Rückzahlung vorhandener Schulden beginnen.

Vorfahrt für Kinder und Familien

Kinder sind das Wichtigste, das wir haben

Die Familie ist die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. In der Familie erfahren Menschen Geborgenheit und Zuwendung. Hier erleben sie die Solidarität zwischen den Generationen. In Familien können am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten eingeübt und entwickelt werden, die Voraussetzung und Grundbestandteil einer freien und verantwortlichen Gesellschaft sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbstständigkeit und Mündigkeit. Jedes Kind hat ein Recht auf seine Familie, auf persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe der Eltern. Erziehung fängt in der Familie an; die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder steht an erster Stelle. Unser Leitbild ist die partnerschaftliche Familie. Familienarbeit kann nicht nur Aufgabe von Frauen sein, sondern muss auch von Männern viel stärker als dies bisher der Fall ist als

Aufgabe angenommen und übernommen werden. Aber wir brauchen genauso eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und zwar für Frauen und für Männer.

Kinderland Baden-Württemberg

Kinder sind der Inbegriff von Zukunft. Daher wollen wir Baden-Württemberg zum „Kinderland Nummer eins“ in Deutschland machen.

Der Begriff „Kinderland“ meint mehr als einfach nur eine „kinderfreundliche Gesellschaft“. „Kinderland“ steht für ein neues Verständnis von Kindheit, Jugend und Familie. „Kinderland“ steht für eine Politik, die sich an Kindern und Jugendlichen, ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten orientiert und in der verschiedene Politikfelder miteinander verschmelzen: Familien- und Bildungspolitik, Betreuung und Jugendarbeit und Sozialpolitik. Eine Politik für Kinder und Familien; eine Politik, die Familien die Entscheidung für ein Kind erleichtert, braucht einen ganzheitlichen Ansatz. Deswegen wollen wir, dass künftig – im Land wie im Bund – alle politischen Entscheidungen daraufhin geprüft werden, ob sie Familien stärken und Kinder fördern.

Erziehungsauftrag verantwortungsvoll wahrnehmen

Kinder sind die einzig unkündbare Beziehung. Deshalb kommt es darauf an, dass die Eltern ihrem Erziehungsauftrag gerecht werden. Die Hauptverantwortung für die Entwicklung der Kinder wird auch künftig bei den Eltern liegen. Gleichwohl setzt sich die CDU für eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, Betreuungseinrichtungen und Schulen ein. In Betreuungseinrichtungen und Schulen müssen hierzu Gespräche mit Eltern geführt werden, bei denen gemeinsam nach Lösungen von Erziehungsproblemen gesucht wird. Die CDU Baden-Württemberg lehnt jegliche Anwendung von Gewalt in der Erziehung von Kindern ab.

Respekt für alle Lebensgemeinschaften – besonderer Schutz für Ehe und Familie

Wir wollen niemand vorschreiben, wie er leben soll. Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Lebensentscheidungen der Menschen unter moralischen Gesichtspunkten zu bewerten. Der Staat kann aber Lebensgemeinschaften unter einen besonderen Schutz stellen, wenn dieses im eigenen Interesse liegt. Bei Ehe und Familien ist dies der Fall. Deshalb ist ihr besonderer Schutz im Grundgesetz verankert. Daran werden wir festhalten und die Leistungen für die Zukunft des Gemeinwesens würdigen, die Ehen und Familien in besonders starker Weise erbringen, und an denen auch andere Lebensgemeinschaften teilhaben.

Wir achten und respektieren alle Formen des Zusammenlebens, für die sich Menschen aus freien Stücken entscheiden. Sie gehören zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, sie

tragen zur Vielfalt in der Gesellschaft bei und ermöglichen es vielen Menschen, eigene Ziele, Miteinander und die Übernahme gegenseitiger Verantwortung auch außerhalb von Ehe und Familie zu verwirklichen. Sie dürfen nicht diskriminiert werden.

Familien finanziell und gesamtgesellschaftlich fördern

Für uns ist die Familie das Fundament der Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für ihre finanzielle Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein. Wir richten unsere Politik darauf aus, dass die Zahl der Geburten wieder steigt. Staatliche Maßnahmen zugunsten von Familien mit Kindern reichen dazu aber nicht aus. Es muss auch wieder das Bewusstsein dafür wachsen, dass Kinder keine Last sind und mehr als die Sicherung der Generationenfolge. Der Staat muss mit einer aktiven Familienpolitik dafür sorgen, dass die Entscheidung von Menschen für Kinder nicht zu erheblichen Nachteilen gegenüber Menschen ohne Kinder führt. Die Unterstützung der Familien ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die finanzielle Entlastung von Kindern und Familien kann sowohl über das Steuersystem als auch über die sozialen Sicherungssysteme erfolgen. Als Instrument hierfür gibt es das von der Großen Koalition neu eingeführte Elterngeld als Einkommensersatzleistung. Das Landeserziehungsgeld ist ein Markenzeichen der CDU in Baden-Württemberg. Wir wollen das Landeserziehungsgeld so weiterentwickeln, dass es Familien im Anschluss an das Elterngeld, während der von ihnen gewählten Elternzeit, finanziell unterstützt. Wir setzen uns zusätzlich zu den Kinderkomponenten in den Sozialen Sicherungssystemen für Beitragssenkungen im Rentensystem ein, die die Familien gerade in der Erziehungsphase finanziell entlasten. Die Eltern von behinderten Kindern sowie ihre Kinder selbst müssen in besonderem Maß unterstützt werden, um die Entwicklungschancen dieser Kinder auszuschöpfen und unzumutbare Lasten für die Eltern zu vermeiden.

Betreuung mit mehr Wahlfreiheit

Auf dem Weg zum „Kinderland“ gibt es keine Patentrezepte. Es gibt Alternativen und es gibt unterschiedliche Ansätze, die sich aus der konkreten Lebenssituation der betroffenen Menschen ergeben. Wir nehmen die Wahlfreiheit der Eltern und Familien ernst. Wir wollen mehr Wahlfreiheit für Eltern mit Blick auf die Betreuung ihrer Kinder. Sie sollen selbst entscheiden, welche Betreuungsart in welcher Lebensphase für ihr Kind die beste ist. Junge Eltern wollen nicht zwischen Beruf und Familie wählen müssen bzw. können es sich finanziell auch gar nicht leisten. Viele Familien sind auf zwei Einkommen angewiesen und auch unsere Wirtschaft kann nicht auf die Fähigkeiten gut ausgebildeter Frauen verzichten. Wir nehmen den Eltern die Verantwortung nicht ab – aber wir unterstützen sie, wenn und wo sie dies wünschen.

Bedarfsgerechte Betreuungsangebote

Wir brauchen umfassende Betreuungsangebote für Kinder. Nur so wird es Familien ermöglicht, trotz Berufstätigkeit beider Elternteile eigene Kinder aufzuziehen. Deshalb wollen wir das Angebot zur Betreuung von Kindern in Baden-Württemberg bedarfsgerecht und flächendeckend ausbauen. Wir wollen – insbesondere über unsere Amts- und Mandatsträger in den Kommunen und unter Einbeziehung der Eltern – auch private Initiativen fördern und unnötige oder hemmende Regulierungen abbauen. Wir wollen die rechtliche und tatsächliche Stellung von Tagesmüttern und -vätern verbessern; dies hilft auch kleineren Gemeinden die keine eigenen Einrichtungen erstellen können.

Für Kleinkinder werden wir in unseren Kommunen und gemeinsam mit Unterstützung des Landes die Betreuungsmöglichkeiten weiter verbessern. Ferien- und Ganztagsbetreuung soll in erreichbarer Nähe überall möglich werden. Wir werden die Ganztagsangebote an den Schulen überall im Land bedarfsgerecht ausbauen und weiterentwickeln.

Wir wollen Unternehmen dazu motivieren, betriebseigene Betreuungseinrichtungen bereitzustellen, denn Unterstützung für Familien ist ein wichtiger Teil einer vorausschauenden und in der Wirkung kostengünstigeren Personalpolitik. Die Zukunft unserer Kinder ist eine Aufgabe, der alle sich gleichermaßen stellen müssen: die Eltern, der Staat, die Schulen und Betreuungseinrichtungen, die Kirchen und freien Träger, die Vereine und Verbände, die Wirtschaft und schließlich die Gesellschaft insgesamt.

Soziale Sicherung, die wirkt

Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Wirtschaftskraft und die soziale Leistungsfähigkeit eines Landes stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang zueinander. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden und führt im Ergebnis zu volkswirtschaftlichen Verlusten. Umgekehrt gilt: Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft beraubt sich selbst ihrer Grundlagen. Das ist das Einmaleins der Sozialen Marktwirtschaft.

Jeder, der in Not geraten ist, hat Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft. Jeder, der kann, hat etwas an die Gemeinschaft zurückzugeben. Jeder, der Beiträge an die Sozialversicherungen bezahlt, hat Anspruch auf eine den Beiträgen angemessene Gegenleistung. Der Missbrauch von Sozialleistungen schadet allen und muss entschieden bekämpft werden. Das ist das Einmaleins der sozialen Gerechtigkeit.

Wir vertreten die Auffassung, dass das Streben nach sozialer Gerechtigkeit sich nicht in der schlichten Forderung nach Gleichheit für alle erschöpfen darf. Unser Schlüssel zur Gerechtigkeit im Sinne von Chancengleichheit liegt in der sozialen Verantwortung jedes einzelnen. Denn unser Bild von Freiheit ist nicht das der Vereinzelung und Bindungslosigkeit sondern der Freiheit in Verantwortung. Das ist die Basis dafür, dass Teilhabechancen für jedermann überhaupt entstehen können. Denn ohne mehr Freiheit in Verantwortung wird es nicht gelingen, solidarische Kräfte zum Einsatz für das Gemeinwesen zu aktivieren.

Jeder Mensch hat Fähigkeiten, jeder will teilhaben und hat das Recht auf Anerkennung. Das erfordert das Gebot der Beteiligungsgerechtigkeit.

Langjährig schwaches oder sogar ausbleibendes Wirtschaftswachstum, der Verlust von Beschäftigung und die hohe Arbeitslosigkeit haben der sozialen Sicherung in Deutschland zunehmend die Finanzierungsbasis entzogen. Hinzu kommt der medizinische Fortschritt, der allen zugute kommen soll, aber Geld kostet sowie die immer weiter steigende Zahl an Pflegebedürftigen. Dies gilt insbesondere angesichts der immer weiter zunehmenden Lebenserwartung der Menschen. Mit steigenden Beiträgen zu den Sozialversicherungen, die Bestandteil des Lohnes sind, wurde das knappe Gut Arbeit in Deutschland und Baden-Württemberg immer teurer gemacht. Auch infolge der hohen Lohnzusatzkosten ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, wurden früher rentable Arbeitsplätze an kostengünstigere Standorte verlagert und hier zu Lande abgebaut. Dem Abbau der Beschäftigung folgte über nun schon viele Jahre hinweg der Rückbau sozialer Leistungen.

Säulen der sozialen Sicherung zukunftssicher machen

Die Architektur der Sozialversicherungen und die Höhe sozialer Leistungen in Deutschland müssen so organisiert werden, dass sie nicht mehr zum Abbau, sondern wieder zum Aufbau von Beschäftigung beitragen. Wir müssen dafür sorgen, dass der Faktor „Arbeit“ nicht noch mehr von Sozialbeiträgen belastet wird. Sozial ist nicht vor allem der, der etwas verteilt. Sozial ist vor allem der, der dafür sorgt, dass es etwas zu verteilen gibt. Sozial ist, was wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze schafft. Sozial ist, was die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme auf eine langfristig verlässliche Basis stellt. Sozial ist, was den Menschen in Deutschland durch klare und auf Dauer angelegte Reformen wieder eine langfristige Lebensplanung und die Grundlage für die damit verbundenen Entscheidungen verschafft. Sozial ist eine Politik, die unsere sozialen Sicherungssysteme so organisiert, dass auch künftige Generationen noch etwas von ihnen haben können. Eine neue Balance zwischen Gegenwart und Zukunft kann nur auf diesem Weg geschaffen werden.

Entscheidend wird sein, dass in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg wieder mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Die Arbeitslosigkeit muss und kann abgebaut werden. Es ist unser vorrangiges Ziel, eine Belebung des Arbeitsmarktes zu erreichen. Je mehr wir uns wieder dem Ziel der Vollbeschäftigung nähern, umso spürbarer verteilen wir die Leistungen für die Schwachen in unserer Gesellschaft auf mehr und mehr Schultern. Wir wollen auch in Zukunft soziale Sicherheit für alle.

Die Folgen des gesellschaftlichen Alterungsprozesses gerecht absichern

Zur langfristigen Sicherung des Sozialsystems in Deutschland verfolgen wir eine Strategie mit zwei Schwerpunkten: Mit dem in allen Sozialversicherungen angewandten Umlageverfahren werden alle Einnahmen sofort zur Deckung der Leistungsausgaben verwendet. Vorsorge für die fortschreitende Alterung unserer Gesellschaft wird bisher nicht getroffen. Das wollen wir ändern und in der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich Kapital ansparen, mit dem wir die finanziellen Folgen des Alterungsprozesses abfangen können. Die gesetzliche Pflegeversicherung soll sukzessive um das Ansparverfahren erweitert werden. Auch in der Krankenversicherung sollte Vorsorge für demographisch bedingte Kostensteigerungen durch die Einführung einer Kapitaldeckungskomponente getroffen werden. Zudem wollen wir einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge von den Lohnkosten abkoppeln. Durch die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung senken wir gleichzeitig die Arbeitskosten und machen die Schaffung von Arbeitsplätzen attraktiver. Brutto und Netto klaffen dann nicht mehr so weit auseinander, und Schwarzarbeit wird weniger lohnend.

Leitgedanken zur Reform des Gesundheitswesens

Unsere Leitgedanken zur Reform des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung sind die folgenden: Um auch zukünftig der gesamten Gesellschaft den Zugang zu medizinischen Fortschritt zu ermöglichen muss ein System das auf Wettbewerb, Effizienz und Transparenz beruht geschaffen werden. Es muss auch zukünftig einen Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Menschen die mehr verdienen und Menschen mit geringerem Gehalt und zwischen Alleinstehenden und Familien geben. Steigende Gesundheitskosten können in Zukunft nicht weiter Arbeit und Leistung in Deutschland aufgebürdet werden. Wir sehen die Notwendigkeit einer Konzentration auf medizinisch notwendige Leistungen in unserem Gesundheitssystem damit diese auch noch in Zukunft bezahlbar sind. Die Eigenbeteiligung und Selbstverantwortung der Versicherten muss gestärkt werden, so sollen mehr Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsrechte bekommen. Mehr

Wettbewerb und Durchschaubarkeit müssen an Stelle von starren und undurchschaubaren Strukturen und Bürokratie treten. Die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung müssen ausgebaut werden. Gerade die Möglichkeiten der gesundheitlichen Prävention als Mittel der Eigenverantwortung des Menschen für seine körperliche Fitness und seine gesundheitliches Wohlbefinden müssen im Gesundheitssystem stärker herausgearbeitet werden.

Reformbemühungen im Gesundheitswesen dürfen nicht nur bei den Leistungserbringern ansetzen. Dies würde Belastungen für die vielfältige Gesundheitsinfrastruktur unserer Kommunen mit sich bringen. Stattdessen bietet die Neuausrichtung des Gesundheitswesens hin zur Prävention die Möglichkeit, dass Baden-Württemberg verstärkt als Gesundheitsland profiliert wird.

Wir wollen Baden-Württemberg verstärkt als Gesundheitsland profilieren. Als Kur- und Bäderland Nummer eins in Deutschland, als Standort wichtiger medizinischer und pharmazeutischer Unternehmen und mit einer sehr guten medizinischen Versorgungsstruktur bieten sich dem Land alle Chancen, am Wachstumsmarkt Gesundheitsvorsorge und Gesunderhaltung teilzuhaben. Dabei setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass die Träger von Gesundheitseinrichtungen ihren Sitz im Land behalten und somit Arbeitsplätze in Baden-Württemberg gesichert werden.

Hochwertige medizinische Versorgung sichern

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu einer wohnortnahen, flächendeckenden Grundversorgung der Menschen mit hochwertigen medizinischen Leistungen. Nicht die Größe von Einrichtungen der medizinischen Versorgung, sondern ihre Qualität, ihre Wirtschaftlichkeit und ihre Erreichbarkeit müssen die Grundlage einer gerechten und sinnvollen Güterabwägung sein, wenn es darum geht, unausweichliche Einsparungen vorzunehmen. Vorhandene Reserven für mehr Sparsamkeit und Wirksamkeit müssen deshalb konsequent genutzt werden. Vorrangig sind für uns aber Zusammenarbeit und verabredete Schwerpunktsetzungen von Krankenhäusern auch über Kreisgrenzen hinweg. Auch durch eine bessere Verzahnung verschiedener Rehabilitations-, Pflege- und Versorgungseinrichtungen wollen wir den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen Rechnung tragen. Die geriatrische Rehabilitation erhält Vorrang vor der Pflege.

Vorsorge stärken

Die Gesundheitsvorsorge muss gestärkt werden. Gesundheitserziehung muss bereits im Kindesalter beginnen. Das Gesundheitswesen muss grundsätzlich mit dem Ziel umgestaltet werden, dass weniger Fälle im Bereich der meist teurer

Zivilisationskrankheiten entstehen; dann sind sogar Ersparnisse möglich. Ziel muss es sein, dass auch durch die Leistungserbringung der Krankenversicherungen das Gesundheitsbewusstsein stärker in der Gesellschaft verankert wird. Durch Eigenverantwortung und Vorsorge lassen sich die Zivilisationskrankheiten eindämmen oder verhindern.

Wahlfreiheiten erweitern

Wir wollen mehr Wahlfreiheit für die Versicherten: Auch die gesetzliche Krankenversicherung soll verstärkt Angebote wie die privaten Kassen mit Bonussystemen, Rückerstattungsregelungen und Eigenbehalten anbieten können. Zudem sollen auch gesetzlich Versicherte über die Kosten ihrer medizinischen Behandlung informiert werden.

Mehr Orientierung an Qualitäts Gesichtspunkten

In Baden-Württemberg besteht ein engmaschiges soziales Netz an bedarfsgerechten Hilfsangeboten für Menschen, die in Not geraten sind. Wir setzen auf die bewährte Partnerschaft mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege. Bestehende Hilfsangebote sollten stärker vernetzt und koordiniert angeboten werden; nicht jeder Träger muss jedes Angebot vorhalten. Wir setzen auf die Steuerung seitens der Träger der Sozialhilfe und erwarten neue Impulse der Kommunen im Rahmen der Umsetzung der großen Verwaltungsreform. Wir setzen auf die Einbindung der Krankenkassen, die durch die aktive Förderung erkrankter Menschen Behandlungshäufigkeiten und Behandlungsdauern verringern können. Die Förderung von Hilfsangeboten mit Landesmitteln sollte sich künftig stärker an der Qualität und dem Umfang der angebotenen Leistungen orientieren. Dabei ist besonderer Wert auf die Einbindung von ehrenamtlich Tätigen zu legen. Ambulante und teilstationäre Angebote sind ein wichtiger Bestandteil der Behindertenhilfe.

Hilfe für Süchtige

Wir setzen uns für eine Suchtpolitik ein, die sich auf drei Elemente konzentriert: Prävention, Therapie und Repression. Ein wesentlicher Schwerpunkt wird künftig auf dem Gebiet der Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen liegen. Nach wie vor hat der Ausstieg aus der Sucht für uns obersten Rang. Die ambulante Abgabe von Rauschgiften lehnen wir kategorisch ab. Neben der Vorbeugung gegenüber Drogen muss die Bekämpfung des Missbrauchs von Alkohol und Nikotin ein weiterer Schwerpunkt sein.

Organspende

Wir bitten die Menschen in Baden-Württemberg, sich als Organspender zur Verfügung zu stellen und damit anderen das Leben zu retten oder ihnen gesundheitliche Linderung zu verschaffen. Wir begrüßen, dass in allen Krankenhäusern, die über Intensivtherapiebetten und damit die Möglichkeit einer Explantation verfügen, ein Transplantationsbeauftragter bestellt werden muss. Angesichts des gravierenden Organmangels ist dies eine Möglichkeit, um zur Verbesserung der Organspendesituation beizutragen.

Umstellung und Entbürokratisierung der Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung als derzeit reines Umlagesystem wollen wir um ein Ansparverfahren ergänzen, damit sie in einer alternden Gesellschaft ihre Wirkung entfalten kann. Die Pflegeversicherung muss zudem umfassend entbürokratisiert werden, ohne Pflegestandards abzusenken. Die Flut der Vorschriften behindert zunehmend die menschliche Zuwendung, die für Pflegebedürftige von großer Wichtigkeit ist.

Wohnortnahe Pflegeeinrichtungen

Mit dem Auslaufen der Pflegeheimförderung als Investitionsförderung für Alten- und Pflegeheime im Jahr 2012 hat das Land in den letzten Jahren für eine flächendeckende wohnortnahe Versorgung gesorgt und dem bestehenden und zukünftigen Bedarf Rechnung getragen.

Mit Nachbarschaftshilfen, ambulanten Pflegediensten und Sozialstationen kann eine flächendeckende Versorgung mit Pflegeleistungen in Baden-Württemberg gewährleistet werden. Zudem gilt es, neue Pflegeformen zu entwickeln, auch um die längere Pflege zu Hause zu ermöglichen. Auch beim Thema Pflege muss aus demographischen Gründen vermehrt auf Entstaatlichung und die breitere Beteiligung der Bürgergesellschaft, etwa durch Selbsthilfenetzwerke, gesetzt werden. Aus humanitären und finanziellen Gründen muss der Aspekt der familiären und häuslichen Pflege in den Blickpunkt rücken. Oft hängt der Lebenswille älterer Menschen davon ab, wie lange ihnen ein Leben im häuslichen Umfeld in Mitten der Familie möglich ist. Die Möglichkeit eine bestimmte Zeit lang Angehörige im Rahmen einer Pflegezeit zu betreuen verbunden mit der Möglichkeit in den Beruf zurückzukehren, würde die Bereitschaft von Angehörigen zur Pflegeleistung erhöhen und auch die wirtschaftliche Belastung von pflegenden Familienangehörigen mindern.

Langfristig wirkende Reform der Alterssicherung

Eine wirksame Reform der Alterssicherung in Deutschland muss langfristig angelegt sein; aber sie muss so früh wie möglich umgesetzt werden, denn mit jedem Tag, der weiter verstreicht, geht wertvolle Zeit verloren. Wir wollen den Menschen auch mit Blick auf ihre Altersversorgung reinen Wein einschenken: Immer kürzere Lebensarbeitszeiten, immer mehr Frühverrentungen und immer längere Rentenlaufzeiten – so geht eine solidarische Alterssicherung kaputt, weil sie unbezahlbar wird. Immer weiter steigende Beiträge wären schädlich, da sie das knappe Gut Arbeit in Deutschland noch teurer machen und damit Arbeitsplätze vernichten oder gefährden würden.

Leitgedanken für einen zukunftsfesten Umbau der Rentenversicherung

Unsere Leitgedanken für einen zukunftsfesten und in seiner Wirkung anhaltenden Umbau der Alterssicherung sind die folgenden: Armut im Alter muss auch künftig verhindert werden. Private und betriebliche Altersvorsorge müssen gestärkt werden; hierzu gehört auch die Altersvorsorge durch die Schaffung von Wohneigentum. Rente ist Lohn für Lebensleistung. Die Rentenhöhe muss auch künftig von den bezahlten Beiträgen und damit der eigenen Leistung abhängig sein. Eine Reform muss so angelegt sein, dass die sich aus der Alterung unserer Gesellschaft ergebenden Lasten gerecht auf die Generationen verteilt werden. Die jeweils hälftige Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird beibehalten. Die Alterssicherung muss sich mehr als bisher an den Lebensläufen und Erwerbsbiographien von Frauen orientieren. Die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Familien und Kinderlosen, für das Alter Vorsorge zu treffen, muss berücksichtigt werden. Die Anerkennung von Erziehungsleistungen muss aus Steuermitteln finanziert werden, da sie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Lebensarbeitszeit in der Rente berücksichtigen

Wir setzen uns für flexible Altersgrenzen beim Eintritt in die Rente ein. In Zukunft soll bei der Rentenberechnung die Lebensarbeitszeit und damit die Zeitdauer, in der Beiträge entrichtet wurden, ebenso berücksichtigt werden wie das Lebensalter. Der Renteneintritt kann dann bei vollen monatlichen Bezügen frühestens nach vollen 45 Beitragsjahren (inklusive anerkannter Erziehungszeiten) erfolgen. Der Übergang soll stufenweise erfolgen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen und damit die Dauer des Rentenbezugs müssen in die Berechnung des Rentenanspruchs in vollem Umfang einfließen; dies gilt ebenso für das Verhältnis der Beitragszahler zur Anzahl der Leistungsempfänger; der Rentenanstieg verläuft dann bei steigender Lebenserwartung oder rückläufiger Erwerbstätigenanzahl langsamer.

In der Altersversorgung für Beamte sowie Amts- und Mandatsträger sind grundsätzlich gleichgerichtete Regelungen zu schaffen.

Den Staat vom Kopf auf die Füße stellen: Klare Verantwortlichkeiten schaffen – Bürokratie abbauen – bundesstaatliche Ordnung modernisieren

Die föderale Staatsordnung als Erfolgsmodell

Die föderale Staatsordnung Deutschlands hat sich im Grundsatz bewährt. Sie verbindet Einheit mit Vielfalt, ergänzt die horizontale Gewaltenteilung um eine vertikale Komponente, erleichtert und ermöglicht einen Wettbewerb der politischen Konzepte und Ideen, verbessert durch die Beteiligung des Länder die Qualität der Rechtsetzung, bringt den Staat näher an die Menschen (Subsidiarität) und stärkt das Prinzip der Demokratie durch parlamentarische Kontrolle auf verschiedenen staatlichen Ebenen.

Fehlentwicklungen beseitigen

Die Verfassungswirklichkeit hatte sich seit der Gründung der Bundesrepublik von dieser Grundidee des Föderalismus Schritt für Schritt immer weiter entfernt. In mehr als 50 Jahren Verfassungsgeschichte zog der Bund mehr und mehr Kompetenzen an sich. Dagegen verloren die Länder, vor allem die Landtage, durch Zentralisierung an Gestaltungskraft. Die Verflechtung der Kompetenzen schränkte die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern zunehmend ein. Staatliche Entscheidungsfindung wurde für die Bürgerinnen und Bürger immer schwerer durchschaubar. In den Vordergrund schob sich die Forderung nach der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse; von Leistung und Wettbewerb war kaum noch die Rede. Diese Fehlentwicklungen mussten beseitigt werden.

Föderalismusreform als wichtiger Schritt in die richtige Richtung

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt die in der großen Koalition verabredete und von Bundestag und Bundesrat beschlossene Föderalismusreform als einen ersten und wichtigen Schritt, um die gewachsenen Defizite zu beseitigen. Zum ersten Mal werden Verflechtungen zwischen Bund und Ländern aufgebrochen – beim Zustimmungsrecht des Bundesrats oder bei den Mischfinanzierungen. Zum ersten Mal werden die Landtage in ihren Gesetzgebungsrechten deutlich gestärkt – im Hochschulrecht oder im Recht des öffentlichen Dienstes. Zum ersten Mal wird der unterschiedlichen Gestaltungskraft und dem unterschiedlichen Gestaltungswillen der Länder Rechnung

getragen – durch die Abweichungsgesetzgebung. Vor allem für die Länder ist die Reform ein großer Schritt nach vorn.

Neugliederung des Bundesgebiets erleichtern

Der deutsche Föderalismus ist geprägt von der Unterschiedlichkeit seiner Glieder. Die Verschiedenheit der deutschen Länder erschwert es, eine gleichermaßen für alle Länder angemessene Balance von Eigenverantwortung und zentralen Vorgaben zu finden. Es ist einerseits nachvollziehbar, dass insbesondere für strukturschwächere Länder Wettbewerb zunächst die Herstellung von Chancengleichheit voraussetzt. Chancengleichheit kann aber andererseits nicht bedeuten, dass damit den übrigen Ländern Chancen verbaut werden; Gestaltungsfreiheit darf sich nicht ausschließlich am schwächsten Glied orientieren. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass daneben auch weiterhin Möglichkeiten ausgelotet werden sollten, eine Neugliederung des Bundesgebiets zu erleichtern. Deutschland braucht leistungsfähige Bundesländer in einer lebensfähigen Größe. Maßgebliche Hürde war in der Vergangenheit die grundgesetzliche Notwendigkeit einzelner Volksentscheide in allen betroffenen Gebieten und Ländern. Artikel 29 Grundgesetz sollte deshalb so geändert werden, dass die Zustimmung des ganzen Bundesvolks oder des Volks des neu zu bildenden Landes insgesamt genügt. Auch damit ist dem demokratischen Prinzip ausreichend Rechnung getragen. Um die Bereitschaft zur Neugliederung zu unterstützen, ist außerdem eine Altschuldenregelung sinnvoll.

Föderalismusreform in praktische Politik umsetzen

Mit ihrem Inkrafttreten ist die Föderalismusreform nicht am Ende; sie fängt im Land eigentlich erst an. Denn jetzt muss mit Leben gefüllt werden, was bisher nur auf dem Papier steht. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens gibt deshalb den Startschuss für die Umsetzung in Baden-Württemberg. Unser Credo: Das Eintreten für mehr Subsidiarität, mehr Wettbewerb und mehr Gestaltungsfreiheit darf kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss in praktische Politik umgesetzt werden. Die CDU Baden-Württemberg fordert Landesregierung und Landtag auf, die erweiterten Spielräume zu nutzen. Die Modernisierung der staatlichen Ordnung muss bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen – als ein Mehr an Transparenz, an Subsidiarität und an Mitgestaltung.

Reform der Finanzverfassung als zweite Stufe

Eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, die sich auf eine Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen beschränkt, bleibt auf halbem Wege stehen. Angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte und vor dem Hintergrund der

Vorgaben des europäischen Stabilitätspakts muss auch eine Diskussion über die Reform der Finanzverfassung beginnen. Es geht um mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung auf der Einnahmenseite sowie um mehr Kontrolle und mehr Begrenzungen auf der Ausgabenseite. Damit nicht noch mehr Landeshaushalte aus dem Ruder laufen, brauchen wir dringend ein Frühwarnsystem, das es Bund und Ländern gemeinsam ermöglicht, drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig gegenzusteuern. Ähnlich dem EU - Stabilitätspakt sollen dem Bund Sanktionsmöglichkeiten, wie Strafzahlungen oder unverzinsliche Einlagen gegenüber Ländern, die die vereinbarten Stabilitätskriterien nicht erfüllen, ermöglicht werden. Eine grundlegende Reform der Finanzverfassung hat jedoch nur Aussicht auf Erfolg, wenn im Übrigen die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung und für die Konsolidierung der Haushalte richtig gestellt sind; eine Reform der Finanzverfassung kann nicht alleine die Beseitigung von Haushaltsproblemen herbeiführen.

Stärkung der Steuerhoheit der Länder

Mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung auf der Einnahmenseite sind nur möglich, wenn die Länder mehr eigene finanzpolitische Gestaltungsrechte bekommen. Die CDU Baden-Württemberg hält es deshalb für erforderlich, den Ländern einen eigenen Spielraum bei der Erhebung von Steuern zuzubilligen, insbesondere jenen Steuern, die ihnen vollständig zugute kommen.

Neuordnung der Stabilitätskriterien

Aber auch auf der Ausgabenseite sind Veränderungen notwendig. Die Stabilitätskriterien des Art. 115 GG haben in der Vergangenheit ihre begrenzende Funktion nur unzureichend erfüllt. Angesichts zunehmender Probleme gerade auf Ebene des Bundes, Einnahmen und Ausgaben zur Deckung zu bringen, sprechen wir uns dafür aus, im Grundgesetz striktere Vorgaben für die Entwicklung der Ausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen vorzusehen. Wir wollen die verfassungsrechtliche Verankerung eines allgemeinen Neuverschuldungsverbotes im Bund und in allen Ländern ab dem Jahr 2012.

Finanzausgleich wachstumsfreundlich gestalten

Der Länderfinanzausgleich bleibt trotz der Verbesserungen durch die 2005 in Kraft getretene Neufassung ein Hemmschuh für die Entwicklung Deutschlands und seiner Länder. Nach wie vor gehen leistungsfeindliche und wachstumsbremsende Anreize von ihm aus. Nicht die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Länder, sondern immer noch die weitgehende Angleichung der Einnahmen und damit Ausgabemöglichkeiten der Länder sind seine wesentlichen Ziele.

Zahlerländer werden benachteiligt, weil ihnen nach allen Finanzausgleichen und Transferleistungen weniger Geld pro Einwohner bleibt, als die Empfängerländer infolge des Ausgleichs im Endeffekt zur Verfügung haben. Die schwächeren Länder werden aber auf Dauer nicht stärker, indem man die stärkeren Länder schwächt. Baden-Württemberg kann dann mehr helfen, wenn es mit mehr eigenen, bei ihm verbleibenden Mitteln mehr Wachstum schaffen und hervorrufen kann. Verteilung des Vorhandenen allein schafft zwar einen Ausgleich; Wachstum dagegen ermöglicht die Vermehrung dessen, was zur Verteilung vorhanden ist. Die CDU Baden-Württemberg spricht sich deshalb für eine wachstumsfreundlichere und leistungsgerechtere Ausgestaltung der Finanzausgleiche zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern aus. Davon haben alle Länder etwas.

Vorrang für das Prinzip der Subsidiarität – Für starke Städte und Gemeinden

Der Grundsatz des Föderalismus – im Zweifel Vorrang für die untere staatliche Ebene, die den Menschen am nächsten ist – muss auch innerhalb des Landes immer wieder neu mit Leben erfüllt werden. Der Staat muss von den Menschen her gedacht und von den Menschen her gemacht werden. Deshalb bekennt sich die CDU Baden-Württemberg zur kommunalen Selbstverwaltung; wir verstehen uns als Partner der Gemeinden, Städte und Kreise. Das Land ist nur dann stark, wenn es starke, eigenständige und eigenverantwortliche Kommunen mit politischem Handlungsspielraum nach eigenem Ermessen hat. Dies setzt eine aufgabengerechte Finanzausstattung voraus. Darauf werden wir auch in Zukunft achten.

Bürokratie wirkungsvoll abbauen

Die ausufernde Bürokratie in unserem Gemeinwesen stellt Leistungswillen, Investitionsbereitschaft und Gerechtigkeitsempfinden zunehmend in Frage. Sie fördert Rechtsstreitigkeiten. Sie überfordert die Bürger zunehmend und bürdet ihnen immer neue Aufgaben auf. Es muss nicht alles bis in die kleinste Einzelheit geregelt werden. Deshalb werden wir in Baden-Württemberg die gestartete Offensive zum Abbau der Bürokratie fortführen und verstärken. Alle Verordnungen und Vorschriften seitens des Landes müssen auf den Prüfstand und kommen auf den Prüfstand. Alle diejenigen, deren Notwendigkeit nicht zweifelsfrei nachgewiesen wird, werden ersatzlos gestrichen. Wir wollen wissen wo und wie viel Geld für unnötige Bürokratie verschwendet wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Standard-Kosten-Modell flächendeckend einzuführen, mit dem die Belastungen durch Bürokratie für die Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen aber auch für die Kommunen in Euro und Cent gemessen werden können. Gemessen werden die Informations- und Berichtspflichten (Anträge, Formulare, Statistiken, Nachweise etc.), die sich aus einer staatlichen Anforderung ergeben. Auf dieser Basis können dann politischen

Entscheidungen fallen, bestimmte bürokratische Belastungen zurückzuführen, sie erst gar nicht entstehen zu lassen oder im Sinne des Konnexitätsprinzips unteren staatlichen Ebenen zu ersetzen.

Berufsbeamtentum leistungsfreundlich umbauen

Wir wollen das Berufsbeamtentum beibehalten und eine angemessene Bezahlung der Beamten sicherstellen. Wir wollen des Weiteren erreichen, dass die Bezahlung im öffentlichen Dienst in deutlich stärkerem Maß leistungsbezogen ist und die starren Grenzen zwischen den Laufbahnen aufbrechen.

Für ein wettbewerbsfähiges und vereinfachtes

Steuerrecht

Unternehmenssteuerrecht

Eine Neuordnung der Unternehmensbesteuerung hat im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit oberste Priorität. Nur wenn die steuerlichen Rahmenbedingungen stimmen, investieren die Unternehmen wieder verstärkt und werden neue Arbeitnehmer eingestellt. In einer grundlegenden Reform müssen die Steuersätze auf ein Niveau gesenkt werden, das das internationale und europäische Umfeld berücksichtigt. Dabei ist auf eine rechtsformneutrale Ausgestaltung der Reform hinzuwirken: Neben den Körperschaften sind auch die Personengesellschaften zu berücksichtigen, da mehr als 80 Prozent aller Unternehmen in dieser Rechtsform organisiert sind.

Die Einkommensteuer hat sich bewährt und soll beibehalten werden. In das bestehende System ist eine Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge zu integrieren. Sie sorgt dafür, dass Kapital nach Deutschland zurückgeholt wird.

Gewerbsteuer

Zu einer umfassenden Unternehmensteuerreform gehört auch eine Neuordnung der Gewerbesteuer. Die CDU Baden-Württemberg ist offen dafür, ein tragfähiges alternatives Finanzierungskonzept zur Gewerbesteuer zu entwickeln, das den Belangen der Wirtschaft angemessen gerecht wird und die Finanzautonomie der Kommunen gleichermaßen berücksichtigt. Wir fordern die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Unternehmenssteuer. Ein effizientes und gerechtes Ertragsteuerrecht soll Gewinne bzw. Überschüsse und nicht die Substanz der

Unternehmen als Bemessungsgrundlage haben. Wir lehnen daher eine Ausweitung der Substanzbesteuerung strikt ab und sprechen uns für die Abschaffung bestehender substanzbesteuender Elemente aus. Auch zukünftig muss den Kommunen eine solide Finanzbasis zur Verfügung stehen. Deshalb streben wir eine Stabilisierung des kommunalen Steueraufkommens durch Beteiligung der Betriebsstättenkommune am ertragsunabhängigen Lohnsteueraufkommen.

Wir brauchen zudem eine Verstärkung der kommunalen Einnahmen und weitgehende Konjunkturunabhängigkeit. Außerdem muss sich eine aktive Politik für Gewerbeansiedlungen in den Kommunen lohnen.

Mittelstand

Dem Mittelstand hat das besondere Augenmerk der Politik zu gelten. Der Mittelstand beschäftigt rund 70 Prozent der Arbeitnehmer und bildet rund 80 Prozent der Lehrlinge aus. Er ist damit die tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Neben den bereits geschilderten Maßnahmen, von denen auch und gerade der Mittelstand profitiert, wird daher eine Reform des Erbschaftsteuerrechts angestrebt: Um Betriebsübergänge zu erleichtern, insbesondere um Arbeitsplätze zu erhalten, soll für jedes Jahr der Unternehmensfortführung die auf das übertragene Unternehmen entfallende Erbschaftsteuerschuld reduziert werden. Sie entfällt ganz, wenn das Unternehmen mindestens zehn Jahre fortgeführt wird.

Zur Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen ist außerdem die Ist-Besteuerungsgrenze im Umsatzsteuerrecht auf jährlich 1 Mio. Euro anzuheben.

Einkommensteuerrecht

Daneben ist unverzichtbar, auch das Einkommensteuerrecht neu zu fassen. Das derzeitige Steuerrecht kann selbst von Experten nicht mehr in allen Verästelungen überschaut werden. Es provoziert Ausweichreaktionen und Rechtsverweigerung, wo von den Bürgern Rechtstreue und Steuerehrlichkeit erwartet wird. Erforderlich ist daher eine radikale Vereinfachung und „Entrümpelung“. Auf diese Weise wird die Bürokratie für Bürger, Wirtschaft und Finanzverwaltung verringert. Es werden niedrige Steuersätze bei grundlegendem Abbau von Ausnahme- und Subventionstatbeständen angestrebt. Die Bürger sollten tendenziell entlastet werden; gleichzeitig ist aber auch sicherzustellen, dass der Staat seinen Aufgaben nachkommen kann.

Unweigerlich hat eine umfassende Reform des Einkommensteuerrechts eine Fülle von Übergangsfristen und Übergangsregelungen zur Voraussetzung. Aber die grundlegende, konsequente Vereinfachung des Steuerrechts ist es wert, einen schwierigen Weg in Angriff zu nehmen.

Im Rahmen der angestrebten Reform bekennt sich die CDU Baden-Württemberg zum bestehenden System der Erhebung von Kirchensteuern.

Solide Staatsfinanzen – weniger Schulden schaffen mehr Zukunft

Die Folgen der Staatsverschuldung

Die Staatsschulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Sie verringern die Handlungsspielräume kommender Generationen, da die Zinszahlungen für Kredite die öffentlichen Haushalte auf Jahrzehnte hinaus belasten. Dies widerspricht den ethischen und wirtschaftlichen Grundsätzen einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik. Staatsverschuldung beeinträchtigt die Wachstumschancen einer Volkswirtschaft. Staatsverschuldung ist unsozial. Die Überforderung der Finanzkraft des Staates verstärkt die Störung des Gleichgewichts zwischen Ansprüchen der Gegenwart und Bedarf der Zukunft, die in eine neue Balance zueinander gebracht werden müssen.

Baden-Württemberg wäre zumindest rechnerisch schuldenfrei, hätte es die Zahlungen in die Finanzausgleiche zwischen den Ländern nicht gegeben. Seit der deutschen Einheit liegen diese Zahlungen des Landes über der jährlichen Neuverschuldung. Aber wir können nicht damit rechnen, dass sich am System der Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern Entscheidendes ändert, solange die Empfängerländer eine politische Mehrheit haben. Die Schulden der Vergangenheit und Entscheidungen aus den siebziger Jahren für deutlich mehr Personal im öffentlichen Dienst, vor allem in den Bildungseinrichtungen, können nicht rückgängig gemacht werden. Für den Aufbau der neuen Länder war zudem eine vorübergehend höhere Staatsverschuldung in Deutschland notwendig.

Grundgesetz ändern – Schuldenabbau in Aufschwungsphasen vorschreiben

Wir können und wollen aber die Neuverschuldung, insbesondere des Landeshaushalts, Schritt für Schritt auf Null zurückführen und danach mit dem Zurückzahlen aufgelaufener Schulden beginnen. Wir können und wollen zudem Regeln einführen, die sicherstellen, dass Steuermehreinnahmen in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs zu einem Teil zum Abbau bzw. zur Verringerung der Staatsverschuldung eingesetzt werden und nicht für zusätzliche Ausgabenprogramme verwendet werden; was zusätzlich eingenommen wird, darf nicht sofort verbraucht werden. Das ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Wir wollen daher ein grundsätzliches Verschuldungsverbot verfassungsrechtlich festschreiben und es um ein Instrumentarium zur Schuldenbegrenzung und Haushaltssteuerung ergänzen.

Entlastung der öffentlichen Haushalte

Strukturverbesserungen, Umschichtungen, Ausgabenverminderungen und Steigerungen der Wirtschaftlichkeit von Ausgabeprogrammen bleiben davon unabhängig im Landeshaushalt wie den anderen öffentlichen Haushalten weiterhin erforderlich. Mit der großen Verwaltungsreform, mit weiteren Personaleinsparungen, mit dem weitgehenden Abbau von Vorschriften und überflüssiger Bürokratie und mit weiteren Privatisierungen wollen wir erreichen, dass die Aufgaben des Landes noch wirksamer und kostengünstiger wahrgenommen werden können. Es muss so weit wie möglich vermieden werden, dass der Staat mit Leistungsangeboten in Konkurrenz zur freien Wirtschaft tritt.

Subventionen abbauen, Staatsquote senken, Steuerhinterziehung bekämpfen

Ein nachhaltiger Subventionsabbau bleibt notwendig, um die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen. Dauerhafte Subventionen lähmen die Kräfte des Marktes, verzerren den Wettbewerb, behindern zukunftsgerichte Strukturen und die wirtschaftliche Dynamik. Wir wollen Finanzhilfen und andere subventionsähnliche Ausgaben weiter verringern. Subventionen sollten grundsätzlich befristet sein und mit zunehmendem Zeitverlauf zurückgehen. Subventionsbetrug und Steuerhinterziehung müssen mit aller Konsequenz bekämpft werden. Die Staatsquote muss nachhaltig zurückgeführt werden.

Faire Finanzbeziehungen zwischen Staat und Gemeinden

Die Sanierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte dürfen nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden unternommen werden. Wesentlich zur Haushaltssanierung tragen faire Finanzbeziehungen zwischen Staat und Kommunen bei. Die staatliche Ebene muss die Kosten tragen, die sie verursacht, falls sich Bund, Land und Kommunen nicht auf eine faire Kostenverteilung einigen. Es schadet der Lebensqualität vor Ort und dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, wenn kommunale Infrastruktur verkommt oder wichtige Einrichtungen geschlossen werden müssen, weil das Spardiktat des Landes einseitig auf die Gemeinden umgelegt wird. Wir setzen uns deshalb für einen Stabilitätspakt ein, der die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen auf längere Sicht verlässlich regelt.

III. Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger

Arbeit und Wohlstand für alle

Vollbeschäftigung bleibt das Ziel

Baden-Württemberg muss ein wirtschaftlich starkes Land mit sicheren Arbeitsplätzen bleiben, dessen Unternehmen auf den Märkten von morgen bestehen können. Baden-Württemberg muss ein wirtschaftlich starkes Land bleiben, damit Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle im Land lebenden Menschen gewährleistet werden können. Arbeit ist Quelle des Wohlstands. Aber sie ist auch mehr als das: Arbeit heißt Bestätigung, heißt Gebrauchtwerden, heißt Lebensinhalt und Lebensperspektive. Arbeit hat mit der Würde des Menschen zu tun.

Wir wollen ein Land mit Chancen und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen Wohlstand für alle. Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel. Wir brauchen eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit. Dazu müssen alle, die es können, mit eigener Anstrengung und eigener Leistung beitragen. Leistungsdenken muss wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommen.

Neue Perspektiven für ältere Arbeitnehmer schaffen

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist durch eine geringe Erwerbstätigkeit von Personen über 55 Jahren gekennzeichnet. Ältere Menschen stoßen auf dem angespannten Arbeitsmarkt auf erhebliche Eingliederungsschwierigkeiten und sind daher vergleichsweise oft von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Unser primäres arbeitsmarktpolitisches Ziel ist die Verbesserung der Beschäftigungschancen für ältere Menschen. Wir wollen aktiv für die Potenziale älterer Beschäftigter werben, zum Abbau von verbreiteten Vorurteilen gegenüber älteren Beschäftigten beitragen und uns für Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen bzw. zur beruflichen Reintegration arbeitsloser älterer Menschen einsetzen. Ältere Arbeitnehmer müssen durch Angebote der Fort- und Weiterbildung die Chance bekommen, ihre Qualitäten den Betrieben zu erhalten. Ältere Arbeitslosen muss der Eintritt in den Arbeitsmarkt sowohl durch arbeitsrechtliche wie durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erleichtert werden. Wir wollen hierfür zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften ein eigenes arbeitsmarktpolitisches Konzept für Baden-Württemberg entwickeln.

Arbeiten, sparen, investieren

Wir müssen arbeiten und etwas leisten. Wir müssen sinnvoll sparen und wir müssen mit langfristigen Zielsetzungen investieren. Dann erzielen wir Wachstum. Dann kann die Wirtschaft bestehende Arbeitsplätze sichern sowie neue und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. Dann geht es allen besser, und wir können den Schwachen und den nicht Leistungsfähigen besser helfen. Das ist ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft.

Wer Leistung verweigert, obwohl er etwas leisten könnte, handelt. unsozial und unsolidarisch. Wer Leistung erbringt, muss in jedem Fall besser gestellt werden als derjenige, der Leistung verweigert. Leistung und Arbeit müssen sich lohnen.

Wirtschaftliches Wachstum ist nicht alles, aber ohne wirtschaftliches Wachstum ist fast alles andere nichts. Wirtschaftliches Wachstum darf aber nicht als Selbstzweck missverstanden werden, sondern es kann und muss dem Wohlergehen der Menschen dienen. Wirkliche Lebensqualität erfordert mehr als ein sicheres Einkommen.

Wirtschaftliches Wachstum soll deshalb nicht nur materiellen Gewinn, sondern auch sozialen und ökologischen Fortschritt ermöglichen. Wir wollen deshalb wirtschaftliches Wachstum ermöglichen, das den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bewahrt und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt.

Wettbewerbschancen verbessern, Wachstumsbremsen

lösen

Geordneter und chancengerechter Wettbewerb gehört zu den großen kulturellen Errungenschaften. Der Wettbewerb der Ideen, Dienstleistungen und Produkte trägt den wirtschaftlichen Fortschritt, prägt den gesellschaftlichen Wandel und sichert Freiheit und Wohlstand. Wettbewerb bedeutet ganz zwangsläufig immer auch Risiko. Aber das größte Risiko wäre es, sich auf dem Erreichten auszuruhen und sich aus dem Wettbewerb zu verabschieden. In Zeiten der Globalisierung ist Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt. Wohlstand und soziale Sicherheit können schneller verloren gehen als sie erarbeitet wurden.

Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg

Baden-Württemberg muss sich als Wirtschaftsstandort dem weltweiten Wettbewerb stellen. Dafür bringt unser Land gute Voraussetzungen mit: Wir gehören zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Wir sind ein Land mit guten Schulen und Hochschulen. Wir haben exzellente Forschungseinrichtungen, die eng mit der

Wirtschaft zusammenarbeiten und die Wege von der Forschung zum Produkt kürzer machen. Wir sind ein Land der Talente und der Patente. Baden-württembergische Unternehmen sind auf allen Märkten der Welt präsent. Wir verfügen über hervorragend ausgebildete Ingenieure, Techniker und Facharbeiter und verantwortungsbewusste Unternehmer. Wir haben einen guten Namen als europäische Spitzenregion der Hochtechnologie.

Verschiedene Prognosen zeigen uns aber, dass in ganz Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren, verstärkt noch nach dem Höhepunkt der Schulabsolventenzahlen, Fachkräfte knapp werden. Wir wollen deshalb die Fort- und Weiterbildung stärken. Der technologische Fortschritt erfordert im Anschluss an die Erstausbildung die ständige Anpassung und Erweiterung der beruflichen Fähigkeiten. Lebensbegleitende Weiterbildung sichert die Qualifikation der Arbeitnehmer und erhöht das Wachstumspotential der Wirtschaft. Die Fort und Weiterbildung muss im Verbund mit Schulen, Hochschulen und dualer Berufsausbildung zu einem gleichwertigen Bestandteil des Bildungssystems werden. Wir werden die Fort- und Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems ausbauen.

Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg wird mehr und mehr auf hochqualifizierte Spitzenkräfte aus dem In- und Ausland angewiesen sein. Deswegen setzt sich die CDU dafür ein, dass sich einerseits die Rahmenbedingungen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land verbessern und andererseits die Zuwanderung für Hochqualifizierte deutlich erleichtert wird. Die Kriterien für hochqualifizierte Einwanderer müssen gelockert werden.

Internationale Orientierung und Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Unser Land verdankt seine ökonomische Bedeutung insbesondere seiner internationalen Orientierung sowie den Ideen und der Innovationskraft seiner Wirtschaft. Diese wiederum ist nicht zuletzt das Ergebnis des fruchtbaren Zusammenwirkens eines breiten und flächendeckend vorhandenen unternehmerischen Mittelstandes mit den zahlreichen im Land ansässigen Großunternehmen. Ein von wechselseitigem Verständnis und Partnerschaft geprägtes Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stärkt dieses Zusammenwirken bislang in beispielhafter Weise. Darauf baut die CDU Baden-Württemberg ihre Wirtschaftspolitik für die Zukunft auf.

Zusammenwirken der Unternehmen als Wachstumsmotor

Das vorrangige Ziel einer modernen, zukunftsgerechten Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg besteht darin, dieses konstruktive Zusammenwirken zwischen kleineren, mittleren und großen Unternehmen sowie von Handwerk und Dienstleistern zu bewahren, zu fördern und weiter zu entwickeln. Gerade vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen der globalisierten Weltwirtschaft müssen die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass dieses Zusammenwirken auch in den kommenden Jahren seine Kraft als Wachstumsmotor für das Land entfalten und zur Geltung bringen kann.

Wer aufhört, besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein. Wer sich auf Erreichtem ausruht, verliert rasch seine „pole-position“. Wir wollen, dass Baden-Württemberg noch besser wird. Baden-Württemberg soll auch im Jahr 2012 zu den wirtschaftlich führenden europäischen Regionen gehören und in Deutschland weiter den Spitzenplatz besetzen. Dafür brauchen wir Fleiß. Dafür brauchen wir den Mut zu Neuem. Dafür brauchen wir Reformen. Und dafür brauchen wir eine Kultur der Selbstständigkeit.

Kultur der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung

Geistige Grundlage für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes ist die Bereitschaft seiner Menschen, Verantwortung für den Nächsten im Privaten, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft zu übernehmen. Dies gilt in der Wirtschaft gleichermaßen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für jeden an seinem Platz und in seiner Verantwortung. Die CDU Baden-Württemberg hält an der Tarifautonomie fest. Staatlich festgelegte Mindestlöhne schränken die Tarifautonomie ein. Sie sind kein taugliches Mittel, um den ökonomischen Herausforderungen zu begegnen. Sind sie zu niedrig, bleiben sie wirkungslos. Werden sie hingegen zu hoch angesetzt, führen sie zur Vernichtung von Arbeitsplätzen vor allem für gering Qualifizierte.

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zum privaten Unternehmertum und zum selbständigen Mittelstand. Wir bekennen uns zu mehr Freiheit für unternehmerisches Handeln. Aus dieser Freiheit heraus definieren wir gerade auch für die Zukunft in einem globalen Markt ein besonderes Verantwortungsbewusstsein von Unternehmern und Unternehmungen gleichermaßen gegenüber den Mitarbeitern, des Standortes und der Gesellschaft.

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zum privaten Unternehmertum und zum selbständigen Mittelstand: Nur wenn Menschen bereit sind, sich dem Risiko des wirtschaftlichen Wettbewerbs zu stellen, ist die Erarbeitung von Wohlstand und die

Schaffung und Erhaltung sozialer Sicherheit möglich. Wer mehr Risiken auf sich nimmt, darf auch wirtschaftlich größere Chancen haben.

Eine wirtschaftspolitische Strategie und eine ganzheitliche Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert müssen über die Tarifpartnerschaft und die vom Staat gesetzten gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausreichen. Die Interessengegensätze von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Baden-Württemberg und Deutschland müssen zunehmend in den Hintergrund treten; überwiegen muss das gemeinsame Interesse, in der Konkurrenz mit anderen großen Standorten auf den Märkten der Welt bestehen und Arbeitsplätze hier bei uns sichern und schaffen zu können. Eine Kultur der Verantwortung soll dazu beitragen, Baden-Württemberg unverwechselbar zu machen, weltweit agierende Unternehmen an unser Land zu binden und den Arbeitnehmern Perspektiven auf langfristig sichere Arbeitsplätze zu eröffnen.

Mehr Spielraum zur Gestaltung der Löhne und Gehälter

Kultur der Verantwortung bedeutet auch, dass sich Arbeitnehmer wie Arbeitgeber für den Bestand und das Wachstum des Unternehmens einsetzen, für das sie arbeiten. Beide Seiten sollten bereit sein, auch neue Wege einzuschlagen. Es muss in verstärktem Maße möglich werden, dass die Arbeitnehmer, wenn sie dies wünschen, mit einem Teil ihres Lohnes am wirtschaftlichen Erfolg oder auch Misserfolg ihres Unternehmens beteiligt sind. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich deshalb zum Ziel, die Zahlung von Investivlöhnen politisch voranzubringen. Arbeitnehmer sollen im Rahmen fester Vereinbarungen damit künftig die Möglichkeit haben, über einen Teil ihres Lohnes selbst zu bestimmen.

Wir fordern die Tarifpartner mit Nachdruck auf, mit langfristig, also über mehrere Jahre hinweg angelegten Tarifvereinbarungen mehr Berechenbarkeit und Planungssicherheit für Arbeitnehmer und Betriebe zu schaffen. Wir wollen die verstärkte Teilhabe an Unternehmenserträgen mit verbesserten Instrumenten der Gewinnbeteiligung sowohl auf einzelbetrieblicher wie auf tarifvertraglicher Ebene. Hierbei sollen Mitarbeiterbeteiligungen zu einem Instrument der betrieblichen Altersvorsorge entwickelt werden können und im Falle der Insolvenz geschützt werden.

Förderung der internationalen Ausrichtung Baden-Württembergs

Die CDU Baden-Württemberg arbeitet für ein offenes und an internationalem Austausch orientiertes Klima in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Der Wohlstand Baden-Württembergs beruht nicht zuletzt auf dem Erfolg der im Land ansässigen Unternehmen auf den Weltmärkten. Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist es

daher, die internationalen Kontakte insbesondere der mittelständischen Unternehmen zu erweitern sowie die Präsenz baden-württembergischer Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Institutionen auf internationalen Märkten zu fördern.

Der Neubau der Landesmesse Stuttgart ist in diesem Zusammenhang ein zentraler Strategiebaustein. Wir wollen Messen von internationaler Bedeutung in Baden-Württemberg etablieren.

Perspektiven für das Handwerk und den Mittelstand

Die CDU Baden-Württemberg steht dafür, dass das Handwerk im Land leistungsstark und wettbewerbsfähig bleibt und auch in Zukunft Perspektiven hat. Wie keine andere Branche trägt das Handwerk zur Ausgewogenheit der Lebensverhältnisse in Baden-Württemberg bei. Die hohe Qualität handwerklicher Dienstleistungen und sein erstklassiges Ausbildungsangebot müssen auch in Zukunft gesichert sein. Wir wollen den Meisterbrief deshalb weiter erhalten, wenngleich er in vielen Bereichen in einem europäischen Rahmen nicht mehr Voraussetzung für eine Existenzgründung sein wird. Am Meister-Bafög halten wir nachdrücklich fest. Darüber hinaus muss die Weiterbildung im Handwerk zu einem neuen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik ausgebaut werden, denn gerade das Handwerk ist in der Lage, neue technische Möglichkeiten in Haushalten und Betrieben umzusetzen. Mit einer Partnerschaft zwischen Handwerk und High-Tech erschließen wir einen wichtigen Markt der Zukunft, der heimatnahe Arbeitsplätze sichern hilft.

Mut zur Selbstständigkeit

Die CDU Baden-Württemberg fördert den Mut zur Selbstständigkeit und zur unternehmerischen Existenzgründung. Wir wollen dazu beitragen, die Zahl der selbstständigen Unternehmer im Land – auch unter den ausländischen Mitbürgern – zu vergrößern und den ausgezeichneten Bestand unternehmerischer Vielfalt im Land sichern und erweitern. Wir wollen dazu beitragen, dass die Betriebsnachfolge gerade in mittelständischen Unternehmen auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden kann. Der Erhalt der Arbeitsplätze in den Betrieben muss grundsätzlich Vorrang vor anderen Erwägungen wie zum Beispiel der Erzielung staatlicher Einnahmen haben. Deshalb unterstützen wir die Reform der Erbschaftsteuer für Unternehmen.

Sicherung der Finanzierungsbasis der Unternehmen

Die Finanzierungsfähigkeit von Unternehmen, insbesondere mittelständischen Unternehmen, wie sie Baden-Württemberg prägen, ist infolge des vom globalen Wettbewerb ausgelösten Investitions- und Innovationsdrucks zu einem maßgeblichen

Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg und das Überleben einzelner Betriebe geworden. Dieses Rad lässt sich nicht zurückdrehen. Deshalb ist es Ziel unserer Wirtschaftspolitik, die Kapitalausstattung der heimischen Unternehmen zu stärken und ihre Fähigkeit zur Bildung von Eigenkapital zu fördern. Die CDU Baden-Württemberg befürwortet eine Kapitalmarktoffensive, in deren Rahmen bei Unternehmen und Selbstständigen für die Bereitschaft zur Aufnahme von Beteiligungskapital geworben wird und die sich aktiv um die Ansiedlung weltweit tätiger Investoren in Baden-Württemberg kümmert. Mit Hilfe der L-Bank sollen zudem künftig verstärkt Eigenkapital ergänzende und Eigenkapital ersetzende Instrumente entwickelt und den mittelständischen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Ein weiterer Weg zur Erhöhung der Eigenkapitalquote im Mittelstand ist die Beteiligung der Mitarbeiter an ihren Unternehmen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Beteiligungsmodelle verbessern und für diese Formen der Partnerschaft im Betrieb werden.

Darüber hinaus muss eine flächendeckende Versorgung mit dem Zugang zu Fremdkapital sichergestellt werden. Hierzu leisten vor allem die Sparkassen sowie die Kreditgenossenschaften einen wertvollen Beitrag. Die CDU Baden-Württemberg hält deshalb auch in Zukunft am öffentlich-rechtlichen Bankenwesen fest. Die Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) sollen auch künftig die Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft im Land maßgeblich prägen. Dazu stellen wir eine übersichtliche Zusammenfassung über alle Fördermaßnahmen mit Anlaufstelle zur Verfügung.

Vorsprung in Hochtechnologien

Technologischer Vorsprung schafft Produktivitätsvorteile und ist ein Trumpf im internationalen Wettbewerb gerade für Volkswirtschaften mit einem hohen Lohn- und Wohlstandsniveau. Dies gilt insbesondere auch für Baden-Württemberg. Eine noch effizientere Förderung und Vernetzung der betrieblichen und privaten Forschung, die aktive Förderung des Technologietransfers mit kürzestmöglichen Wegen von der Forschung zum marktfähigen Produkt und die konsequente Schwerpunktsetzung im Rahmen einer auf Wachstumfelder ausgerichteten Grundlagenforschung sind zentrale Bestandteile einer zukunftsgerechten Wirtschaftspolitik für und in Baden-Württemberg.

Die CDU Baden-Württemberg wird bei der Förderung von Querschnittstechnologien, insbesondere im Bereich der Forschung, Schwerpunkte auf die Nanotechnologie, die Biomedizin und die Biotechnologie, die Photonik, die Energieforschung und die Entwicklung neuer Materialien legen. Überdurchschnittliche Wachstums- und

Wettbewerbschancen sehen wir für Baden-Württemberg auch in der Medienwirtschaft, im Fremdenverkehr und in der Gesundheitsbranche.

Baden-Württemberg muss auch in Zukunft weltweit Schrittmacher und Kernland des Fahrzeugbaus sein. Wir streben an, dass wie bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts der entscheidende Technologiesprung in der modernen automobilen Antriebstechnologie von baden-württembergischem Boden ausgeht. Deshalb setzen wir einen besonderen Schwerpunkt in der Erforschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien für die Mobilität der Menschen im 21. Jahrhundert. Wir wollen erreichen und dazu beitragen, dass die baden-württembergische Wirtschaft in fünf Schlüsselbereichen bei den absoluten Weltmarktführern ist: im Automobilbau, im Maschinenbau und der Produktionstechnik, in der Medizintechnik und den Lebenswissenschaften, in den optischen Technologien, in der Informatik und Unternehmenssoftware.

Berufliche Bildung

Die Facharbeiter sind das Rückgrat des verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg. Ihre Qualifikation muss als Produktivitätsquelle der Wirtschaft im Land auch in Zukunft erhalten werden. Grundlage dafür ist das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Das duale Ausbildungssystem gewährleistet sowohl eine praxisorientierte Ausbildung als auch eine enge Verzahnung zwischen Ausbildung und dem Bedarf an Fachkräften. Insbesondere in Baden-Württemberg wird diese Verzahnung zwischen Bildung und Beschäftigung durch eine gemeinsame Verantwortung und die enge Zusammenarbeit von Betrieben und Schulen verstärkt. Darüber hinaus sind gezielte Anreize und Angebote für die betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildung von Facharbeitern wichtig. Wirtschaft und öffentliche Hand tragen in der beruflichen Bildung eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation.

Angesichts der immer anspruchsvolleren Ausbildungsinhalte in vielen Ausbildungsberufen bei gleichzeitig oft abnehmender Ausbildungsreife brauchen wir für praxisbegabtere Schulabgänger eine Werker Ausbildung, die unterhalb des Gesellenbriefes ansetzt. Besser ein kleiner Berufsabschluss als kein Berufsabschluss.

Unser Ziel ist es, dass jeder Jugendliche in Baden-Württemberg, der die Schule verlässt, in der Lage ist, eine berufliche Ausbildung aufzunehmen. Wir wollen daher zwischen Regierung, Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften im Land ein neues „Ausbildungsbündnis“ vereinbaren und dieses um die Aufgabe „Qualifikation und Integration benachteiligter Jugendlicher“ erweitern. Wo Frauen im Arbeitsleben

benachteiligt werden, braucht es gemeinsame Anstrengungen, um für Frauen und Männer in der Gesellschaft und auch im Arbeitsleben gleiche Chancen zu realisieren.

Arbeitsvermittlung optimieren

Der Reformprozess bei der Bundesagentur für Arbeit muss konsequent im Sinne einer Dezentralisierung fortgesetzt werden.

Die Steuerung der Arbeitsverwaltung über Zielvereinbarungen und Budgetierung muss zu eigenverantwortlichem Handeln vor Ort führen. Erforderlich ist eine Konzentration auf Leistungsgewährung und Vermittlung. Stichworte hierzu sind Aktivieren, Fördern und Vermitteln. Die Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Instrumente muss überprüft und auf wirksame Maßnahmen konzentriert werden. Die Einsparungen durch den effizienten Einsatz etwa von Weiterbildungsmaßnahmen und durch eine Verkürzung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit müssen konsequent zur Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung genutzt werden. Mit dieser Senkung der Lohnnebenkosten wird ein wichtiger Beitrag zu mehr Beschäftigung geleistet.

Arbeits- und Tarifrecht flexibler gestalten

Damit es zu einer anhaltenden Förderung von Wachstum und Beschäftigung kommt, sind im Bereich des Arbeits- und Tarifrechts weitere Anstrengungen zur Deregulierung und Flexibilisierung notwendig. Den Unternehmen sind einfache und praktikable rechtliche Instrumente zur Einstellung von Mitarbeitern zu geben.

Durch die Umsetzung von europäischen Richtlinien dürfen deutsche Arbeitgeber im Verhältnis zu anderen Arbeitgebern in der EU nicht benachteiligt werden.

Einfache Arbeitsplätze schaffen

Im Mittelpunkt einer auf die Erhöhung der Beschäftigung ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik muss auch nicht zuletzt die Schaffung eines Arbeitsmarkts für unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geringer produktive Arbeit stehen. Denn in Baden-Württemberg und noch mehr in anderen Ländern und Regionen Deutschlands besteht kein Mangel an Arbeit, sondern allenfalls an bezahlbarer Arbeit.

Es ist nicht mehr länger hinnehmbar, dass einerseits Hunderttausende Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen zum Nichtstun verurteilt sind und am Tropf staatlicher Hilfen hängen, andererseits aber einfache Dienstleistungen nicht oder nicht mehr angeboten bzw. von Zuwanderern auf Zeit oder sogar illegal Eingereisten erledigt werden. Gesellschaft und Wirtschaft müssen damit aufhören, gering Qualifizierte einfach abzuschreiben. Jeder kann etwas Sinnvolles tun. Die CDU Baden-

Württemberg unterstützt die Schaffung von zusätzlichen Tätigkeiten im sozialen und ökologischen Bereich. Gemeinden, Vereine und gemeinnützige Verbände sind aufgefordert, Arbeitsmöglichkeiten anzubieten. Langzeitarbeitslose sollen so die Möglichkeit erhalten, sich wieder für den Arbeitsmarkt fit zu machen, Schlüsselqualifikation neu zu erlernen. Ziel muss es sein, allen Langzeitarbeitslosen eine solche Arbeitsgelegenheit anzubieten. Menschen, die diese Angebote ablehnen, sollten dies durch finanzielle Kürzungen des Arbeitslosengeldes II spüren.

Jedem Arbeitslosen soll ein Arbeitsangebot gemacht werden. Die Summen, die bisher in Milliardenhöhe in die Verwaltung der Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Menschen investiert werden, müssen zumindest zu einem Teil in die Unterstützung der Schaffung einfacher Dienstleistungsjobs in Haushalten und Betrieben umgelenkt werden. Auch einfache Arbeiten sind es wert, getan zu werden, und sie sind allemal besser als Arbeitslosigkeit mit allen ihren negativen Begleiterscheinungen auch im privaten Leben der Betroffenen. Gerade im Bereich einfacher Arbeiten und Dienstleistungen sind Nischenlösungen und kreative Modellprojekte denkbar und erstrebenswert.

Gute Bildung für alle – Wir bauen auf Vorsprung mit Verstand

Bildung: Schlüssel für die Zukunft

Der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit eines Landes und der Motor für kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Innovationskraft sind Bildung, Ausbildung und Erziehung. An unseren Schulen und den weiterführenden Bildungseinrichtungen entscheidet sich schon heute, wo wir morgen stehen werden. Wir wollen deshalb ein Bildungssystem, das Leistung fördert und unterschiedlichen persönlichen Bedürfnissen und Begabungen gerecht wird. Wir spielen Elitenbildung und Breitenbildung nicht gegeneinander aus, sondern wollen jeden nach seinen Möglichkeiten fördern und fordern. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Wir wollen unsere Kinder nicht allein auf Leistung trimmen. Ihre Fantasie, ihre Kreativität, ihre musischen Begabungen und ihre Fähigkeiten im Umgang mit anderen müssen ebenso entwickelt und gefördert werden. Breites Allgemeinwissen ist der zu frühen Vermittlung von Spezialkenntnissen grundsätzlich vorzuziehen. Bislang vorwiegend fachbezogenes Wissen muss stärker auf die Erkenntnis von Zusammenhängen

ausgerichtet werden. Verantwortung fördern, Qualität entwickeln, Bildung und Erziehung stärken – das ist die Leitlinie unserer Bildungspolitik.

Bildung ist die Schulung des Verstandes und das Erlernen kultureller Fähigkeiten; sie umfasst ebenso die Gewissens- und Charakterbildung. Bildung ist eine Quelle für Innovation, Qualität und Fortschritt. Bildung ist Voraussetzung für Arbeit. Sie muss über fachliche Kenntnisse hinaus aber auch ethische Einstellungen vermitteln und Kindern und Jugendlichen so die Möglichkeit geben, zu charaktvollen, selbstverantwortlichen, toleranten und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranzureifen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulen ihren Erziehungsauftrag genauso engagiert wahrnehmen wie ihren Bildungs-, aber auch Betreuungsauftrag. Bildung, Betreuung und Erziehung sind unterschiedliche Seiten ein und derselben Medaille.

Ein leistungsfähiges Bildungswesen:

Die CDU befürwortet weiterhin das differenzierte Schulsystem mit Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen. In unserem vielfältigen Schulwesen haben auch Schulen in freier Trägerschaft einen wichtigen Platz. Wir geben auch in Zukunft der Vielfalt den Vorrang vor der Vereinheitlichung und überschaubaren sowie wohnortnahen schulischen Einrichtungen Vorrang vor großen, oft wohnortfernen Schulzentren.

Bildung und Erziehung und die Vermittlung der Wichtigkeit von Bindungen gelingen in einem vertrauten Umfeld leichter als in der stärkeren Anonymität großer Einrichtungen. Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft ist es, Kindern aus unteren Einkommensschichten bessere Voraussetzungen für schulischen und damit späteren beruflichen Erfolg zu schaffen. Wo aufgrund von stark zurückgehenden Schülerzahlen eine wohnortnahe Schulinfrastruktur nur schwer aufrecht zu erhalten ist, braucht es die intensive Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden als Schulträger und dem Land um der jeweiligen Situation vor Ort zu begegnen. Dies betrifft vor allem die Hauptschulen. Die Hauptschule bereitet gerade im ländlichen Raum immer noch einen großen Teil junger Menschen auf handwerkliche Berufe vor. Daneben stellt eine Schule im Ort auch in Stück Kultur und Infrastruktur dar, ein Anknüpfungspunkt für das dörfliche Leben - wie bspw. für die Vereine im Ort -, der nicht zu leicht aufgegeben werden darf.

So könnte das Land Schulverbände mehrerer Gemeinden durch eine bevorzugte Genehmigung und Unterstützung im Bereich der Ganztagesbetreuung fördern.

Ein bedarfsgerechtes und leistungsförderndes Bildungssystem darf nicht starr, sondern muss flexibel und durchlässig sein, damit jeder Schüler den für ihn geeigneten Bildungsgang mit Erfolg bewältigen kann. Die Übergänge zwischen Kindergärten und Grundschule sowie zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen müssen

deshalb bestens aufeinander abgestimmt sein. Sie sollen als Brücken funktionieren, die leicht begehbar sind und den notwendigen Halt geben. Die Entscheidung nach Klasse 4 ist die Entscheidung für ein spezifisches Bildungskonzept, nicht schon die Entscheidung für den damit verbundenen Bildungsabschluss. Die Schularten müssen Durchlässigkeit gewährleisten und Anschlussmöglichkeiten für einen nächsten Abschnitt in der Bildungsbiografie junger Menschen sein.

Schulen brauchen Unterstützung der Eltern

Schulischer Erfolg aller Kinder und Jugendlichen setzt immer auch ein Mindestmaß an Interesse daran in den Elternhäusern voraus. Die Lehrer und die Schulen sind nicht allein dafür verantwortlich, sondern müssen von Eltern und Gesellschaft bei der Wahrnehmung ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags unterstützt werden. Der Beruf des Lehrers muss wieder einen höheren Stellenwert und mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft bekommen.

Die Erziehungskompetenz der Eltern soll gezielt durch Eltern- und Familienbildung gestärkt werden. So können Netzwerke zwischen den Schulen und den Eltern entstehen, um den Kindern und Jugendlichen eine optimale Bildung und Erziehung zu gewährleisten.

Die Verantwortung der Eltern für eine gute Erziehung muss für sie auch das Recht und die Pflicht sein, den Bildungsweg ihrer Kinder aktiv zu begleiten. Eltern müssen in die Arbeit von Kindergärten und Schulen eingebunden werden und ein Mitspracherecht haben. Elternarbeit gewinnt an Bedeutung.

Für ein bedarfsgerechtes und umfassendes Betreuungsangebot

Nichts ist für ein erfolgreiches Lernen in Bildung und Ausbildung so wichtig wie eine Erziehung, die Kindern Bindungsfähigkeit vermittelt. Die Schaffung optimaler Voraussetzungen für die kindliche Bindungsfähigkeit ist deshalb ein Schwerpunkt einer nachhaltigen Bildungspolitik, wie sie die CDU Baden-Württemberg verfolgt. Die Verzahnung von Bildung und Betreuung sollte nicht im Vorschulalter aufhören. Deswegen ist es unser erklärtes Ziel den bedarfsorientierten flächendeckenden Ausbau von Ganztageschulen für alle Schulformen voranzutreiben. Ganztageschulen sind mehr als Halbtageschulen mit Betreuungselementen. Die Einbindung außerschulischer Träger wie zum Beispiel Kirchen, Vereinen sowie Kunst- und Musikhochschulen sind die Grundlage für den Erfolg der Ganztageschulen und die Verknüpfung der Schulen und sozialem Umfeld. Hierfür haben wir das Modell des „Jugendbegleiters“ konzipiert, mit dem wir engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Vereinen, Verbänden und Kirchen in die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in

Ganztagschulen integrieren möchten, und die mit ihrer Persönlichkeit, ihrer Lebenserfahrung und ihren speziellen Kenntnissen Jugendliche im außerunterrichtlichen Bereich unterstützen und begleiten. So soll nicht nur das Bildungswesen und die notwendige Betreuung für Kinder und Jugendliche gestärkt und ausgebaut, sondern zudem den Ehrenamtlichen ermöglicht werden, ihre Ziele und Werte sowie ihre Erfahrung an die nächste Generation zu vermitteln. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Kommunen mit angemessenen Finanzierungsanteilen.

Lernen in frühen Jahren

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Spätestens seit den internationalen Schulvergleichsstudien wissen wir, dass die Bildungsbiografie eines Menschen früh beginnt. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder verlangen ein familienfreundliches Klima in unserer Gesellschaft, das Eltern bei der frühkindlichen Bildung und Erziehung stärkt und ermutigt.

Bildungsfähigkeit basiert auf Bindungsfähigkeit; Bindungsfähigkeit braucht die Erfahrung verlässlicher menschlicher Beziehungen. Diese Erkenntnisse der Neurowissenschaften für die Entwicklung des kindlichen Gehirns müssen ernst genommen werden bei allen Perspektiven der Familienbildung und Familienpolitik. Deshalb ist alle Unterstützung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für die Entwicklung der Kinder bedeutsam.

Kindergärten und Kindertagesstätten haben den Auftrag zur Bildung und Betreuung. Diesen Bildungsauftrag werden wir weiter stärken und auch die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule weiter ausbauen. Mit dem Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung sowie dem Konzept „Schulreifes Kind“ haben wir erfolgreich Projekte auf den Weg gebracht, um die möglichst frühe und individuelle Förderung der Kinder zu optimieren. Gleichzeitig haben wir mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“ insbesondere variable Einschulungsmöglichkeiten eröffnet und die flexible Ausgestaltung des Anfangsunterrichts in den Klassen 1 und 2 mit mehr Binnendifferenzierung und jahrgangsübergreifenden Lerngruppen ermöglicht.

Die Stärkung frühkindlicher Bildung und Erziehung in Familie und Kindertagesstätten ist die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen, für eine stärkere Entkoppelung von sozialer Herkunft und schulischen Leistungen und damit auch der Schlüssel dazu, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. Wir sehen es

deshalb als eine Aufgabe des Landes Baden-Württemberg an, ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr einzuführen.

Mehr Freiräume für die Schulen

Ein positives und leistungsförderndes Lernklima entsteht insbesondere dort, wo sich Eltern, Lehrer und Schüler in hohem Maß mit „ihrer“ Schule identifizieren. Unser Ziel ist es daher, den Schulen deutlich mehr organisatorische Selbstständigkeit zuzubilligen, die auch im Pädagogischen erhebliche Freiräume schafft. Dies gilt auch für die Auswahl des Lehrpersonals für die an den Schulen zu besetzenden Stellen. Die einzelne Schule muss über ein eigenes Budget verfügen und auch damit die Möglichkeit haben, ein eigenes Profil zu entwickeln. Neue Freiräume an der einzelnen Schule nutzen heißt auch mehr Verantwortung vor Ort zu übernehmen. Eltern- und Schülermitverantwortung sind zu fördern.

Leistungen der Schulen bewerten und vergleichen

Je selbstständiger die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen werden, desto wichtiger wird die Auswertung und Bewertung ihrer Leistungen (Evaluation). Ferner muss die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte gefördert werden wie auch den einzelnen Schulen entsprechende Hilfen zur Niveausicherung und -steigerung anzubieten sind. Wir setzen dazu die von den Ländern vereinbarten nationalen Bildungsstandards in Baden-Württemberg um.

Sprachkompetenz stärken

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung. Deshalb soll in Baden-Württemberg vorschulische Sprachförderung für alle Kinder flächendeckend und bedarfsorientiert angeboten werden. Nur so können ungleiche Chancen am Schulbeginn ausgeglichen werden, die heute existieren, weil viele Kinder am Schulbeginn eine sprachverzögerte Entwicklung haben. Das gilt für in Deutschland geborene Kinder ebenso wie für Kinder mit Migrationshintergrund.

Sprachbeherrschung, Lesefähigkeit und Textverständnis sind die Schlüssel für schulische Erfolge. Deshalb müssen alle Reformprozesse im Bildungswesen auf eine Verbesserung der Sprachkompetenz hin ausgelegt werden. Zur Sprachkompetenz gehört ein Bewusstsein der Verantwortung für die eigene Sprache. Auch dieses Verantwortungsbewusstsein muss gelehrt und gelernt werden.

Bildungsforschung aufwerten

Nicht nur die Inhalte von Bildung und Ausbildung, sondern auch die dahinter stehenden pädagogischen Konzepte müssen laufend daraufhin überprüft werden, ob sie noch zeitgemäß und für die Zukunft weiter Erfolg versprechend sind. Deshalb will die CDU Baden-Württemberg der fächerübergreifenden Bildungsforschung künftig einen höheren Stellenwert in der Universitätslandschaft verschaffen. Ihre Ergebnisse müssen so rasch wie möglich in die Bildungsplanarbeit einfließen.

Schule ist Zukunftswerkstatt

Schule prägt Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, Leistungsbereitschaften, Qualifikation, Orientierung und die Identität nachhaltig. Deshalb muss das Bewusstsein dafür wachsen, dass jede Schule eine kleine Zukunftswerkstatt ist und eine Quelle des Wohlstands für künftige Generationen und für unsere Gesellschaft insgesamt.

Alle Maßnahmen zur Verbesserung unseres Bildungswesens müssen internationalen Maßstäben gerecht werden. Weichen für eine nachhaltige Lern- und Leistungskultur müssen jetzt so gestellt werden, dass Baden-Württemberg mit seinem öffentlichen Bildungswesen in den kommenden Jahren an die internationale Spitze kommt.

Für eine zukunftsfähige Hauptschule

Wir setzen wir uns für eine bessere Förderung der Hauptschulen in allen Landesteilen ein. Unsere Hauptschulen brauchen ein neues Profil, denn sie sollen nicht als Synonym für schlechte schulische Leistungen gelten, sondern für Schüler, deren Stärken vermehrt im Praktischen und im Handwerklichen liegen. Unser Ziel ist jedem den Zugang zu einem Abschluss zu ermöglichen. Gerade in einer Zeit in der Bildungsarmut dazu führt, dass immer mehr Menschen in eine andauernde Unmündigkeit und Staatsabhängigkeit führt muss der Hauptschulabschluss zukünftig auch für mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft führen.

Die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler ist und bleibt dabei unser wichtigstes Ziel. So soll durch ein Berufseinstiegsjahr, das Jugendliche mit Hauptschulabschluss zielgerichtet in einem Berufsfeld auf den Einstieg in die Arbeitswelt vorbereitet, gewährleistet werden. Die Zusammenarbeit der Hauptschulen mit der kommunalen Jugendhilfe, z.B. auf dem Gebiet der Sozialarbeit, muss weiter verstärkt werden.

Für einen vernünftige Übergang von der Schule in den Beruf

Der Übergang von der Schule in die immer anspruchsvoller werdende Berufswelt wird besonders für leistungsschwächere Schüler immer schwerer. Die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler wollen wir durch eine strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung des Berufsvorbereitungsjahrs verbessern, um einen fließenden Übergang zwischen Schule und Beruf zu ermöglichen.

Mehr Wettbewerb für bessere Hochschulen

Wissenschaft und Forschung – Trumpf in Baden-Württemberg

Wissenschaft und Forschung sind Trumpf in Baden-Württemberg. Das Land verdankt seine starke wirtschaftliche Stellung zu einem guten Teil der hohen Qualität seiner Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung: In allen nationalen Hochschul- und Forschungsrankings sind die Universitäten im Land überproportional auf den Spitzenplätzen vertreten. Die CDU Baden-Württemberg arbeitet dafür, dass wir unseren nationalen Vorsprung in Forschung und Wissenschaft halten und ausbauen und auf der internationalen Ebene weiter nach vorn rücken können. Von den Leistungen der Forschungseinrichtungen und Hochschulen hängt es wesentlich ab, in welchem Maße in Zukunft wirtschaftliches Wachstum und damit auch eine bessere Situation der öffentlichen Haushalte erreichbar sind. Die Ansprüche an die Ausbildung von Fachkräften steigen immer weiter; zudem gibt es eine weiter zunehmende, auch internationale Konkurrenz um qualifizierte Wissenschaftler und finanzielle Mittel für zukunftssträchtige Lehre und Forschung. Das deutsche Hochschulsystem insgesamt steht vor einer doppelten Herausforderung: Es gilt, in der Spitze von Forschung, Entwicklung und Lehre bestmögliche Qualität zu erreichen und gleichzeitig zumindest eine gute Qualität für alle Absolventen zu gewährleisten. Freiheit für Forschung und Lehre heißt für uns auch mehr Freiraum für Forschung und Lehre.

Hochschulen für kluge Köpfe

Die CDU Baden-Württemberg will erreichen, dass die Hochschulen des Landes bei allen nationalen wie internationalen Vergleichen auf vorderen Plätzen abschneiden können. Wir wollen, dass die jungen Menschen aus Baden-Württemberg hier im Land die bestmögliche akademische Ausbildung bekommen. Wir wollen, dass kluge Köpfe bei uns bleiben und kluge Köpfe zu uns kommen. Wir wollen, dass unsere Hochschulen ihre Rolle als Innovationszentren, als Wachstumsmotoren und Impulsgeber für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen und ausfüllen können. Wir wollen die Vielfalt der baden-württembergischen Hochschullandschaft mit Universitäten,

Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen sowie zudem den Berufsakademien erhalten. Gerade der Erfolg der Berufsakademien und Fachhochschulen mit ihrer Praxisorientierung zeichnet die baden-württembergische Hochschullandschaft aus. Zwischen den Berufsakademien, Fachhochschulen und der Wirtschaft entstehen enge Kooperationen, die sie zu einem Erfolgsmodell machen. Um diese Ziele erreichen zu können, bedarf es eines konsequenten Kurses der Hochschulreform und einer Strategie für eine ganzheitliche Hochschulentwicklung.

Eine Herausforderung ist der doppelte Abiturjahrgang 2012, der sich durch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums ergibt. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird dies auf lange Sicht der letzte starke Abitursjahrgang sein, aus dem die Wirtschaft des Landes in größerem Umfang Nachwuchskräfte gewinnen kann. Deshalb müssen wir schon heute in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft das Studienplatzangebot mit Blick auf den Arbeitsmarkt der Zukunft optimieren und der zu erwartenden Fachkräfte- und Akademikerlücke rechtzeitig entgegenwirken.

Hochschulen im kreativen Wettbewerb

Wir wollen Hochschulen, die sich ihre Studierenden aussuchen können und wir wollen, Studierende die die Hochschule wählen können, welche zu ihnen passt. Deshalb wollen wir mehr Wettbewerb an den Hochschulen, zwischen den Hochschulen und zwischen den Hochschulsystemen. Wer für alle das Gleiche will, orientiert sich am Durchschnitt. Wir wollen den Durchschnitt heben, indem wir uns an den international besten und leistungsfähigsten Hochschulen orientieren. Wettbewerb stellt Qualitätsunterschiede nicht in Abrede, sondern legt sie offen. Erst daraus ergibt sich die Möglichkeit, Schwachstellen zu erkennen, anzugehen und zu beseitigen.

Unser Leitbild sind leistungsfähige, mit jeweils besonderen fachlichen Schwerpunkten ausgestattete Hochschulen, an denen für alle Studierende Platz ist und die auch besonders begabten und befähigten Absolventen passende und interessante Angebote machen können.

Mehr Autonomie für die Hochschulen

Staat und Hochschulen müssen dabei in einer strategischen Partnerschaft miteinander verbunden sein. Die Hochschulen sollen dabei, wo immer möglich, in eigener, auch unternehmerischer Freiheit handeln, während der Staat, wo nötig, im Gesamtinteresse für Abstimmung sorgt. „Autonomie“ der Hochschulen heißt dabei nicht, jede Hochschule sich vollständig selbst zu überlassen. Autonomie soll stattdessen den Hochschulen ein eigenverantwortliches Planen und Handeln ermöglichen, das mit den strategischen Planungen und Zielsetzungen des Landes in Übereinstimmung steht.

Anreizsystem und Erfolgskontrolle

Wir wollen den Hochschulen mehr Verantwortung in der Anwerbung herausragender Wissenschaftler geben. Das Dienst- und Besoldungsrecht sowie der gesamte Personalaufbau und die Leitungsgremien müssen flexibler und leistungsorientierter gestaltet werden; die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten muss gewährleistet sein. Die Hochschulen müssen sich selbst im eigenen Interesse einer andauernden und umfassenden Qualitäts- und Erfolgskontrolle (Evaluation) unterziehen, damit sie im Rahmen einer eigenverantwortlichen Schwerpunktsetzung Schwachstellen beseitigen sowie ihre Stärken ausbauen können. Die Hochschulausbildung nach dem Baukastenprinzip (Modularisierung) und ein gestuftes Studiensystem mit den Abschlüssen Bachelor, Master und Promotion garantieren dabei leichtere Übergänge innerhalb der Hochschulen sowie in den besonders für Hochschulabsolventen zunehmend europäischen Arbeitsmarkt.

Strategische Kooperationen und Schwerpunktsetzungen

Wettbewerb und Kooperation stehen nicht im Gegensatz zueinander – im Gegenteil: Mit strategischen Kooperationen zwischen einzelnen Hochschulen im In- wie im Ausland und in bestimmten Regionen können Hochschulen ihre Attraktivität und damit Wettbewerbsfähigkeit sogar noch steigern.

Wir setzen Hochschulen nicht mit Wirtschaftsunternehmen gleich. Der Staat muss seinerseits weiter seiner Verantwortung für die Gesamtentwicklung des Hochschulwesens gerecht werden. Die Hochschulen selbst sind und bleiben Forschungs-, Kultur- und Bildungseinrichtungen eigener Art. Sie müssen – besonders die Universitäten – in der Lage sein, die ganze Breite des Wissens und Denkens zu reflektieren und zu vermitteln. Die Geisteswissenschaften müssen dabei durch die Bildung von Schwerpunkten und Zentren gestärkt werden. Insbesondere die Universitäten müssen auch weiterhin Denk-Freiräume anbieten können, die für neue Ideen in Forschung und Lehre erforderlich sind. Eine engere Verknüpfung zwischen Forschung und Wissenschaft ist für unser Land notwendig, wenn wir weiterhin der Innovationsmotor Deutschlands sein wollen.

Planungssicherheit und neue Wege der Hochschulfinanzierung

Die CDU Baden-Württemberg will weiterhin mit den Hochschulen mehrjährige Verträge abschließen und damit die Finanzierung auf eine verlässliche Grundlage stellen. Die Erhebung von Studiengebühren wollen wir nicht zum Anlass nehmen, um die Zuschüsse für die Hochschulen zu senken.

Ergänzend zu den allgemein für die Hochschulen festgelegten finanziellen Rahmenbedingungen soll die Grundfinanzierung dann allerdings für jede Hochschule individuell gestaltet werden. Hochschulverträge, Leistungsorientierung und Zielvereinbarungen sollen dafür die Grundlage sein.

Die von uns angestrebten Spitzenhochschulen mit einem breiten Angebot für alle Absolventen wird es ohne einen deutlich höheren Anteil der Eigenfinanzierung nicht geben. Einnahmen aus Drittmitteln, Spenden und Gebühren müssen zu den Leistungen aus öffentlichen Haushalten dazu kommen. Ziel der CDU Baden-Württemberg ist es, den Hochschulen möglichst günstige Voraussetzungen zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen zu verschaffen.

Sozial verträgliche Studiengebühren

Die CDU Baden-Württemberg steht zu sozial ausgestalteten Studiengebühren. Diese Gebühren dürfen ausschließlich den Hochschulen zugute kommen und ersetzen nicht deren gesicherte staatliche Grundfinanzierung.

Unsere Hochschulen benötigen zusätzliche finanzielle Mittel, um ihr Angebot weiter zu verbessern und an die hohen internationalen Standards anzupassen. Zudem verbessern Studiengebühren das Verhältnis zwischen Studenten und Dozenten: Studierende werden als zahlende „Kunden“ wahrgenommen, die für ihre Gebührenleistung gute Lehrangebote einfordern können. Dies stärkt ihre Position innerhalb der Hochschule. Gleichzeitig steigt das Bewusstsein, dass ein Studium ein nicht zu vernachlässigender Wert ist. Wer Studiengebühren zahlt, studiert schneller, studiert mit klareren Zielen, mit mehr Engagement und Motivation. Die Zahl der Langzeitstudierenden und Studienabbrecher wird zurückgehen. Allerdings soll niemand aus finanziellen Gründen davon abgehalten werden, ein Studium zu beginnen. Wer die Studiengebühren nicht selbst aufbringen kann, hat Anspruch auf ein kostengünstiges Darlehen, das erst nach Studienabschluss zurückgezahlt werden muss und das an ein bestimmtes Einkommen geknüpft ist.

Kulturellen Reichtum bewahren und Neues ermöglichen

Lebendige Kulturlandschaft

Kunst und Kultur haben in Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert. Wir sind zu Recht stolz auf die große kulturelle Vielfalt und den Rang vieler kultureller Einrichtungen in unserem Land. Musikschulen, Jugendkunstschulen, Theater, Opern und Museen, Orchester und Chöre, Kultur- und Heimatvereine, die Aktivitäten der Jugendverbände, etablierte und alternative Kunst sind Ausdruck einer lebendigen Kulturlandschaft in Baden-Württemberg. Diesen Reichtum zu erhalten, auszubauen

und mit neuen Impulsen zu versehen, ist unser Ziel. Dies gilt nicht zuletzt, weil unsere Gesellschaft ihr Selbstbewusstsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft beziehen, sondern sich als Kulturgesellschaft verstehen soll. Die Kreativität, die Phantasie und die Zukunftsoffenheit, die moralische Integrität unserer Gesellschaft hängen stark von ihren kulturellen Bindekräften, von der Beschäftigung möglichst vieler, insbesondere auch junger Menschen, mit Kunst und Kultur ab. Die gesetzliche Verpflichtung des Landes das Kulturgut der Vertriebenen aus ihren Herkunftsgebieten zu pflegen und zu erhalten nehmen wir ernst. Die Kulturarbeit der Vertriebenenverbände wird weiterhin unterstützt und durch geeignete Veranstaltungen und Einrichtungen gefördert.

Das Ziel, in Berlin ein gemeinsam von Bund und Ländern getragenes „Zentrum gegen Vertreibungen“ einzurichten, wird unterstützt.

Kulturförderung durch Staat und private Unterstützer

Die staatliche Förderung von Kunst und Kultur bleibt der wichtigste Garant für künstlerische Freiheit und Eigenständigkeit und soll auf dem erreichten hohen Niveau verstetigt werden. Bei den Förderentscheidungen ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Vermittlung und damit Bewahrung unseres kulturellen Erbes auf der einen Seite sowie aktuellen und zukunftsorientierten künstlerischen Ausdrucksformen auf der anderen Seite zu achten. Zugleich tritt die CDU Baden-Württemberg dafür ein, in deutlich höherem Maße finanzielle Mittel und mehr ehrenamtliches Engagement Privater für Kunst und Kultur zu gewinnen. Stiftungen, Mäzene und Sponsoren tragen dazu in besonderer Weise bei und verdienen dafür öffentliche Anerkennung.

Wirtschaftliches Denken und Handeln im Kunstbereich fördern

Die CDU Baden-Württemberg unterstützt die Kunst- und Kultureinrichtungen in ihrem Bemühen, sich anhand von auf die jeweilige Einrichtung abgestimmten Kriterien einer Evaluation zu unterziehen, um damit das eigene Profil weiterentwickeln zu können. In diesem Zusammenhang ist es der CDU Baden-Württemberg wichtig, dass insbesondere in den öffentlich geförderten Kultureinrichtungen die unterschiedlichen Träger eng zusammenarbeiten, um tragfähige Gesamtangebote zu entwickeln, die das Beste bewahren, ein regional breit aufgefächertes Angebot für Kulturinteressierte sichern und Neues ermöglichen. Um mehr Mittel für die künstlerische Arbeit freizumachen, sind insbesondere bei den großen kulturellen Einrichtungen Rechts- und Organisationsformen, tarifrechtliche Bestimmungen und der Verwaltungsaufwand zu prüfen, auch mit dem weiteren Ziel, wirtschaftliches Denken und Handeln zu fördern.

Musische und künstlerische Erziehung als Bildungsauftrag

Wir wollen das Interesse insbesondere junger Menschen an Kunst und Kultur, an Musik und Literatur wecken, fördern und erhalten. Die CDU Baden-Württemberg tritt dafür ein, der Kreativitätsförderung junger Menschen durch Singen, Musizieren, Zeichnen und andere Formen der künstlerischen Betätigung ab dem Kindergartenalter ein stärkeres Gewicht einzuräumen. Musische Fächer müssen auch künftig von Stundenkürzungen an allen Schularten ausgenommen werden. Die Förderung der Jugendkunst- und Jugendmusikschulen werden wir gewährleisten sowie das hochwertige Studienangebot an Kunst- und Musikschulen, Akademien und Universitäten erhalten. Die Leseförderung muss ausgebaut werden, denn Sprache ist die stärkste Ausdrucksform des Menschen und ihre Beherrschung die Voraussetzung für kreatives Denken.

Netzwerke schmieden im Medienland Baden-Württemberg

Die Informationsgesellschaft prägt die Gegenwart und Zukunft unseres Landes. Informationstechnologie, Telekommunikation, Softwareentwicklung, Multimedia, Film- und Popkultur und klassische Medien wachsen immer stärker zusammen und sind zunehmend miteinander verknüpft. Gerade in Baden-Württemberg, das in allen diesen Bereichen große Stärken aufweist und über Piloteinrichtungen wie die Filmakademie, die Hochschule für Medien, das Zentrum für Kunst und Medientechnologie, die Popakademie sowie der geplanten Akademie für Darstellende Kunst verfügt, eröffnen sich damit neue Zukunftsperspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb wollen und müssen wir hier im Land die Vernetzung der neuen Technologien beschleunigen und weiter voranbringen. Dies trägt auch zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der im Land angesiedelten klassischen Industrien wie des Fahrzeugbaus, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik bei. Zudem müssen Netzwerke zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik geschmiedet und erhalten werden, damit der notwendige Sachverstand auf diese zentrale Aufgabe und Kompetenz des Landes konzentriert werden kann. Unseren führenden Rang können wir nur erhalten, wenn über die Grenzen von Institutionen und Unternehmen hinaus zusammengearbeitet wird.

Kreative Kraft zum Ausdruck bringen

Mit neuen und bedarfsgerechten Ausbildungs- und Studiengängen wollen wir zudem unseren Spitzenplatz als Medienausbildungsland festigen. Genauso wichtig ist es, ausgebildete Fachleute und kreative Köpfe aus dem Mediensektor im Land zu halten und ihr Können und ihren Einfallsreichtum für das Land und seine Menschen fruchtbar zu machen. Dazu müssen wir die positive Atmosphäre im Land, sein kreatives Potenzial

und seine Anziehungskraft stärker zum Ausdruck bringen. Das dadurch vermittelte Bild unseres Landes müssen wir in einer dauerhaften Anstrengung erhalten: Baden-Württemberg ist eine der modernsten Regionen Europas und muss auch so wahrgenommen werden. Die Arbeit der Filmakademie, der Hochschule für Medien, des Zentrums für Kunst und Medientechnologie sowie der Popakademie wollen wir stärker vernetzen und mit der engeren Zusammenarbeit dieser Einrichtungen die Ausstrahlung des positiven kulturellen Klimas im Land über Baden-Württemberg hinaus erhöhen. Mit der Akademie für Darstellende Kunst kommt ein weiteres interdisziplinäres Ausbildungsangebot für verschiedene Felder der darstellenden Kunst hinzu, das in einzigartiger Weise Ausbildungsmöglichkeiten für Bühne, Film und Fernsehen miteinander vernetzt.

Informationsgesellschaft für alle

Die Informationsgesellschaft ist für alle da. Wir wollen deshalb noch bestehende Berührungsgängste gegenüber den neuen Medien abbauen helfen, weil der Umgang mit ihnen immer mehr zur Selbstverständlichkeit wird. Deshalb strebt die CDU an, dass alle dazu gewillten Menschen in Baden-Württemberg den Umgang mit Computer und Internet beherrschen. Fort- und Weiterbildungskurse in staatlichen Einrichtungen wie auch in privaten Unternehmen müssen noch stärker auf den Umgang mit den neuen Medien hin ausgelegt werden. Der Stellenwert der Medienerziehung in den Schulen muss erhöht werden.

Für ein vielfältiges Medienangebot

Die CDU Baden-Württemberg tritt für die Freiheit und die Vielfalt der Medien ein. Die Medien wirken mehr denn je auf die Meinungsbildung in der Gesellschaft ein und tragen angesichts ihrer weitgehenden Einflussmöglichkeiten ein hohes Maß an Verantwortung für unser Gemeinwesen. Dieser Bedeutung müssen sie im Umgang mit Informationen und in der Art ihrer Vermittlung gerecht werden. Einer weiteren Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht im Medienwesen muss entgegengewirkt werden. Eigentümer und Anteilseigner von Medien und Medienunternehmen müssen deren Nutzern, Kunden und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Wir treten für die Beibehaltung des dualen Systems von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatem Rundfunk ein. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, hier im Land der Südwestrundfunk, hat eine besondere kulturelle, föderale und gesellschaftspolitische Verantwortung und leistet durch die Wahrnehmung dieses Auftrags einen Beitrag für die Qualität unserer Medienkultur. Deshalb ist seine Finanzierung über Gebühren gerechtfertigt. Vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven

müssen im Interesse der Rundfunkanstalten selbst wie ihrer Nutzer weiter ausgeschöpft werden. Wir messen der gelungenen Rundfunkfusion in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz dabei Vorbildcharakter für andere Länder und die dortigen Rundfunkanstalten bei.

IV. Nachhaltige Entwicklung in allen Landesteilen

Umfassende Nachhaltigkeitsstrategie

Durch ihre Aufbauleistung, ihre Weitsicht, ihre Sparsamkeit und ihren Konsumverzicht haben unsere Eltern und Großeltern die Grundlagen für die Erfolge von heute gelegt. In gleicher Weise tragen heute wir die Verantwortung für unsere Kinder und künftige Generationen. Sie sollen in einem attraktiven, lebenswerten Land, in einer stabilen Gesellschaft und in einer intakten Umwelt leben können. Mit dieser Zielsetzung werden wir eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg bringen.

Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Zugleich ist sie aber auch eine intelligente und innovative Antwort auf die Globalisierung, den demographischen Wandel und die Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern.

Unsere Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sich dabei an fünf Fragen. An erster Stelle steht die Frage nach einer zukunftsfähigen Energieversorgung: Was kommt nach dem Öl? Wie können wir effizient, wirtschaftlich und umweltfreundlich mit unseren Energiereserven umgehen? Wie können wir den Klimawandel stoppen, ohne dabei an Lebensqualität zu verlieren? Die zweite Frage befasst sich mit der Zukunft der Produktion und des Arbeitswesens: Wie müssen wir unsere Arbeits- und Wirtschaftsweise verändern, damit auch zukünftige Generationen noch die Güter erzeugen können, die sie zum Leben brauchen? Wie sichern wir möglichst vielen Menschen einen Zugang zur Arbeitswelt? Ein dritter Fragekomplex beschäftigt sich mit der zukunftsfähigen Entwicklung von Großstädten und Regionen, vor allem mit der Integration von Zuwanderern, mit der Bekämpfung von Armut und Gewalt, der Sicherung von Mobilität und der Senkung des Flächenverbrauchs. Die vierte Frage umfasst den Bereich „Gesund leben in gesunder Umwelt“: Wie können wir schädliche Immissionen reduzieren und den Verbraucherschutz stärken? Wie können wir die Gesundheitsprävention verbessern? Der fünfte und letzte Bereich gilt der selbstkritischen Frage: Wo liegen die Grenzen des Wachstums? Welche Bedeutung hat das Verhalten des einzelnen Verbrauchers? Wie viel Konsum können wir uns leisten? Dies sind die zentralen Zukunftsfragen für unser Land und unsere Gesellschaft. Die vielzitierte „Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“ ist für die CDU mehr als eine Konsensfloskel. Sie soll zu einem Alleinstellungsmerkmal von Baden-Württemberg im Wettbewerb mit anderen Ländern werden.

Ausgewogene Lebensverhältnisse im ganzen Land

Land der Lebenschancen

Baden-Württemberg ist ein Land der Lebenschancen. In keinem anderen deutschen Land ist die Ausgewogenheit des Arbeitsplatzangebots und der wirtschaftlichen Entwicklung, der Infrastruktur und des Angebots an öffentlichen Einrichtungen, des Bildungsangebots, der Möglichkeiten zur Naherholung und der Versorgung der Menschen so stark wie hier bei uns im Land. Gute Chancen für alle Landesteile, für alle Regionen, Kreise, Städte und Gemeinden – das macht die Besonderheit unseres Landes, seine Lebensqualität und seine führende Stellung in hohem Maße aus. Bei uns gibt es keine Regionen und keine Kommunen, die von der Entwicklung im Land abgehängt werden, die bevorzugt oder benachteiligt werden. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Raum für eigene Entwicklung

Die CDU Baden-Württemberg setzt dabei nicht auf gleiche Ergebnisse in allen Regionen und Landesteilen, sondern auf gleiche Chancen aller Regionen und Landesteile und die Bildung eines eigenen Profils vor Ort. Wir wollen und werden auch in Zukunft nicht verordnen, wie sich die Regionen und die Kommunen im Land entwickeln sollen, sondern ihnen innerhalb des Rahmens der strategischen Ausrichtung der Landespolitik Raum lassen und Raum schaffen für Entwicklung aus eigener Kraft und Schwerpunktbildung mit eigenen Ideen.

Kommunen stärken, Eigeninitiative unterstützen

Erfolgreiche Landespolitik und erfolgreiche Kommunalpolitik bedingen einander gegenseitig. Dafür brauchen Land und Kommunen den jeweils notwendigen eigenen Spielraum. Das ganze Land profitiert davon, dass nicht alles „von oben herunter“ entschieden wird. Die jeweils unterstmögliche Ebene muss sich der Erfüllung einer Aufgabe annehmen und Freiräume für eigene Gestaltung haben. Das ursprüngliche Recht liegt bei der Gemeinde, der Stadt und dem Kreis; dort haben die Bürgerinnen und Bürger die direkten Einwirkungsmöglichkeiten. Der Kernbestand der staatlichen Aufgaben, insbesondere auch die Sicherung der Daseinsvorsorge, muss wieder bei den Kommunen gebündelt werden. Die Kommunen sind ein Ort der Mitbestimmung und Keimzelle einer aktiven Bürgergesellschaft. In den Städten und Gemeinden können und sollen Bürgerengagement und Bürgernähe gelebt werden. Die knappen öffentlichen Mittel müssen vor allem dort eingesetzt werden, wo Eigeninitiative vor Ort unterstützt wird. Die CDU Baden-Württemberg wird sich zudem auf allen

politischen Ebenen dafür einsetzen, den Kommunen zum Beispiel durch mehr Experimentierklauseln in Gesetzen größere Freiräume zum eigenständigen und eigenverantwortlichen Handeln einzuräumen.

Verwaltungsaufgaben in die Gemeinden verlagern

Die große Verwaltungsreform in Baden-Württemberg hat die Stadt- und Landkreise gestärkt. Die Bürger können jetzt Entscheidungen aus einer Hand erwarten. Ihre Wege zur Verwaltung werden entscheidend verkürzt. Dies wollen wir weiter fortführen und umfassend prüfen, welche Aufgaben von der Kreisebene auf die Städte und Gemeinden übertragen werden können. Aufgaben, die ohne zusätzlichen finanziellen oder bürokratischen Aufwand auch von den Gemeinden geleistet werden können, sollen grundsätzlich dort angesiedelt werden. Alle internetfähigen Verwaltungsdienstleistungen müssen den Bürgerinnen und Bürgern online angeboten werden.

Gezielte Förderpolitik

Die Struktur- und Förderpolitik der CDU Baden-Württemberg ist vorrangig auf die ausgewogene Entwicklung aller Landesteile ausgerichtet. Wir betreiben aber keine Struktur- und Förderpolitik mit der Gießkanne, sondern wir setzen strategische Schwerpunkte und machen Unterschiede nach den regionalen Gegebenheiten, den Stärken und Schwächen vor Ort, den unterschiedlichen Bedürfnissen der Einwohner in den großen Städten oder in den ländlichen Räumen des Landes und deren jeweils eigenem Profil. Um die Wirkung der Förderprogramme zu verbessern, setzen wir uns für eine Evaluierung der Förderprogramme ein, anhand der Aussagen über den Zielerreichungsgrad und über Prioritätensetzungen möglich werden. Wir wollen, dass für alle Bürgerinnen und Bürger alles, was für sie und ihre Lebensführung unverzichtbar und wichtig ist, in erreichbarer Nähe zur Verfügung steht. Wir wollen, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg überall im Land in gleichem Maße wohl und zu Hause fühlen können.

Stadt und Land

Städte und ländliche Räume liegen uns gleichermaßen am Herzen. Die großen Städte in Baden-Württemberg haben als geistig-kulturelle und wirtschaftliche Zentren, als Verkehrsknotenpunkte, als Vorbote gesellschaftlicher Neuerungen und neuer Lebensstile und -entwürfe Ausstrahlung über die Landesgrenzen hinaus. Die ländlichen Räume und Mittelzentren verschaffen sich Attraktivität durch überschaubare und intakte soziale Strukturen, den Erhalt und die Pflege von Kulturlandschaften in naher Umgebung sowie hohe Wohnqualität und viel Freizeitwert. Soll der ländliche Raum wie

auch die Städte den Menschen in Baden-Württemberg in Zukunft moderne und sichere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, ist auch weiterhin eine aktive Politik zur Förderung des Strukturwandels sowie zur Ansiedlung von Unternehmen und neuen Arbeitsplätzen unerlässlich.

Für die CDU Baden-Württemberg gehört hierzu neben klassischen Infrastrukturprogrammen zur besseren Verkehrsanbindung auch ein lückenloser Anschluss des ländlichen Raums an die Datenautobahn zur Schaffung moderner und zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

So wird es gelingen, den Menschen in Baden-Württemberg auch künftig in Stadt und Land eine liebens- und lebenswerte Heimat zu erhalten.

Partner der Landwirtschaft und der Verbraucher

Die Landwirtschaft leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der gewachsenen und für unser Land typischen Kulturlandschaft, zur Bewahrung der Natur und zur Versorgung der Bevölkerung mit guten und hochwertigen Nahrungsmitteln sowie biologischen Rohstoffen. Die CDU Baden-Württemberg wird den Bäuerinnen und Bauern deshalb weiter verlässlicher Partner sein. Wir werden die flächenbezogene Förderung und die Honorierung Landschaft erhaltender und Umwelt schützender Tätigkeiten in der Landwirtschaft beibehalten und weiter unterstützen. Wir werden Initiativen ergreifen, um die überbordende Bürokratisierung der Landwirtschaft und der Landwirtschaftspolitik wieder auf das notwendige Maß zu konzentrieren. Wir arbeiten zudem dafür, den Ländern und Regionen in der Europäischen Union wieder mehr Spielraum zur Gestaltung der Landwirtschaftspolitik zuzugestehen. Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind für uns kein Gegensatz: Wir wollen die Verbraucher mit den heimischen Landwirten und nicht gegen sie schützen und werben für den Kauf und Verzehr von im Land hergestellten Nahrungsmitteln.

Zentrales Anliegen unserer Forstpolitik ist die Erhaltung des gesamten Leistungsspektrums der Wald- und Forstwirtschaft.

Vorsorge und Verantwortung – Zukunft durch vorausschauende Umweltpolitik

Erhalt der Schöpfung

Der Erhalt der Schöpfung ist unsere Verantwortung. Die Lebens- und Entwicklungschancen unserer Kinder hier im Land wie unserer Mitmenschen weltweit, der Tiere und der Pflanzen, fordern uns zum Handeln heraus. Vorsorge für Klima, Wasser, Boden, Luft, Rohstoffe, Artenvielfalt und Gesundheit verbietet jeglichen Raubbau. Gerade die wohlhabenden Industrieländer müssen als größte Nutzer von Umweltgütern ihren Beitrag für eine umweltgerechte Entwicklung und für ein verantwortbares Wachstum mit neuen Chancen leisten.

Ein auf Nachhaltigkeit bedachtes, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen schonendes Wirtschaften kann allen Interessenkonflikten zum Trotz aber schon heute verwirklicht werden. Die Umwelt, die wir morgen nutzen wollen, müssen wir heute schützen.

Natur und Umwelt müssen erfahrbar bleiben

Unser Land hat mit seiner Natur und seiner Landschaft einen Schatz, den es zu bewahren gilt. Dies liegt im Interesse von Land- und Forstwirtschaft, im Interesse des Tourismus, im Interesse eines lebenswerten Landes und seiner Wirtschaft. Alle profitieren von einer intakten Umwelt, alle können dazu beitragen. Schutz und Nutzung der Umwelt schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Natur und Umwelt müssen in ihrer Schönheit und Ursprünglichkeit für die Menschen in natur- und umweltverträglichem Maße erfahrbar bleiben. Der Schutz der Natur und die Pflege der Kulturlandschaft sind kulturelle Aufgaben, die uns für künftige Generationen verpflichten und künftigen Generationen die Fortschreibung dieser Verpflichtung ermöglichen soll.

Wirksame Umweltpolitik

Unsere Umweltpolitik ist ganzheitlich, ideologiefrei, naturwissenschaftlich orientiert, auf Zusammenarbeit ausgerichtet, praktisch und pragmatisch, sparsam im Einsatz der Mittel, wirksam im Erreichen der Ziele. Baden-Württemberg kann jeden Vergleich seiner Umweltdaten mit anderen Ländern aufnehmen. Der hohe politische Stellenwert des Umweltschutzes in unserem Land muss unabhängig sein von der wechselnden Bedeutung, die er in der öffentlichen Problemwahrnehmung einnimmt.

Wirksame Umweltpolitik setzt weniger auf Verbote und Gebote als vielmehr auf Einsichten und Anreize. Wirksame Umweltpolitik beginnt vor Ort auf der lokalen Ebene, kommt aber ohne das Erkennen großräumiger und globaler Zusammenhänge nicht aus.

Dabei werden die hauptsächlichen ökologischen Probleme nicht nur von der Industrie, sondern durch alle Bürgerinnen und Bürger verursacht. In ihren Folgen werden Umweltbelastungen immer deutlicher sichtbar: Neben der Umweltverschmutzung und der Einengung der natürlichen und naturnahen Räume stellt uns der ungehemmte Verbrauch von Naturgütern vor immer größere Herausforderungen.

Umweltentlastung durch innovative Technik

Intelligente Instrumente und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt nutzen in immer größerem Umfang den technischen Fortschritt. Umweltschutz und Technikfeindlichkeit stehen immer mehr im Gegensatz zueinander; moderne Technik ist umweltgerecht und für den Schutz der Umwelt im 21. Jahrhundert unverzichtbar. Moderner Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Innovative Umwelttechnologien sind Schlüsseltechnologien für die nachhaltige Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes. Wir werden deshalb die Entwicklung und Verbreitung innovativer Umwelttechnik weiter fördern. Durch den Export umwelttechnischer Produkte aus Baden-Württemberg tragen wir auch einen Teil zum Schutz der Umwelt im globalen Rahmen bei.

Dialogorientierte Umweltpolitik

Wir setzen auf eine dialogorientierte Umweltpolitik, die alle Betroffenen in einen konstruktiven, ideologiefreien und pragmatischen Dialog beteiligt. Gerade in der Partnerschaft mit den Kommunen, der Wirtschaft, den Schulen und engagierten Bürgern sehen wir die Chance, ökologische Ziele mit anderen Zielen in Einklang zu bringen, wie zum Beispiel dem Erhalt der Landwirtschaft, der gesicherten Energieversorgung oder den Erfordernissen einer mobilen Gesellschaft.

Ganzheitliche Umweltpolitik

Wir werden in der Umweltpolitik auch in Zukunft einen ganzheitlichen Ansatz quer durch alle Felder der Herausforderungen des modernen Umweltschutzes verfolgen.

Dies gilt zum einen für den Klimaschutz und die drastische Reduzierung der Klimagase. Schon heute sind die Folgen des CO₂-Ausstoßes auf unser Klima spürbar. Das gleiche gilt zum anderen für den Lärm, der Menschen belastet und krank macht. Deshalb gilt es

die Umwelteffizienz von Gebäuden, Geräten, Fahrzeugen und Industrieanlagen zu steigern.

Der Flächenbedarf muss reduziert werden. In den letzten 50 Jahren haben wir in Baden-Württemberg so viel Fläche für Siedlung und Verkehr beansprucht wie bei allen vorangegangenen Generationen zusammen. Die CDU nimmt diese Entwicklung nicht hin. Wir machen uns auch weiterhin für eine sparsame Flächennutzung stark. Wir setzen auf kommunales Flächenmanagement, auf die bewährte Arbeit des „Aktionsbündnisses Fläche gewinnen“ und das „Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung innerörtlichen Potenzials (MELAP)“. Auch die Programme der städtebaulichen Erneuerung tragen dazu bei, durch die Um- und Neunutzung von Gebäuden und baulich vorgentzten Arealen den Freiflächenverbrauch zu reduzieren (Innenentwicklung vor Außenentwicklung). Langfristig muss es schon aus demographischen Gründen unser Ziel sein, dass wir auch beim Flächenverbrauch zur „Netto-Null“ kommen. Die großräumigen Siedlungsaktivitäten beispielsweise durch Neubaugebiete müssen überprüft werden. Sie führen teilweise zur Verödung der Bausubstanz in der dörflichen Mitte. Stattdessen muss darauf geachtet werden, dass das innerörtliche Potenzial und die Sozialstruktur unserer Gemeinden und Dörfer erhalten bleiben.

Der Umweltplan des Landes ist ein gelungener Versuch, ökologische Probleme und Lösungen von Aufwand und Ertrag her gesehen in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen. Wir werden den Umweltplan des Landes deshalb auch künftig aktualisieren und fortschreiben.

Kleinräumiger Umweltschutz

Lokale Umweltprobleme bestehen in Baden-Württemberg in der Sicherung der erreichten Standards; beim Schutz gegen Lärm, bei der naturnahen und umweltverträglichen Nutzung von Flächen und für den Erhalt der Artenvielfalt sind Verbesserungen möglich und wünschenswert. Gerade hier ist eine besondere Verantwortung der Kommunen gegeben, die sich bereits in vielen ökologischen Aufgaben bewährt haben.

Hochwasserschutz vorantreiben

Der Schutz gegen Hochwasser ist eine der wichtigsten Aufgaben auch der Landespolitik: Die Gefahren steigen schon deshalb, weil die Schadenspotenziale zunehmen. Bei den Vorkehrungen gibt es noch immer Schwachstellen, die beseitigt werden müssen. Die CDU Baden-Württemberg wird darauf bestehen, dass von Hochwasser weniger bedrohte Kommunen und Regionen solidarisch für diejenigen mit

einstehen, die in stärkerem Maße von Hochwassern und damit großen materiellen, finanziellen und ideellen Schäden bedroht sind. Auch das gehört zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Lücke zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln schließen

Umweltpolitik muss großräumiger, internationaler, globaler gedacht und gemacht werden. Handeln vor Ort ist wichtig, um lokale Probleme in Eigenverantwortung praktisch zu lösen und das langfristig und großräumig Notwendige im eigenen Land politisch mehrheitsfähig zu machen. Wir müssen die Lücke zwischen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten schließen. Dies ist eine weltweite Aufgabe, die aber nur jeweils vor Ort angegangen werden kann.

Für eine nachhaltige und umweltfreundliche Energiepolitik

Drei Säulen der Energiepolitik

Die Energiepolitik der CDU Baden-Württemberg fußt auf drei Säulen: Zum ersten muss Energie eingespart werden. Zum zweiten gilt es Energie effizienter zu produzieren, zu transportieren und zu verwenden. Zum dritten, erneuerbare Energien zu fördern und übergangsweise so lange wie nötig an der Kernkraft festzuhalten. Ohne den Beitrag der Kernkraft werden wir die Klimaschutzziele weder in Baden-Württemberg noch in Deutschland noch in Europa noch auf der Welt erreichen können. Deshalb wollen wir, dass die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg und Deutschland im Interesse einer langfristigen Sicherung der Energieversorgung und der Förderung des schnelleren Umstiegs auf alternative Energieträger verlängert werden.

Energie wirtschaftlich und sicher bereitstellen

Baden-Württemberg hat die höchsten Strompreise in Europa; weitere Erhöhungen des Strompreises würden die Attraktivität des Landes als Wirtschaftsstandort und damit Arbeitsplätze gefährden. Ziel einer auch ökonomisch sinnvollen Energiepolitik muss es daher sein, eine Senkung oder wenigstens Deckelung des Strompreises zu erreichen. Der zu schnelle Ausstieg aus der Kernkraft gefährdet langfristig die Energiesicherheit in Deutschland und Baden-Württemberg, weil sich für die Kernkraft derzeit noch kein Ersatz in ausreichendem Maß abzeichnet. Deutschland und Baden-Württemberg dürfen aber nicht durch eine kurzsichtige Politik mittel- und langfristig von Stromimporten abhängig gemacht werden; zumal importierter Strom oft in sicherheitstechnisch unzulänglichen Atomkraftwerken produziert wird.

Pakt für sichere und umweltfreundliche Energieversorgung

Die CDU Baden-Württemberg will, dass auch die heimischen Arbeitsplätze in der Energieerzeugung und die damit verbundene Wertschöpfung und Steuerkraft erhalten bleiben. Wir schlagen deshalb einen Pakt mit der Stromwirtschaft in Baden-Württemberg vor: Die Kernkraftwerke Philippsburg und Neckarwestheim sollen länger am Netz bleiben als bisher vorgesehen. Der daraus entstehende geldwerte Vorteil in Milliardenhöhe soll dafür mindestens zur Hälfte in die Erforschung und die Markteinführung der erneuerbaren Energien gesteckt werden. Dies wäre für die Sicherung der Energieversorgung des Landes, bezahlbare Strompreise und zugunsten der regenerativen Energien ein dringend benötigter Schub. Am Ende müssen die in der

Wirtschaftlichkeits-, Energie- und Ökobilanz am günstigsten abschneidenden Energiearten bevorzugt werden. In Baden-Württemberg ist vor allem die Wasserkraft ein effizienter Energieträger; auch Biomasse und Biogas können in Zukunft einen wertvollen Beitrag zur Sicherung der Versorgung leisten. Sollte sich die Erforschung der Geothermie als Erfolg versprechend herausstellen, werden wir dieser Energieart im Land zum Durchbruch verhelfen. Die Fixierung auf einen oder nur wenige einzelne Energieträger lehnen wir ab. Wir halten stattdessen am bisher erfolgreichen „Energimix“ fest, weil wir auf diese Weise für das Land mehrere zukünftige Möglichkeiten zur Weiterentwicklung umweltfreundlicher Energiegewinnung behalten.

Initiativen zur Senkung des Energiebedarfs

Energieeinsparung ist weiterhin ein zentraler Bestandteil jeder Strategie zur Senkung des Energiebedarfs. Die CDU Baden-Württemberg wird Strategien zur Verminderung des Energieverbrauchs sowohl bei staatlichen Einrichtungen, Unternehmen als auch privaten Haushalten zukünftig noch stärkere Bedeutung beimessen und ihre Förderpolitik zum Beispiel im Wohnungsbau stärker diesem Ziel entsprechend ausrichten. Darüber hinaus bekennen wir uns zur Liberalisierung der Energiemärkte und setzen uns dafür ein, dass beim Strom die Marktöffnung weiter vorangetrieben wird und auch der Gasmarkt möglichst rasch für den Wettbewerb geöffnet wird.

Strategie für die Mobilität der Zukunft: Langfristig unabhängig vom Öl

Der Energieträger Öl besitzt - gemessen an den absehbar begrenzten Ressourcen und der Abhängigkeit von Ländern, die politisch und demokratisch nicht mit unserem Grundverständnis übereinstimmen - eine zu große Bedeutung. Die Strategie muss deshalb lauten: Deutschland und Baden-Württemberg müssen langfristig unabhängig vom Öl werden.. Die Frage wird sein, wie wir wirtschaftlich, umweltfreundlich und effizient Alternativen zum Öl aufbauen können. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Biokraftstoffe und alternative Antriebe wie Wasserstoff oder Elektroantriebe unsere Abhängigkeit vom Öl reduzieren.

Verkehrspolitik, die uns voranbringt

Mehr Mobilität möglich machen

Mobilität ist Voraussetzung für Kontakte, Austausch von Ideen, freiere Wahl von Wohnort und Arbeitsstätte, Arbeitsteilung und Wachstum in der Wirtschaft sowie eine erfüllte und abwechslungsreiche Freizeit. Der Wunsch nach Mobilität steigt weltweit,

Verkehrsangebote und Verkehrsnachfrage beflügeln sich gegenseitig. Wir müssen uns mit allen verfügbaren und wirtschaftlich tragbaren Mitteln darauf konzentrieren, den wachsenden Mobilitätsbedarf zu befriedigen und ihn in umweltverträgliche und wohngerechte Bahnen zu lenken.

Wir wollen eine zukunftsorientierte und umweltgerechte Verkehrspolitik, die sich am Gemeinwohl und an den Mobilitätsbedürfnissen der Bürger und unserer Wirtschaft orientiert. Grundlegend hierfür sind der kontinuierliche Aus- und Neubau von Schiene, Straße, Luftverkehr und Wasserstraße sowie die bestmögliche Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger.

Leitlinien unserer Verkehrspolitik

Die Leitlinien unserer Verkehrspolitik sind die folgenden:

Die Verkehrsfinanzierung bleibt eine staatliche Aufgabe. Unser Ziel ist es jedoch, auch mehr privates Kapital für den Verkehrswegebau zu mobilisieren. Ergänzend zur Finanzierung der Infrastruktur aus öffentlichen Haushalten sollten auch andere innovative Wege der Finanzierung geprüft werden. Dazu gehört auch eine stärkere Nutzerfinanzierung der Verkehrswege durch alle Verkehrsteilnehmer, wie sie beispielsweise heute schon mit der LKW-Maut praktiziert wird. Die Kosten für die Mobilität müssen auch in Zukunft sozial verträglich bleiben.

Erwünschte Änderungen im Mobilitätsverhalten der Menschen müssen in erster Linie durch bessere Angebote statt durch Verbote oder das Auferlegen finanzieller Lasten erreicht werden.

Jedes Verkehrsmittel muss – und soll aber auch nur – da eingesetzt werden, wo es seine Stärken hat.

Besondere Belastung Baden-Württembergs

Baden-Württemberg hat als europäische Verkehrsdrehscheibe eine überdurchschnittliche Verkehrsbelastung. Der verbesserte Fluss von bereits vorhandenem Verkehr muss Vorrang haben davor, mit Neu- und Ausbaumaßnahmen zusätzlichen Verkehr in strukturschwächeren Regionen zu schaffen. Straßenbau soll vor allem zur Vermeidung von Staus und zur Entlastung der Menschen von Autoverkehr dienen. Die Förderung des Baus von Verkehrswegen – insbesondere im Straßenbau – muss vom tatsächlichen Verkehrsaufkommen und den dadurch entstehenden Belastungen abhängig gemacht werden anstatt Mittel vorrangig nach einem regionalen Schlüssel zu verteilen.

Große Verkehrsprojekte voranbringen

Die Einbindung Baden-Württembergs in die großen europäischen Verkehrswege ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft des Landes. Die CDU Baden-Württemberg arbeitet deshalb weiterhin mit Nachdruck für die Verwirklichung der großen Verkehrsprojekte in unserem Land. Sie wurden im Land langfristig konzipiert und müssen vom Bund langfristig finanziert werden: Dies gilt im Bereich der Schiene für den Bau der Schnellbahntrasse Frankfurt – Mannheim, für die Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim in ein Hochgeschwindigkeitsnetz, für den viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke am Oberrhein ohne Verlagerung des französischen Güterverkehrs, für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm sowie für den privatfinanzierten Autobahnaufstieg auf die Schwäbische Alb. Im Bereich der Straße ist der Ausbau der großen Autobahnverbindungen durch das Land von Vorrang: Baden-Württemberg braucht dringend leistungsfähige Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen.

Autoland Baden-Württemberg

Das Automobil wird auch in Zukunft das wichtigste Verkehrsmittel für die Menschen bleiben. Wir setzen darauf, das Auto mit modernster Technik immer umweltfreundlicher und sicherer zu machen. Auch die Telematik trägt zu einem verbesserten und umweltschonenderen Verkehrsfluss auf den Straßen bei. Die in unserem Land entwickelten Konzepte im Fahrzeugbau wie in der Verkehrspolitik können auch zu Exportschlagern von morgen werden. Wir bieten dann nicht mehr nur Autos, sondern Konzepte für eine bessere und umweltverträglichere Mobilität an. Alle Verkehrsmittel müssen durch weitere, vor allem europäische Vorgaben, in Herstellung und Nutzung noch umweltfreundlicher werden.

Öffentliche Verkehrsmittel

Im Rahmen der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs wurde in Baden-Württemberg das Netz Zug um Zug stark ausgebaut und nahezu flächendeckend ein Taktfahrplan eingeführt. Damit haben wir die Chancen der Bahnreform und Regionalisierung seit 1993 genutzt und dem gesamten ÖPNV in Baden-Württemberg einen kräftigen Schub ermöglicht. Auch angesichts immer geringer werdender Regionalisierungsmittel werden wir alles daran setzen, einen zufrieden stellenden Angebotsstandard im Land zu halten.

V. Für eine neue Balance zwischen Freiheit und Verantwortung

Die Chance der Verantwortung

Die Beschleunigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels stellt die Menschen, aber genauso die Politik vor neue Aufgaben. Je stärker Traditionen nicht mehr gelebt werden, je mehr die gesellschaftlichen Vorgaben für das persönliche Verhalten an Bedeutung verlieren, je deutlicher alles Selbstverständliche in der Lebensgestaltung zurücktritt, je verfügbarer die physische Welt durch technische Eingriffe wird, umso mehr kommt es für die Menschen darauf an, Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen. Je weiter der Mensch seine Handlungsmöglichkeiten ausdehnt, desto mehr Verantwortung muss er übernehmen.

Es gilt, in der Ungewissheit unserer Welt nicht nur die Gefahren, sondern auch die Chancen zu sehen. Die größte und eigentliche Chance liegt in der Verantwortung des Menschen, jedes einzelnen. Es liegt auch an uns, was wir aus unserem Leben machen. Es liegt in der Verantwortung der Politik, den Menschen möglichst viele Räume für verantwortliches Handeln für sich selbst, für andere und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu öffnen. Es liegt in der Verantwortung der Politik und der Gesellschaft, die Gültigkeit unserer Grundwerte und ihr Gleichgewicht im Lebensalltag zu gewährleisten.

Balance von Freiheit und Verantwortung schaffen

Freiheit und Verantwortung müssen in unserer modernen Gesellschaft in eine neue Balance zueinander gebracht werden. Wir müssen bereit sein, mehr Verantwortung für unsere Freiheit zu übernehmen. Denn die Freiheit selbst ist gefährdet, wenn sie dazu missbraucht wird, gegen die Menschenwürde und deren Unantastbarkeit zu verstoßen. Deshalb bedarf es einer Politik zum Schutz des Lebens und der Menschenwürde. Freiheit ist nicht verwirklicht ohne Menschen, die in der Demokratie Verantwortung für sich selbst und für andere übernehmen. Deshalb brauchen wir eine aktive Bürgergesellschaft. Freiheit kann sich nur halten, wenn die Sicherheit der Menschen gewährleistet ist und wenn die Feinde der Freiheit entschlossen bekämpft werden, statt ihnen mit falsch verstandener Toleranz zu begegnen. Deshalb bedarf es der entschiedenen Durchsetzung des Rechts und der Verteidigung der inneren Sicherheit unseres Landes gegen Kriminelle, Extremisten und Terroristen.

Verantwortung für das menschliche Leben und die Menschenwürde

Vorrang für das Recht auf Leben und die Menschenwürde

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich uneingeschränkt zum Recht auf Leben und den Schutz der menschlichen Würde. Das Recht auf Leben und der Schutz der Menschenwürde haben grundsätzlich Vorrang vor allen anderen Erwägungen und Interessen. Mensch-Sein beginnt mit der Zeugung, mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Der Schutz des menschlichen Lebens ist unteilbar, von der Zeugung bis zum Tod. Niemand darf sich zum Richter darüber erheben, was lebenswert und was „lebensunwert“ ist. Wo es um menschliches Leben geht, darf der Zweck niemals die Mittel heiligen.

Ethische Grenzen neuer Techniken

Die Fortschritte in den Wissenschaften und der Biomedizin konfrontieren uns mit grundlegenden Fragen der menschlichen Existenz und der Wertorientierung unserer Gesellschaft. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit sind wir in der Lage, den Bauplan des Lebens zu entschlüsseln. Künftig werden wir vielleicht in der Lage sein, ihn umzuschreiben.

Wir müssen uns insbesondere fragen, wo die ethischen Grenzen ihrer Erforschung und Anwendung liegen. Deshalb müssen wir die Chancen und Gefahren im Voraus bedenken, die mit der Anwendung jedweder Technik verbunden sind.

Möglichkeiten der Biowissenschaften

Wissenschaft und Forschung haben sich im Laufe der Menschheitsgeschichte in einem ungeheuren Ausmaß als lebensdienlich, lebenserhaltend und lebenserleichternd erwiesen. Pauschale Wissenschafts- und Technikfeindlichkeit verbieten sich daher von selbst. An den großen Potenzialen der Biowissenschaften für eine Verbesserung der Lebensbedingungen des Einzelnen wie der Gesellschaft kann kein Zweifel bestehen.

Unsere Hoffnungen und Erwartungen richten sich vor allem auf neue therapeutische Verfahren, um schwere Krankheiten zu heilen und individuelles Leid zu vermeiden oder zu lindern. Viele dieser Hoffnungen und Erwartungen können nach heutigem Kenntnisstand in Zukunft erfüllt werden. Einige der Hoffnungen werden gewiss auch enttäuscht werden, denn manche Versprechungen sind weit überzogen.

Forschung an adulten Stammzellen fördern

Die CDU Baden-Württemberg wird weiter gegen die Forschung mit embryonalen Stammzellen eintreten und spricht sich dafür aus, weiterhin keine Landesmittel hierfür zur Verfügung stellen. Hingegen wollen wir die ethisch unbedenkliche Forschung an den so genannten „adulten“ Stammzellen im Land weiter fördern und ausbauen. Das Embryonenschutzgesetz muss beibehalten werden, solange keine grundlegend neuen ethischen Erkenntnisse gewonnen werden, die eine Änderung geboten erscheinen lassen.

Für die ethische Beurteilung der wissenschaftlichen Arbeiten mit menschlichen embryonalen Stammzellen ist entscheidend und bleibt auch künftig entscheidend, ob im Rahmen von Forschungen oder Therapien entwicklungsfähiges menschliches Leben getötet wird.

Weltweite Ächtung des Klonens

Klonen zerstört die Einzigartigkeit des Lebens, gefährdet die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens und die Menschenwürde. Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für eine weltweite Ächtung des Klonens aus. Das reproduktive Klonen an allen Lebewesen und das therapeutische Klonen am Menschen müssen verboten bleiben oder dort, wo noch nicht geschehen, verboten werden. Embryonen, deren einziger Zweck darin besteht, embryonale Stammzellen zu liefern und anschließend getötet zu werden, dürfen erst gar nicht erzeugt werden. Wir wollen nicht zulassen, dass weibliche Eizellen zu einem Handelsgut werden.

Keine Zeugung auf Probe

Bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) werden Embryonen probeweise gezeugt, selektiert und anschließend getötet. Für eine solche „Zeugung auf Probe“ gibt es keine ethische Rechtfertigung. Eine Zulassung der PID hätte verheerende Auswirkungen auf die gesellschaftliche Anerkennung von kranken und behinderten Menschen. Es darf nicht soweit kommen, dass eine Frau oder ein Elternpaar sich dafür rechtfertigen muss, ein behindertes Kind zur Welt zu bringen. Die Zulassung der PID wäre auch ein klarer Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot gegenüber Behinderten im Grundgesetz. Aus diesen Gründen lehnt die CDU Baden-Württemberg die Zulassung der PID ab.

Schutz des ungeborenen Lebens

Wir treten nachdrücklich für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Wir wollen die Grundlagen dafür verbessern, dass jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird. Schwangere in Not- und Konfliktlagen brauchen

neben finanziellen Hilfen und einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot die volle Unterstützung des Vaters des Kindes, von ihrer Familie und der Nachbarschaft, von Arbeitgebern und Vermietern. Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muss in der Rechtsordnung unseres Staates verankert bleiben.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das es den Eltern leichter macht, sich für die Geburt eines kranken oder behinderten Kindes zu entscheiden. Die immer weiter zunehmende Zahl der Spätabtreibungen muss eingeschränkt werden. Hierzu ist eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich.

Menschenwürdiges Sterben

Die CDU Baden-Württemberg lehnt aktive Sterbehilfe ab. Wir unterstützen eine bedarfsgerechte Versorgung mit Hospizen und Hilfseinrichtungen, die todkranken Menschen in unserem Land mit ganzheitlicher Betreuung und Schmerztherapie ein würdiges Sterben ermöglichen. Wir halten es zudem für ethisch geboten, die Schmerzmedizin in den Krankenhäusern sowie in der ambulanten und stationären Versorgung durch niedergelassene Ärzte aktiv zu fördern. Wir streben die Schaffung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin an einer baden-württembergischen Universität an.

Auf entwürdigende Darstellungen in den Medien verzichten

Die CDU Baden-Württemberg fordert alle Verantwortlichen in den Medien auf, auf entwürdigende Darstellungen von Menschen grundsätzlich zu verzichten. Entwürdigende Darstellungen eines Menschen sind auch dann verwerflich, wenn seine Einwilligung – eventuell aufgrund von Honorarzahungen oder der Hoffnung auf öffentliche Bekanntheit – dafür vorliegt. Wir fordern die Verantwortlichen in den Medien zudem auf, keine Strategie der gezielten und kalkulierten Tabubrüche hinsichtlich aller öffentlichen Darstellungen zu verfolgen, um damit Auflage oder Quote zu machen. Wenn die freiwillige Selbstkontrolle versagt oder der geltende Jugendschutz verletzt wird, müssen weitergehende gesetzliche Schutzmaßnahmen ins Auge gefasst und auch getroffen werden.

Folter ist schlimmstes Unrecht

Folter kann unter keinen Umständen geduldet oder sogar befürwortet werden. Es gibt nicht einen einzigen Grund dafür, dass Folter statthaft wäre. Folter ist schlimmstes Unrecht und eine schwere Verletzung der Menschenrechte.

Die kulturprägende Kraft der christlichen Kirchen und der Dialog der Religionen

Die christlichen Kirchen in unserem Land wirken seit jeher kulturprägend, nehmen öffentliche Verantwortung wahr und sind die Garanten für Wertüberzeugungen, die Eingang in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in unsere Landesverfassung gefunden haben. Wir bekennen uns ausdrücklich dazu, ihre Arbeit auch in Zukunft zu unterstützen und insbesondere ihre Dienste der sozialen und kulturellen Diakonie zu fördern.

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich darüber hinaus für die Glaubensfreiheit der Mitglieder aller Religionsgemeinschaften ein. Der jüdisch-christliche und der islamisch-christliche Dialog sind im Blick auf ein gutes Miteinander der Angehörigen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften in unserem Land erstrebenswert und weiter auszubauen.

Religionsunterricht an Schulen ist für uns unverzichtbar.

Für eine aktive Bürgergesellschaft

Dienst an der Allgemeinheit

Die Menschen in Baden-Württemberg und anderswo wollen selbstständig und unabhängig sein, für sich selbst sorgen können und sich darüber hinaus in die Gemeinschaft und die Gesellschaft einbringen, selbst Möglichkeiten zum Engagement für die Allgemeinheit nutzen können. Viele nutzen ihre Freiheit und ihre Freizeit auch tatsächlich, um Verantwortung für die Gesellschaft und ihre Mitmenschen zu übernehmen. Sie leisten damit einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit. Nirgendwo in Deutschland ist das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement so verbreitet wie in Baden-Württemberg, nirgendwo ist die Vielfalt an Vereinen, Verbänden und Vereinigungen größer und bunter als bei uns in Baden-Württemberg. Nirgendwo sind Stiftungen als lebendiger Ausdruck von Bürgersinn und ernst genommener Sozialpflichtigkeit des Eigentums so präsent wie in Baden-Württemberg. Eine immer größere Zahl wohlhabender Bürger engagiert sich mit privaten Stiftungen, in Fördervereinen und Gemeinschaftsstiftungen für mehr Mitmenschlichkeit, kulturelle Vielfalt, breitere Bildungschancen und innovative Wissenschaft. In Bürgerstiftungen finden viele Bürgerinnen und Bürger auch mit jeweils kleineren Beträgen zum Wohl der Allgemeinheit zusammen. Dieses breite und vielfältige Engagement der Bürger ist eine der ganz wesentlichen Stärken unseres Landes, die wir erhalten und wo immer möglich ausbauen wollen. Es ist auch und besonders die ausgeprägte und tief in alle gesellschaftlichen Schichten hineinreichende und diese Schichten verbindende

Vereinslandschaft, die Baden-Württemberg attraktiv und für seine Menschen lebenswert macht.

Wir setzen auch künftig auf eine aktive Bürgergesellschaft in unserem Land und wollen die Rahmenbedingungen für sie stärken und verbessern. Wir wollen bewusst eine Kultur der Verantwortung und der Anerkennung für ehrenamtliches Engagement pflegen, eine Kultur der Verantwortung der Menschen für sich selbst, eine Kultur der Verantwortung von Menschen für andere Menschen, der Verantwortung für die Gemeinschaft. Die Kultur der Verantwortung macht eine Gesellschaft stark und selbstbewusst. Sie macht auch Baden-Württemberg stark.

Das Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft

Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft ist die Subsidiarität: das Prinzip des Vorrangs der Eigenverantwortung, des Vorrangs für die kleinere gesellschaftliche Gruppe, des Vorrangs der kleineren Einheit, die die Probleme sachgerechter lösen kann als die größeren. So können sich die Bürger auch vor einem anonymen, übermächtigen Staat schützen, der immer mehr in das Leben der Menschen eingreift; wo das Subsidiaritätsprinzip nicht gilt oder nicht beachtet wird, ist dies nicht der Fall. Der Staat ist erst dann gefragt, wenn der einzelne Mensch, die Familien, die Gemeinschaft, die freien Träger mit ihren Hilfsangeboten Probleme und schwierige Lebenssituationen weniger Erfolg versprechend meistern können als mit der Hilfe staatlicher Einrichtungen und Behörden.

Die aktive Bürgergesellschaft in den Kommunen

Eine gesellschaftspolitische Zukunftsstrategie muss gerade in einer Zeit, die von einer bemerkenswerten Vielfalt von Lebensstilen und auch Wertvorstellungen geprägt ist, das Gemeinschaftsleben und soziale Kontakte gezielt fördern, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Vor allem die Kommunen haben hier ein Gestaltungsfeld, das in hohem Maß zur Steigerung der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden beitragen kann.

Mehr Anerkennung für das Ehrenamt

Das Ehrenamt verringert die Distanz zwischen einzelnen Menschen und einer Gesellschaft, die vielen immer größere Entfaltungsmöglichkeiten sichert und ein nie da gewesenes Ausmaß an Vielfalt bietet, aber oft auch anonym und unübersichtlicher geworden ist. Die CDU Baden-Württemberg wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass freiwillige und ehrenamtliche Dienste, die Menschen an unserer Gesellschaft vollbringen, in besonderer Weise anerkannt und gewürdigt werden. Dies ist nicht nur

eine Aufgabe der Politik, sondern der gesamten Gesellschaft. Die größte Anerkennung des Ehrenamts und des freiwilligen Engagements besteht darin, dass möglichst viele Menschen, die dazu in der Lage sind, sich selber ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagieren. Die Wichtigkeit des Ehrenamts für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sollte Kindern möglichst frühzeitig in Familie und Schulen vermittelt werden. Hemmnisse, auch bürokratischer Natur oder in Form mangelnder Rechtssicherheit, die ehrenamtlichem Engagement entgegenstehen, müssen konsequent offen gelegt und beseitigt werden. Insbesondere die Buchhaltung muss ehrenamtlich leistbar sein.

Der Nachweis über ehrenamtliches Engagement soll als Beleg für erworbene Kompetenzen gewertet werden, zum Beispiel bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen.

Politik lebt vom demokratischen Engagement

Politik lebt vom ehrenamtlichen Engagement von Menschen – in Vereinigungen, Interessenverbänden, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und politischen Parteien. Gäbe es diese Mitwirkung nicht, wäre die Entfernung zwischen Bürgern und Staat ungleich größer, als sie es ohnehin geworden ist.

Politische Parteien sind nicht frei von Fehlern, Widersprüchen und Konflikten. Sie sind mehr als andere Vereinigungen darauf angewiesen, dass sich ihre Mitglieder langfristig binden und möglichst dauerhaft mitarbeiten. Denn sie werden gebraucht: Ohne politische Parteien gibt es keine Demokratie; nirgendwo auf der Welt ist das der Fall. Politische Parteien haben unter anderem die Aufgabe, für Parlamente und Regierungen geeignetes Personal zur Verfügung zu stellen. Dies gelingt dann am besten, wenn möglichst viele Menschen aus allen Schichten und Gruppen der Gesellschaft in den politischen Parteien mitwirken. Wir fordern die in Baden-Württemberg lebenden Menschen auf, in den demokratischen politischen Parteien des Landes mitzuarbeiten. Besonders herzlich laden wir sie dazu ein, dies in der Baden-Württemberg-Partei CDU zu tun.

Politische Bildung

Demokratie braucht politische Bildung. Politische Bildung soll grundlegende Kenntnisse über Politik vermitteln und vertiefen und die Bürger zur Mitwirkung im demokratischen Staats- und Gemeinwesen ermutigen und motivieren. Politische Bildung weist Wege zu verantwortlicher Mitgestaltung und fungiert als wichtiges Schutzschild gegen jede Form des Extremismus.

Stiftungen fördern

Baden-Württemberg hat namhafte Stifterpersönlichkeiten hervorgebracht. Ihr persönliches Vorbild und ein besonders stifterfreundliches Klima sollen noch mehr Bürger dazu anregen, sich mit privaten Stiftungen für das allgemeine Wohl zu engagieren und so dauerhafte und verlässliche Brücken in die Zukunft zu bauen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für Stifter müssen weiter verbessert werden. Das veraltete Gemeinnützigkeitsrecht muss einem modernen Verständnis einer aktiven Bürgergesellschaft angepasst werden und die Kultur der Verantwortung stärken.

Wir begrüßen die mannigfachen Initiativen zur Gründung von Bürgerstiftungen in unserem Land. Sie fördern das Interesse und Engagement der Bürger für ihre Gemeinden und Städte und stärken so den Gedanken der Mitverantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten. Bei entsprechend großzügigen Zustiftungen können sie langfristig einen spürbaren Beitrag zur Ergänzung und Entlastung der öffentlichen Haushalte erbringen.

Unternehmen übernehmen soziale Verantwortung

Wir begrüßen und unterstützen es, dass sich viele Unternehmen, gerade in Baden-Württemberg, und nicht wenige mit einer langjährigen Tradition, als für das Wohl unserer Gesellschaft über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten und ihre Eigenschaft als Steuerzahler hinaus verantwortlich begreifen. Einen besonders wichtigen Beitrag zum Gelingen einer aktiven Bürgergesellschaft wie einer familienfreundlichen Gesellschaft leisten Unternehmen, wenn sie die Lebensbedingungen von Familien besonders berücksichtigen und sich zu deren Gunsten darauf einstellen. Immer mehr wird erkannt, dass ehrenamtliches Engagement auch den Unternehmen nützt: Schlüsselqualifikationen wie die Fähigkeit zur direkten Kommunikation und zum gekonnten Umgang mit anderen Menschen, die im Ehrenamt erworben und erweitert werden können, kommen auch den Unternehmen zugute, die ehrenamtlich Tätige beschäftigen und ausbilden. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen kommen zudem Spenden und Partnerschaften beispielsweise in Form von Sponsoring seitens Unternehmen wie auch Privatpersonen für Vereine, gemeinschaftliche Veranstaltungen und Einrichtungen mit sozialer oder kultureller Zielsetzung eine wichtige Bedeutung zu. Auch dies ist Teil einer neuen Balance von Freiheit und Verantwortung.

Sportland Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist Sportland. Die Sportvereine und Sporttreibenden sind ein wichtiger Bestandteil einer aktiven Bürgergesellschaft. Sie tragen zur Gesunderhaltung der Bevölkerung in hohem Maße bei. Darüber hinaus ist ihr Wirken in der Jugendarbeit,

für die Integration und das gute Miteinander der Generationen unverzichtbar. Spitzensport und Breitensport bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Deshalb fördern wir beides.

Teilhabe Behinderter sicherstellen

Für die CDU ist das Kennzeichen einer aktiven Bürgergesellschaft, dass in ihr gerade diejenigen besonders geschützt oder gefördert werden, die ohne Hilfe von außen nur schwer oder gar nicht am Leben in unserem Gemeinwesen teilhaben könnten. Menschen mit Behinderungen und ihren Familien müssen bedarfsgerechte Hilfen angeboten werden. Dazu zählen die Früherkennung und Frühförderung genau so wie die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindergarten, Schule und Beruf. Diese integrativen Hilfen müssen weiterhin erhalten bleiben. Gleichzeitig soll ambulanten Hilfsangeboten stets Vorrang vor stationären Hilfen geboten werden, um die Selbstständigkeit behinderter Menschen zu stärken. Wir setzen uns außerdem für eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe ein, um diese langfristig auf ein sicheres finanzielles Fundament zu stellen.

Verantwortung für die Innere Sicherheit

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Die Wahrung von Recht und Gesetz sichert die Freiheit und die Lebenschancen der Menschen. Das Recht ist die Haus- und die Friedensordnung jeder Gesellschaft. Wer die Rechtsordnung verletzt, untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den inneren Frieden und muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die Menschen in Baden-Württemberg sollen sich auf unseren Straßen und Plätzen sicher und zu Hause fühlen. Kriminelle müssen mit Nachdruck verfolgt, gestellt und schnell verurteilt werden. Die Rechte der Bürger und insbesondere der Opfer von Verbrechen haben Vorrang vor möglichen Erleichterungen für überführte Straftäter.

Polizei und Justiz müssen schlagkräftig sein

Die CDU Baden-Württemberg steht an der Seite der Polizei und besteht auf der konsequenten Wahrung von Recht und Gesetz. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müssen die baden-württembergische Polizei und Justiz auch künftig technisch modern und sachgerecht sowie personell angemessen ausgestattet werden. Die baden-württembergische Polizei soll die beste in Deutschland sein und Baden-Württemberg das Land mit der geringsten Kriminalität in Deutschland bleiben. Die Landesregierung

soll einen Sicherheitsplan nach dem Beispiel der ersten beiden entwickeln, der bis zum Jahre 2020 Maßnahmen aufeinander abstimmt.

Wir wollen dafür sorgen, dass Baden-Württemberg weiter Vorreiter auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit ist, wie dies beispielsweise bei der Einführung ereignisunabhängiger Kontrollen, der Sicherungsverwahrung und der Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor Einbürgerungen der Fall war und ist.

Gewaltmonopol des Staates wahren

Wir werden das Gewaltmonopol des Staates wahren und gegen jeden Versuch verteidigen, es zu untergraben.

Vorrangige Aufgaben

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Baden-Württemberg und darüber hinaus zählen wir vorrangig folgende Aufgaben:

- Die Bekämpfung der zunehmenden Computerkriminalität.
- Ein entschiedenes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität.
- Die weitere Verbesserung der grenzüberschreitenden und internationalen Zusammenarbeit zur Verbrechensbekämpfung und damit die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu *einem* Sicherheitsraum.
- Konsequentes Durchgreifen gegen Drogenmissbrauch und Drogenhandel.
- Schnelle Strafverfahren, der Tat angemessene Strafen und Strafmaße mit vorbeugender Wirkung bei Wiederholungstätern.
- Die schnelle Abschiebung ausländischer Straftäter.
- Den Schutz der Bevölkerung vor besonders gefährlichen und rückfallgefährdeten Verbrechern, notfalls durch Sicherungsverwahrung.
- Prävention und Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Eine konsequente Verfolgung und Ahndung von Kleinkriminalität.
- Die weitere Verbesserung des Schutzes und der Betreuung von Kriminalitätsoffern.
- Stärkung der kommunalen Kriminalitätsprävention, bei der auf örtlicher Ebene alle gesellschaftlichen Kräfte wie Polizei, Gemeinden, Schulen, Unternehmen

und andere interessierte Institutionen für die Stärkung der Sicherheit in den Städten und Gemeinden zusammenarbeiten.

- Ein konsequentes Vorgehen gegen Verkehrrowdys und das Fahren unter dem Einfluss von Rauschmitteln.
- Die Wahrung des Rechtsbewusstseins der Menschen.
- Die Unterstützung des Verfassungsschutzes und der Bundeswehr, der Katastrophenhilfsdienste und der Rettungsdienste sowie der Feuerwehren.

Gleichzeitig müssen wir im Blick behalten, dass auch unsere älter werdende Gesellschaft neue Fragen der inneren Sicherheit und der Kriminalitätsentwicklung aufwirft.

Die neue Dimension der terroristischen Herausforderung

Die Welt ist seit dem 11. September 2001 eine andere geworden. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist die größte gesellschaftliche und politische Herausforderung für die Völkergemeinschaft des frühen 21. Jahrhunderts. Die neue Dimension der terroristischen Herausforderung zwingt zu neuen Antworten auf neue Probleme und zu veränderten Schwerpunkten bei den Aufgaben des Staates. Unser Gemeinwesen wird längerfristig mehr Einsatz für die innere und äußere Sicherheit aufbringen müssen, als es bisher notwendig erschien. Es geht insbesondere um wirksame Gefahrenabwehr und den gezielten und treffsicheren Einsatz sächlicher und finanzieller Mittel zum Schutz der Bevölkerung. Dafür ist die Herausforderung durch den Terrorismus zu gefährlich. Die Bürger sind zu erhöhter Wachsamkeit und zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften aufgerufen. Die Zusammenarbeit der Polizeien der Länder in der Terrorismusbekämpfung muss stärker koordiniert und besser aufeinander abgestimmt werden.

Unsere Sicherheitspolitik basiert dabei immer auf dem Rechtsstaat und dient dem Schutz der Menschen und ihrer unantastbaren Würde und Grundrechte. Das Kalkül von Terroristen, Werte, Freiheitlichkeit und Glaubwürdigkeit demokratischer Staaten zu erschüttern, darf und wird mit uns nicht aufgehen.

Für Bundeswehreinsatz im Innern

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, die Möglichkeit von Einsätzen der Bundeswehr im Innern zum Schutz der nationalen Sicherheit im Fall einer besonderen Bedrohung oder schwerwiegender terroristischer Angriffe oder Gefahren zu schaffen. Hierzu ist eine Änderung des Grundgesetzes unabdingbar.

Terrorursachen bekämpfen

Terror hat Ursachen. Wenn wir ihn besiegen wollen, müssen wir auch an seine Ursachen herangehen. Der blinde und fanatische Hass, der Menschen dazu verleitet, durch nichts zu rechtfertigende Verbrechen zu begehen, muss genauso bekämpft werden wie die terroristische Gewalt selbst.

Terror ist Vernichtung der Kultur, Angriff auf alles, was Menschen und menschlicher Geist an Gutem und Schönem, an Werten und Werken geschaffen haben. Geistiger Fundamentalismus und politischer Extremismus sind seine Vorboten und ebnen ihm den Weg. Auch deshalb dürfen Extremisten keine Chance haben in unserem Land. Wir werden jeder Form des Extremismus, ob von rechts oder links, ob genährt von religiösem oder ideologischem Wahn, mit Entschiedenheit und allen rechtsstaatlich gebotenen Mitteln entgegentreten und unsere Demokratie gegen extremistische Bestrebungen und Terrorismus schützen. Gewalt gegen Ausländer und andere Minderheiten muss auch künftig unnachsichtig verfolgt werden. Der Schutz von Minderheiten schützt auch die Mehrheiten, die gleichermaßen auf einen funktionierenden Rechtsstaat angewiesen sind.

Keine Zusammenarbeit mit Extremisten

Die CDU Baden-Württemberg lehnt jede Form der politischen Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen aus dem extremistischen Spektrum ab. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, dies ebenfalls und überall in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa zu tun.

VI. Für eine neue Balance in der internationalen Ordnung

Grundlagen einer neuen Weltordnung

Neue Herausforderungen in der Weltpolitik

Der Ost-West-Konflikt hat seine prägende Rolle als zentraler Ordnungsfaktor der Weltpolitik verloren. Neue Konflikte sind an seine Stelle getreten oder zumindest sichtbarer geworden: Verteilungskonflikte in den ärmeren Regionen der Welt, Verteilungskonflikte zwischen ärmeren und wohlhabenden Regionen und Kontinenten, Richtungskämpfe innerhalb der islamischen Welt und die massive Herausforderung der westlichen, demokratischen Welt durch fundamentalistische Terroristen. Wir brauchen eine neue Balance in der internationalen Ordnung.

Seit 1989 ist die Wahrscheinlichkeit eines großen, atomaren dritten Weltkriegs deutlich gesunken. Dafür sind die Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander auf der Welt ganz offensichtlich brüchiger geworden. Dies gilt für das Verhältnis zwischen einzelnen Staaten sowie für das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Volkszugehörigkeit in einzelnen Gesellschaften, Staaten und Regionen. Auch Europa hat im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wieder Konflikte erlebt, die nach den beiden verheerenden Weltkriegen für unmöglich gehalten worden waren.

Achtung von Demokratie und Menschenrechten

Wir brauchen eine neue Balance in der internationalen Ordnung, die gemeinsamen Interessen grundsätzlich den Vorrang vor nationalen Interessen gibt. Wir brauchen eine neue Balance in der internationalen Ordnung, die die Durchsetzung universaler Werte in den Mittelpunkt des internationalen Handelns stellt. Grundlage einer neuen Weltordnung müssen die Achtung von Demokratie und Menschenrechten und Fairness im Umgang miteinander sein – in der Weltwirtschaft, in der Weltpolitik, in der Weltgesellschaft.

Dialog der Kulturen und Religionen

Einen Konflikt der Kulturen, gar einen Krieg der Kulturen auf der Welt darf es unter keinen Umständen geben. Ein Dialog der Kulturen und der Religionen muss bestehende Konfliktpotenziale eingrenzen und minimieren. Nicht eine Kultur muss die

andere besiegen, sondern die gemäßigten und friedenswilligen Menschen in den einzelnen Kulturen müssen gemeinsam Extremisten und Kriegstreiber besiegen – um ihrer eigenen friedlichen Zukunft willen. Damit dieser Dialog international glaubwürdig und wirksam werden kann, muss er auch auf lokaler Ebene stattfinden und Wurzeln schlagen. Demokratien müssen ihn vorleben. Ein gemeinsames Weltethos, ein gemeinsamer Kanon der von allen getragenen ethischen Grundprinzipien und Grundlagen des menschlichen Miteinanders, kann dazu wichtige Impulse geben. Je mehr sich Christen wieder selbst ihrer Werte und Wurzeln bewusst werden, desto mehr werden sie zu diesem Dialog beitragen können.

Fairness im Welthandel und im Umgang mit natürlichen Ressourcen

Der weltweite Wettbewerb um Güter, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitsplätze und damit Lebenschancen hat einerseits das große Wohlstandsgefälle auf der Welt und die bestehenden Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten im Welthandel sichtbarer gemacht. Andererseits hat die Globalisierung aber auch zu einem teilweise erheblichen Aufschwung in vielen ärmeren Ländern und Regionen beigetragen. Wir müssen einen Weg zu mehr Fairness im Welthandel und im Welthandeln finden, der Veränderungen zugunsten der benachteiligten Länder und Regionen der Welt möglich macht, ohne die Lebenschancen der Menschen in den reicheren Ländern zu gefährden und der Umwelt durch Raubbau großen Schaden zuzufügen. Die Vereinten Nationen müssen hierbei eine führende Rolle einnehmen.

Zunehmende Bedeutung gewinnen Fragen nach dem Umgang mit natürlichen Ressourcen. Auch wegen der globalen Wirtschaftsentwicklung, etwa in Indien und China, steigt die Nachfrage. Egal, ob es um Rohstoffe zur Weiterverarbeitung, um Energieträger wie Öl oder Gas oder um Wasser geht. Verbraucherländer wie Deutschland müssen ihre Versorgung durch Diversifizierung sichern, aber auch durch Einsparungen und die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien Abhängigkeiten vermeiden. Im Bezug auf die Lieferländer ist verstärkt darauf zu achten, dass die Verfügung über die Ressourcen nicht nur wenigen Machthabern zugute kommt und dadurch demokratische Entwicklungen nicht wieder zurückgeworfen werden.

Koalition gegen Terrorismus

Kriege haben zunehmend einen anderen Charakter und verändern ihre Strukturen: An die Stelle des Kampfes zwischen Armeen verschiedener Staaten tritt zunehmend ein nicht berechenbarer Terror privater Milizen und weltweit in kleinen Einheiten organisierter Terroristen, die ohne Ankündigung zuschlagen und einer Konfrontation

mit größeren militärischen Verbänden aus dem Weg gehen; sie führen die Guerillataktik und den Partisanenkrieg auf eine neue, globale Ebene. Die Sicherheitskräfte zum Schutz vor Terrorismus müssen flexibler, schneller einsatzbereit, besser vernetzt und schlagkräftiger werden. Durch umfassende Prävention, einen Kampf um Köpfe und Herzen, muss verhindert werden, dass Terrorgruppen Unterstützer und insbesondere junge Leute für sich gewinnen können. Eine Neuausrichtung und bessere Abstimmung der westlichen und internationalen Sicherheitsstrategie ist erforderlich. Alle friedenswilligen Staaten der Welt müssen eine breite und entschlossene Koalition gegen Terrorismus eingehen und solange aufrechterhalten, bis der Terrorismus besiegt ist.

Transatlantische und eine darüber hinausgehende internationale Zusammenarbeit sind das Gebot bei der Bekämpfung des Terrorismus. Entschiedene Bekämpfung des neuen, islamistischen Terrorismus und Dialog mit den gemäßigten Kräften in den arabischen Ländern sind dabei für uns zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Glaubwürdigkeit des Westens wahren

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die einzige verbliebene Weltmacht; sie werden die Weltpolitik auch in den nächsten Jahrzehnten entscheidend prägen. Dies verlangt ihnen gerade als demokratisches Land eine hohe Verantwortung ab, der sie gerecht werden müssen, wenn sie ihren Führungsanspruch aufrechterhalten und die Werte der demokratischen Staatengemeinschaft überzeugend repräsentieren wollen. Die Glaubwürdigkeit der westlichen Länder und ihrer Führungsmacht wird in hohem Maß mit ausschlaggebend dafür sein, ob es gelingen kann, die Konfliktpotenziale des 21. Jahrhunderts einzudämmen und dem Frieden und der Freiheit der Menschen in Konfliktregionen den Weg zu bereiten. Es hängt aber auch davon ab, wie sich die Konfliktparteien in den betroffenen Regionen der Welt verhalten. Noch immer und viel zu oft bestimmen Habgier, Machtversessenheit, Rassenhass und religiös übersteigter Fundamentalismus das Denken und Handeln verfeindeter Kriegsherren, Gruppen und Völker. Die Durchsetzung der Menschenrechte muss – gerade im Interesse der Betroffenen – deshalb im Mittelpunkt der internationalen Politik stehen.

Auch zur globalen Überwindung fundamentalistischer Umtriebe sind stabile Friedensregelungen im Nahen Osten und die Koexistenz des in seiner Existenz gesicherten Israels mit einem palästinensischen Staat unverzichtbar.

Wir bauen weiter am gemeinsamen europäischen Haus

Fortentwicklung der Europäischen Einigung

Die Europäische Union ist eine Friedens-, Demokratie-, Wohlstands- und Stabilitätsgemeinschaft. Gerade in einer Zeit vielfältiger Verwerfungen und Konflikte in der Welt muss das europäische Einigungswerk konsequent fortgesetzt werden. Die CDU Baden-Württemberg hält am Ziel der Vollendung der Europäischen Union fest. Europa muss zusammenwachsen, weil es zusammengehört.

Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sichern

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für eine weitere Stärkung der Kompetenzen der EU auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Inneren Sicherheit sowie der Asyl- und Einwanderungspolitik aus. Dort, wo noch nicht erfolgt, soll vom Verfahren der Regierungszusammenarbeit zur Gemeinschaftsmethode übergegangen werden.

Die Sicherung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union hat für die CDU Baden-Württemberg Vorrang vor einer möglichen Erweiterung. Vor neuen Beitrittsverhandlungen fordern wir eine neue Regierungskonferenz. Ihre Aufgabe soll die Definition der Ziele und Grenzen der Europäischen Union sowie eine neue Festlegung der Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der EU sein.

Das Tempo des weiteren Zusammenwachsens der Europäischen Union darf nicht vom langsamsten Staat vorgegeben werden. Es muss möglich sein, dass die Staaten, die sich darüber einig sind, auf allen Gebieten ein schnelleres Tempo der Einigung vorlegen können, wie es zum Beispiel elf Länder mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung getan haben.

Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei

Die Sicherung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union hat für die CDU Baden-Württemberg Vorrang vor einer möglichen Erweiterung. Vor der Aufnahme neuer Beitrittsverhandlungen und dem Abschluss der laufenden fordern wir eine neue Regierungskonferenz. Ihre Aufgabe soll die Definition der Ziele und Grenzen der Europäischen Union sowie eine neue Festlegung der Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der EU und die Verankerung des Instruments einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der EU sein.

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich auch nach Beginn der Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei für ergebnisoffene

Verhandlungen und das Ziel einer privilegierten Partnerschaft aus. Zu ihr gehören ein Ausbau der bestehenden Zollunion, die vertiefte Zusammenarbeit in der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP) sowie in der Inneren Sicherheit und Rechtspolitik.

Das Tempo des weiteren Zusammenwachsens der Europäischen Union darf nicht vom langsamsten Staat vorgegeben werden. Es muss möglich sein, dass die Staaten, die sich darüber einig sind, auf allen Gebieten ein schnelleres Tempo der Einigung vorlegen können, wie es zum Beispiel elf Länder mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung getan haben.

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für eine weitere Stärkung der Kompetenzen der EU auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Inneren Sicherheit sowie der Asyl- und Einwanderungspolitik aus. Dort, wo noch nicht erfolgt, soll vom Verfahren der Regierungszusammenarbeit zur Gemeinschaftsmethode übergegangen werden.

Für ein bürgernäheres Europa

Wir halten es für erforderlich, das Vertrauen der Bürger in die Europäische Integration und den Europäischen Verfassungsvertrag durch eine entschlossene Reformpolitik zu stärken. Die CDU Baden-Württemberg sieht im Europäischen Verfassungsvertrag einen wichtigen Beitrag zur Reform der EU. Er ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bürgernähe, Demokratie, Transparenz, Effizienz und Subsidiarität in der EU. Der Verfassungsvertrag gibt Antworten auf eine Reihe von Vorbehalten der Bürger. Die CDU Baden-Württemberg hält am vorliegenden Verfassungsvertrag fest und setzt sich für eine Ratifizierung auch in den übrigen Mitgliedsstaaten der EU aktiv ein. Ziel ist es in der Zeit zwischen der deutschen und der französischen Präsidentschaft die Diskussion um den Vertrag erneut anzustoßen und sein Inkrafttreten sicher zu stellen. Forderungen nach vorgezogener Einführung einzelner Elemente des Verfassungsvertrages vor dem Jahr 2009 gefährden das Ziel eines einheitlichen Europäischen Vertragswerkes und sind deshalb unangebracht.

Allerdings ist auch in unserem Land nach wie vor ein öffentlicher Diskurs in der Bürgerschaft darüber erforderlich, welche Bedeutung der Vertrag für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hat. Ziel ist ein Bewusstsein für eine Europäische Identität.

Der europäische Gedanke soll mit Leben erfüllt werden. Deshalb hält die CDU Baden-Württemberg die Intensivierung der Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedsstaaten und den Austausch z.B. zwischen Institutionen und Unternehmen für wesentlich. Dadurch werden Vorurteile die bestehen abgebaut, die Vielfalt europäischer Kultur erlebbar und ein europäisches Bewusstsein entwickelt.

Zu einem bürgernahen Europa gehört auch die Bekämpfung überzogener bürokratischer Regelungen auf der EU-Ebene. Der Europäische Gedanke wird sonst durch Richtlinien, Verordnungen und Gesetze verschüttet. Gleichzeitig müssen europäische Regelungen auf nationaler Ebene 1:1 umgesetzt werden.

Regionale Ebene in Europa stärken

Europäische, nationale und regionale Identität schließen einander nicht aus, sie bedingen einander. Dabei eröffnet ein weltoffener und aufgeklärter Patriotismus erst das Bekenntnis zu einer europäischen Identität.

Mit der weiteren Europäisierung muss eine Stärkung der regionalen Ebene einhergehen. Deshalb wird die CDU Baden-Württemberg auf eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union achten: Europa muss von unten nach oben aufgebaut werden, nicht umgekehrt. Dazu bedarf es einer sorgfältig abgestuften Ordnung zwischen ausschließlich europäischen, ausschließlich nationalen und ausschließlich regionalen Kompetenzen. Gemeinsame oder gemischte Zuständigkeiten sollen nur in Ausnahmefällen und gegebenenfalls befristet festgelegt werden. Regelungen auf europäischer Ebene und ihre Anwendung müssen auch nach ihrem Inkrafttreten ständig daraufhin überprüft werden, ob sie dies gewährleisten.

Die CDU Baden-Württemberg tritt für eine Prüfung ein, inwieweit im Sinne einer Stärkung der Subsidiarität und der Senkung von Bürokratiekosten eine Rückverlagerung jener EU-Förderprogramme auf nationale oder regionale Ebene möglich und sinnvoll ist, die nicht auf die Verstärkung der Zusammenarbeit in Europa zielen. Der deutsche Finanzierungsanteil an die EU ist um diesen Anteil zu senken.

Baden-Württemberg in Europa

Unser Land muss Europa als bedeutendes politisches Aktionsfeld verstehen, noch mehr europäisches Profil gewinnen und seine Präsenz und Vernetzung auf europäischer Ebene weiter vorantreiben.

Die grenzüberschreitende und europäische Zusammenarbeit muss in allen Verwaltungszweigen eine Selbstverständlichkeit sein. In grenznahen Regionen sollen Euro-Distrikte mit grenzüberschreitenden Kompetenzen gestärkt und ausgebaut werden.

Auch kulturelle, gewerbliche, schulische und kirchliche Institutionen werden ermutigt und unterstützt, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und einen europäischen Austausch aufzubauen und zu pflegen.

Die Osterweiterung der Europäischen Union bietet gerade dem exportstarken Baden-Württemberg wirtschaftliche Chancen, die durch verstärkte Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedstaaten politisch abgesichert werden müssen.

Die baden-württembergischen Unternehmen und Institutionen müssen Europa allgemein vermehrt als Chance begreifen: Der Binnenmarkt ist für unsere exportorientierte Wirtschaft ein unverzichtbarer Erfolgsfaktor und die umfangreichen Fördermöglichkeiten der EU unterstützen die internationale Zusammenarbeit. Um sie effektiver nutzen und abrufen zu können, müssen sie transparenter und unbürokratischer vergeben werden.

Wir setzen uns für die Bewahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa ein. Die Identität der europäischen Regionen muss erhalten bleiben, denn Europa lebt aus seiner Vielfalt. Die CDU Baden-Württemberg hebt die Bedeutung von Deutsch als meistgesprochene Muttersprache in der EU hervor. Daraus ergibt sich ein verstärkter Einsatz für die Förderung der deutschen Sprache innerhalb der Institutionen der EU, wie auch eine bewusstere Wahrnehmung der Deutschen für ihre eigene Sprache als wichtiges Kulturgut. Als meistgesprochene Muttersprache in der EU muss Deutsch mit Englisch und Französisch als den bisher vorherrschenden Arbeitssprachen der EU gleichgestellt werden.

Die Europäische Union als Stützpfiler deutscher Außenpolitik

Die Europäische Union wird in der Welt nur dann eine gewichtige Rolle einnehmen können, wenn sie einerseits als Partner aller freiheitlichen und demokratischen Staaten der Welt wahrgenommen und ernst genommen wird, andererseits eine über diese Partnerschaft hinaus führende Rolle als ausgleichender und vermittelnder Faktor annehmen kann und vor allem mit einer Stimme spricht. Dazu bedarf es einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Deutschland kann seine wesentlichen weltpolitischen Interessen mit europäischer Kraft besser und nachhaltiger wahrnehmen als alleine. Wir können als Deutsche für den Frieden, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für faire Handelsbedingungen mehr erreichen, wenn wir europäisch denken und handeln.

Die Europäische Union ist der entscheidende Stützpfiler deutscher Außenpolitik. Die NATO ist der entscheidende Stützpfiler deutscher Sicherheitspolitik. Beide Stützpfiler tragen dieselbe Brücke der europäischen und transatlantischen Partnerschaft. Es wäre gefährlich, diese Brücke, von welcher Seite aus auch immer, einstürzen zu lassen.

Politik für Frieden, Freiheit und Sicherheit

Frieden und Freiheit in Europa europäisch sichern

Die CDU hat mit der Politik, die Konrad Adenauer begründet hat, die Grundlagen für Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa gelegt. Der Friede, die Freiheit, die Menschenwürde, die Menschenrechte, die Bekämpfung von Armut, Krankheit und Unterdrückung sind gleichrangige Höchstwerte für unser politisches Handeln.

Der Zerfall Jugoslawiens, die Konflikte in Nah-, Mittel- und Fernost oder die bewaffneten Auseinandersetzungen in der früheren Sowjetunion zeigen, dass sich Frieden nicht von selbst einstellt. Im Fall von Bosnien und dem Kosovo wurde deutlich, dass es zur Wiederherstellung von Frieden und Freiheit notfalls militärischer Gewalt bedarf. Europa muss die Voraussetzungen dafür schaffen, Konflikte auf dem eigenen Kontinent ohne militärische Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika beizulegen. Dafür sind eine Stärkung der militärischen Zusammenarbeit in Europa und das weitere Zurückdrängen nationaler Egoismen notwendig.

Europa muss eine aktivere Rolle in der Gestaltung und beim Voranbringen des Friedensprozesses im Nahen Osten einfordern und einnehmen.

Der Beitrag der Bundeswehr im Rahmen der Europäischen Krisenreaktionskräfte

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zur Verantwortung der Bundesrepublik, mit ihren Streitkräften an international mandatierten Einsätzen teilzunehmen. Das Aufgabenspektrum kann dabei von humanitärer Hilfe über Friedensüberwachung bis hin zu Friedenserzwingung reichen. Dazu bedarf es einer modern ausgerüsteten Bundeswehr mit motivierten Soldatinnen und Soldaten. Dabei hat sich bislang die allgemeine Wehrpflicht bewährt. Für die Zukunft muss eine Dienstgerechtigkeit sichergestellt werden.

Multilaterale Weltordnung und Vereinte Nationen

Die CDU Baden-Württemberg arbeitet für eine Weltordnung, die multilateral auf stabile Institutionen gegründet sind. Wechselnde Bündnisse führen zu Instabilität und Unsicherheit. Maßstab für die notwendige Weiterentwicklung der Weltordnung sind für uns die deutschen Interessen an Frieden, an Freiheit, an Sicherheit und an internationaler Zusammenarbeit.

Hohe Priorität für die CDU haben die Stärkung und der Ausbau der internationalen Institutionen, vordringlich der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die CDU Baden-Württemberg unterstützt Bestrebungen nach einem gemeinsamen Sitz für die Europäische Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Die Vereinten Nationen müssen ihr Instrumentarium zum Schutz der Menschenrechte stärken. Nationalstaatliche Souveränität kann und darf kein Freibrief für Menschenrechtsverletzungen sein. Die CDU Baden-Württemberg schlägt vor, dass die Vereinten Nationen das Recht erhalten, bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, Völkermord oder anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dem betreffenden Land zeitweise die Souveränität entziehen zu können.

Die CDU Baden-Württemberg unterstützt den Aufbau einer internationalen Rechtsordnung, die durch die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes einen großen Fortschritt gemacht hat.

Deutschland und Europa als Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft

Auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit den europäischen Nachbarn, den USA und Kanada im Atlantischen Bündnis die beste Gewähr für die Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die CDU Baden-Württemberg hält an der besonderen deutsch-amerikanischen Freundschaft fest. Schon unser eigenes nationales Interesse gebietet uns diese Freundschaft, denn unsere Sicherheit ist nur mit den Vereinigten Staaten und nicht aus eigener Kraft gewährleistet. Sie stellt sich aber heute nicht mehr automatisch ein, sondern muss ständig neu begründet werden. Wir stehen für deutsche Interessen auch in der transatlantischen Partnerschaft, wenden uns aber ebenso entschieden gegen den in Teilen unserer Gesellschaft verbreiteten oberflächlichen und politisch kurzsichtigen Antiamerikanismus. Langfristiges Ziel ist es Europa und Amerika durch die Schaffung eines gemeinsamen transatlantischen Marktes wirtschaftlich und strategisch noch enger zu verbinden um in der wachsenden Auseinandersetzung mit asiatischen Nationen im Wege der Globalisierung Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern.

Die NATO - gleichberechtigte Partnerschaft

Die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantischen Bündnis, einer Gemeinschaft gleichberechtigter europäischer und nordamerikanischer Staaten

mit gemeinsamen demokratischen und freiheitlichen Werten, ist die beste Gewähr für die Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des internationalen Friedens. Die CDU Baden-Württemberg unterstützt den weiteren Umbau der NATO aufgrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen und der neuen Bedrohungslage.

Internationale Sicherheit durch Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die CDU Baden-Württemberg fordert weitere Schritte zur Rüstungskontrolle und Abrüstung. Besonders der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ist mit internationalen Abmachungen wirksam Einhalt zu gebieten. Daneben streben wir über das Verbot der so genannten „Anti-Personen-Minen“ hinaus ein weltweites Verbot aller Minenarten an. Die CDU Baden-Württemberg unterstützt die Bemühungen der Vereinten Nationen, die Verbreitung so genannter Kleinwaffen einzuschränken. Wir treten für das Fortbestehen einer zurückhaltenden Rüstungsexportpolitik ein.

Entwicklung fördern, Fluchtursachen bekämpfen

Christliches Verständnis vom Menschen als Grundlage internationaler Politik

Dauerhafter Frieden ist nur durch den Abbau des weltweiten Wohlstandsgefälles und eine Förderung des Dialoges zwischen unterschiedlichen kulturellen und religiösen Identitäten zu schaffen. Aus unserem christlichen Verständnis vom Menschen ergibt sich für uns der Auftrag, dazu beizutragen, dass das Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Leben eingelöst wird. Dazu gehört, den Menschen nicht nur materiell im Sinne eines Produzenten und Konsumenten zu betrachten, sondern sein Streben nach respektierter Identität in den Blick zu nehmen. Zur Gewährleistung eines faireren Welthandels und zur Schonung der Schöpfung müssen auch wir zu Änderungen unseres Lebensstils bereit sein.

Entwicklungshilfe

Entwicklungspolitik, verstanden als Hilfe zur Selbsthilfe, ist für uns nicht nur Gebot christlicher Nächstenliebe und Solidarität, sondern dient auch unseren legitimen Interessen an einer stabilen internationalen Ordnung.

Die CDU Baden-Württemberg schlägt vor, dass die demokratischen Länder der industrialisierten Welt mit Entwicklungsländern, die bei der Verwirklichung von Menschenrechten und Demokratie weit vorangeschritten sind,

Entwicklungspatenschaften eingehen und diesen eine besondere Förderung zukommen lassen.

Staaten, die Menschenrechte missachten oder sich an der Förderung des internationalen Terrorismus beteiligen, dürfen dagegen von deutscher Entwicklungszusammenarbeit nicht profitieren.

Für eine zielorientierte Migrationspolitik

Politisch Verfolgte und von schweren Menschenrechtsverletzungen bedrohte Menschen, die in den Ländern der Europäischen Union um Zuflucht nachsuchen, müssen auch in Zukunft Asyl erhalten. So genannte Armutsflüchtlinge jedoch haben zwar aus nachvollziehbaren Gründen ihre Heimat verlassen, erfüllen aber die Voraussetzungen für Asylgewährung nicht. Die CDU Baden-Württemberg fordert eine gemeinsame Politik und Strategie der Europäischen Union, um unnötige Flüchtlingsströme zu vermeiden.

Um die Ursachen der weltweiten Armutmigration zu bekämpfen, muss sich die EU für die weltweite Friedensförderung, für die Einhaltung der Menschenrechte und für eine gezielte Entwicklungspolitik engagieren. Das sind für uns die Hauptpfeiler einer glaubwürdigen und Erfolg versprechenden Migrationspolitik. Denn solange auf der Welt Armut, Krieg und Elend herrschen, wird es Menschen geben, die ihre Heimat verlassen und anderswo eine Zukunft suchen.

Die CDU Baden-Württemberg fordert, dass neben die gemeinschaftliche europäische Politik zur Bekämpfung von Fluchtursachen auch eine entschlossene Politik der EU zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung tritt. Im Mittelpunkt muss dabei das Vorgehen gegen kriminelle Schleuserbanden stehen. Dazu sind der Ausbau von Europol und der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Grenzpolizei erforderlich.

VII. Baden-Württemberg – weltoffen und international

Baden-Württemberg in der Welt – die Welt in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein weltoffenes und international ausgerichtetes Land. Wir sind eines der exportstärksten deutschen Länder; deshalb haben wir auch gute Chancen, im erweiterten Europa und einer sich globalisierenden Welt erfolgreich zu bestehen. Allein jeder dritte Arbeitsplatz im Land ist von Ausfuhren abhängig. Die Menschen im Land pflegen kulturelle, geschäftliche, aber auch zahllose private Kontakte in praktisch alle Länder der Welt. Die Grenzen zu unseren Nachbarländern Frankreich, Österreich und Schweiz sind durchlässig oder existieren faktisch gar nicht mehr. Alle baden-württembergischen Kinder lernen ab der ersten Grundschulklasse eine Fremdsprache. Ein großer Teil der baden-württembergischen Städte und Gemeinden ist über Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in Europa und darüber hinaus verbunden. Kulturschaffende und Künstler aus Baden-Württemberg bereichern die Welt mit Auftritten, Ausstellungen und Publikationen – und Kulturschaffende und Künstler aus anderen Ländern bereichern Baden-Württemberg mit ihren Werken. Die Universitäten des Landes sind attraktiv für Studierende aus dem Ausland: Nirgendwo in Deutschland ist der Anteil studierender Ausländer höher; zudem nimmt die Zahl der Einbürgerungen genauso zu wie die Zahl der Kinder aus Familien ausländischer Herkunft, die mit der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Rund 1,25 Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger leben als Arbeitnehmer, Unternehmer, Schüler und Studierende, Rentner usw. unter uns.

Einwanderung sinnvoll steuern und begrenzen

Der Streit darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist müßig. Tatsache ist: Einwanderung nach Deutschland – und Baden-Württemberg – hat stattgefunden und findet auch weiter statt. Allerdings hat es an sinnvoller Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung oft ebenso gemangelt hat wie an vorausschauenden Konzepten für die Integration. So hat Deutschland bisher zu wenig Leistungsträger und zu viel schlecht Integrierte gewonnen. Eine sinnvolle Begrenzung und Steuerung weiterer Einwanderung ist in keiner Weise fremdenfeindlich, sondern liegt gerade auch im Interesse derjenigen, die rechtmäßig bei uns leben und Anschluss an die Gesellschaft suchen.

Wo Leistungsträger das Miteinander bereichern, ist allen geholfen. Qualifizierte Talente, wie sie auch von anderen Ländern umworben werden, für ein Leben in

Deutschland zu gewinnen, ihre Beiträge anzuerkennen und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu fördern gehört zu unseren Zukunftsaufgaben. Wo Menschen seit Jahrzehnten rechtmäßig bei uns leben, Kinder die deutschen Schulen erfolgreich besucht und Familien Rechtstreue, Integrationswillen sowie Leistungsbereitschaft gezeigt haben, ist die Gewährung von zukunftsfesten Bleiberechten ein Gebot der Vernunft und auch der Mitmenschlichkeit.

Wo aber Parallelgesellschaften entstehen und staatliche Transferleistungen über längere Zeiträume beansprucht werden, muss der Staat handeln. Wo Menschen- und besonders Frauenrechte systematisch missachtet werden und etwa gar Zwangsheiraten und Ehrenmorde auftreten, ist jede vermeintliche Legitimation zurückzuweisen und eine entschlossene Strafverfolgung zu betreiben.

Auch wo nachziehende Ehegatten nach Jahren des Aufenthaltes noch kein Deutsch beherrschen und Kinder der zweiten und dritten Generation teilweise schlechtere Sprach- und Bildungsergebnisse erzielen als ihre früher eingewanderten Eltern und Großeltern, muss der Staat reagieren. Er muss dann eine Verstärkung der Integration einfordern und bei Nichtinanspruchnahme von Integrationsangeboten Sanktionen verhängen, die auch die Aufhebung von Aufenthaltsberechtigungen umfassen können.

Integration fördern und fordern

Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft bleiben und erwarten gerade deshalb von allen Menschen, die mit uns leben, die Beherrschung der deutschen Sprache und die volle Anerkennung der Grund- und Menschenrechte. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist nachprüfbar an diese Voraussetzungen zu binden. Dies ist in Zweifelsfällen mittels eines strukturierten Gesprächs mit dem Einbürgerungsbewerber zu überprüfen. Die Einbürgerung stellt nicht eine Vorleistung der Gesamtgesellschaft, sondern eine Belohnung für mehrjährige Rechtstreue und erfolgreichen Integrationswillen dar.

Wir wollen die Menschen ausländischer Herkunft stärker an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilhaben lassen und erwarten gerade deshalb die Achtung unserer gewachsenen Traditionen und Werte (Leitkultur). Wir bieten Menschen mit Migrationshintergrund auch aus christlicher Verantwortung heraus unsere Solidarität und Zusammenarbeit an und erwarten umgekehrt auch die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, insbesondere auch im Bereich der Familie.

Für die CDU Baden-Württemberg ist es nicht hinnehmbar, dass Kinder die Schule erreichen, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen. Frühzeitige Sprachtests und

Sprachförderung kommen nicht nur dem einzelnen Kind, sondern auch seiner Schulkasse zugute. Investitionen in den Kindergarten- und Ganztageseschulbereich sind daher immer auch gute Investitionen in Integration und Zusammenleben. Der Staat muss Kinder aus bildungsfernen Schichten und Familien begleitend stärker unterstützen, aber auch deutlich machen, dass in Deutschland Bildungserfolg für Jungen und Mädchen gleichermaßen auch durch die Familien selbst zu fördern ist.

Der Entstehung ethnisch einheitlich dominierter Stadtviertel stellt sich die CDU Baden-Württemberg entgegen. Auch beim Nachzug von Ehegatten müssen bestimmte Integrationsleistungen erbracht werden.

Wir fördern Integration und fordern sie ein. Und wir wissen, dass sie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und vom Staat alleine nicht bewältigt werden kann. Eine erfolgreiche Wirtschaft, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze bietet, aktive Kirchen und Religionsgemeinschaft, die Werte leben und einander einladend begegnen, Kindergärten und Schulen, die Bildungserfolg und gemeinsame Heimat stiften, Politik und Verwaltung, die auch die Situation der Menschen in belasteten Stadtvierteln kennen und einschätzen können und nicht zuletzt Vereine, in denen die Menschen unseres Landes täglich und im Ehrenamt Miteinander organisieren, bilden die Säulen erfolgreicher Integrationspolitik.

Dialog und Zusammenarbeit mit Muslimen

Die CDU Baden-Württemberg will mit den Mitbürgern und Repräsentanten des islamischen Glaubens in einen verstärkten Dialog eintreten. Wir wollen ihnen die Vorteile einer vorbehaltlosen Integration in unsere Gesellschaft aufzeigen und für ihre Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werben. Damit ein solcher Dialog gewinnbringend sein kann, muss auf der islamischen Seite der klar bekundete Wille stehen, alle fundamentalistischen Bestrebungen auszuschließen.

Wir nehmen wahr, dass sich die große Mehrheit der bei uns lebenden Muslime von Gewalt und Extremismus distanziert. Gleichwohl wollen wir die zu oft „schweigende Mehrheit“ stärker für die Übernahme gemeinsamer Verantwortung gewinnen. Islamischer Religionsunterricht und die Ausbildung und Tätigkeit von Predigern müssen zunehmend in Deutsch und an allgemeinen Schulen und Hochschulen im Inland stattfinden. Sowohl bei Festlegung der Inhalte wie auch bei der Finanzierung müssen dabei, wie es Kirchen und jüdische Gemeinden seit langem leisten, auch zunehmend eigene Beiträge von muslimischer Seite erfolgen.

Internationale Ausrichtung verstärken

Die verstärkte internationale Ausrichtung Baden-Württembergs muss im eigenen Interesse ein Anliegen von Politik, Wirtschaft und den gesellschaftlichen Institutionen sein. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich – auch durch Einflussnahme im Bund und, wo möglich, im Zusammenwirken mit anderen Ländern – zum Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen junger talentierter und einflussreicher Leistungsträger in Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur besonders attraktiv zu gestalten. Deutschlands Zukunft und der Wohlstand unseres Landes ist abhängig davon, wie viele gut ausgebildete Menschen in Deutschland forschen und arbeiten. Der Exodus kreativer Köpfe aus unserem Land schwächt hingegen unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit auf allen Gebieten. Deshalb muss es unser Ziel sein, junge Leistungsträger im Land zu halten und attraktive Rahmenbedingungen auch für ausländische Spitzenwissenschaftler zu schaffen.

Unsere Hochschulen als Drehscheiben internationaler Kontakte und Chancen

Unsere Hochschulen müssen für begabte junge Menschen aus dem Ausland noch attraktiver werden. Sie sollen nach einem erfolgreichen Studium grundsätzlich die Möglichkeit haben, weiter in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Die CDU Baden-Württemberg schlägt zudem vor, Länder übergreifend eine groß angelegte und großzügige Offensive zur Gewinnung interessierter begabter Studierender aus den neuen EU-Ländern zu starten; hierfür wollen wir auch die Unterstützung seitens der baden-württembergischen Wirtschaft. Wir müssen insbesondere die Osterweiterung der Europäischen Union als Chance nutzen und über die heutigen Studierenden aus den beigetretenen Ländern Kontakte aufbauen, die weit in die Zukunft reichen, die die deutsche Sprache und das Interesse dafür außerhalb der Grenzen Deutschlands stärken und die langfristig auch wirtschaftlich lohnend sind. Damit leisten wir auch zum Zusammenwachsen Europas und seiner Stärkung in der Welt einen wichtigen Beitrag.

Moderne Identität für das 21. Jahrhundert

Die Bewahrung unserer kulturellen und landsmannschaftlichen Traditionen in Baden-Württemberg und die internationale Offenheit unseres Landes sind kein Widerspruch, sondern in ihrem Zusammenwirken eine großartige Möglichkeit zur Ausbildung und Aneignung einer modernen und zeitgemäßen Identität in einem europäischer werdenden Deutschland und einer globalisierten Welt. So gesehen können und müssen wir die Internationalität unseres Landes als Chance erkennen und verstehen: Modern, menschlich, weltoffen und doch bodenständig wie traditionsbewusst – das ist Baden-

Württemberg im 21. Jahrhundert. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs für diesen Weg in die Zukunft gewinnen.

VIII. Für Baden-Württemberg, Deutschland und Europa

Für ein starkes Baden-Württemberg

Die CDU Baden-Württemberg identifiziert sich mit Baden-Württemberg, das wir als Regierungspartei gemeinsam mit den hier lebenden Menschen an die Spitze der deutschen Länder geführt und zu einer der Zukunftsregionen Europas gemacht haben. Wir wollen mit unseren Ideen und Konzepten weiter dazu beitragen, dass die Menschen in Baden-Württemberg bessere Arbeits-, Lebens- und Zukunftschancen haben und öfter den Mut zu Kindern und Familie finden als anderswo. Wir bleiben die Baden-Württemberg-Partei.

Für ein starkes Deutschland

Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Wir erbringen auch künftig unseren Beitrag für das Zusammenwachsen der neuen und der alten Länder. Wir wollen – im Land wie im Bund – unseren Beitrag dazu leisten, dass Deutschland ein Land ist, in dem Wirtschaftskraft und sozialer Ausgleich, Wettbewerb und Solidarität, Leistung und Gegenleistung in einem ausgewogenen und fairen Verhältnis zueinander stehen.

Für ein vereintes Europa

Wir sind der europäischen Idee wie keine andere politische Kraft verbunden. Wir werden weiter für die Vollendung der Europäischen Union, die Wertegemeinschaft der Demokraten, eine wehrhafte Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte in der Welt arbeiten.

Für eine gute Zukunft

Wir sind sicher: Diese Ziele können wir erreichen, wenn wir hart und entschlossen für sie arbeiten. Den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes sichern wir zu: Wir werden weiterhin hart und entschlossen für diese Ziele arbeiten. Die besten Jahre für Baden-Württemberg, Deutschland und Europa liegen noch vor uns. Es lohnt sich für alle, sich dafür einzubringen und dafür anzustrengen.